

Pressespiegel

Oktober 2023 bis Dezember 2024



T

familien^v

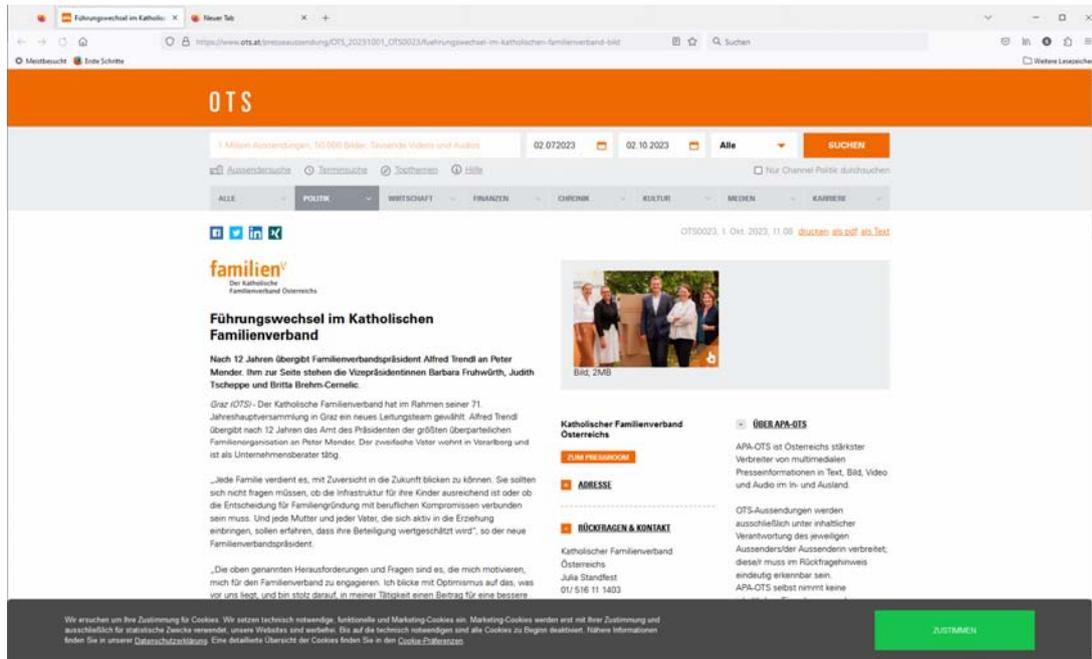
Der Katholische Familienverband

Inhalt

1. Vereinsinternes	3
1.1. neues Führungsteam	3
1.2. Ehrungen und Verabschiedungen	13
2. Familienpolitik	25
2.1. Familienpolitik allgemein	25
2.2. Familienpolitik konkret.....	53
2.3. Väterbeteiligung	67
3. Bildung.....	72
4. Service	98

1. Vereinsinternes

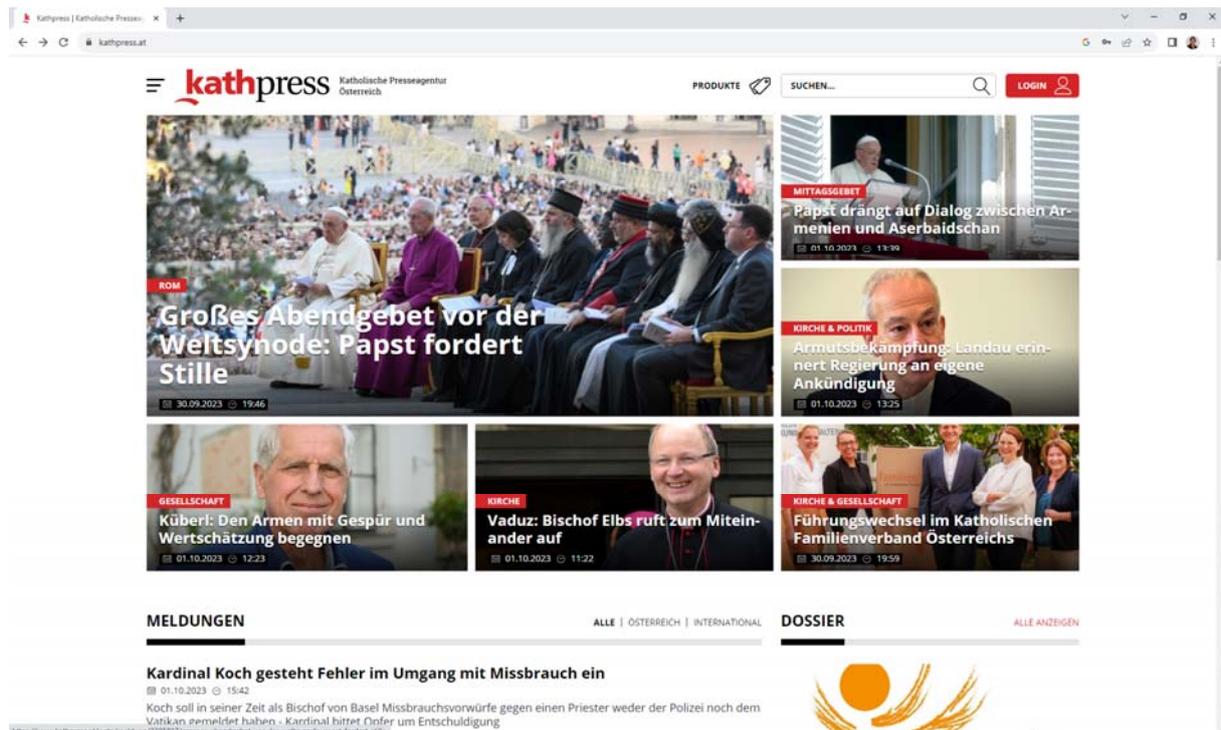
1.1. neues Führungsteam



Apa OTS vom 30. September 2023

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231001_OTS0023/fuehrungswechsel-im-katholischen-familienverband-bild





Führungswechsel im Katholischen Familienverband Österreichs

30.09.2023 19:59

Österreich/Kirche/Kath.Familienverband/Personalia

Nach zwölf Jahren übergab Familienverbandspräsident Alfred Trendl an Peter Mender - Ihm zur Seite stehen mit Barbara Fruhwürth, Judith Tscheppe und Britta Brehm-Cernelic drei neu gewählte Vizepräsidentinnen

Graz, 30.09.2023 (KAP) Der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) hat am Samstag im Rahmen seiner 71. Jahreshauptversammlung in Graz ein neues Leitungsteam gewählt: Alfred Trendl übergab nach zwölf Jahren das Amt des Präsidenten der größten überparteilichen Familienorganisation an Peter Mender. Der zweifache Vater wohnt in Vorarlberg und ist als Unternehmensberater tätig.

"Jede Familie verdient es, mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu können. Sie sollten sich nicht fragen müssen, ob die Infrastruktur für ihre Kinder ausreichend ist oder ob die Entscheidung für Familiengründung mit beruflichen Kompromissen verbunden sein muss. Und jede Mutter und jeder Vater, die sich aktiv in die Erziehung einbringen, sollen erfahren, dass ihre Beteiligung wertgeschätzt wird", so der neue KFÖ-Präsident in einer ersten Stellungnahme nach seiner Wahl. Er sei stolz darauf, einen Beitrag für eine bessere Zukunft für alle Familien leisten zu dürfen, sagte Mender.

Mender wird von gleich drei neuen Vizepräsidentinnen unterstützt: Als erste Vizepräsidentin steht im Barbara Fruhwürth zur Seite. Sie leitete von 2014 bis 2021 den Wiener Familienverband und fungierte in der letzten Periode im Dachverband als Sprecherin für Familie und Vereinbarkeit. Die

Steuerberaterin Fruhwürth übernimmt künftig die Leitung des Arbeitskreises Finanzielle Gerechtigkeit und Familienlastenausgleich. "Familien sind Leistungsträger und gestalten unsere Gesellschaft. Wir helfen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen. Finanzielle Gerechtigkeit ist da wesentlich", so Fruhwürth.

Die Burgenländerin Judith Tscheppe ist als Geschäftsführerin des Burgenländischen Volksbildungswerkes seit neun Jahren mit Familienthemen beschäftigt. "Wir wollen ein politisches und gesellschaftliches Klima schaffen, das es ermöglicht, Familie individuell passend zu gestalten", skizziert die 2. Vizepräsidentin ihre Vision einer gelungenen Familienpolitik. "Zudem wollen wir Familien praktisch unterstützen etwa mit Elternbildung."

Die vierfache Mutter Britta Brehm-Cernelic aus Niederösterreich ist PR-Beraterin für Industrie und Technik. "Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mir ein besonderes Anliegen. Ich selbst war immer erwerbstätig, auch zwischen den Geburten meiner vier Kinder", so die 3. Vizepräsidentin Brehm-Cernelic.

Dem KFÖ-Team stehen laut Aussendung weiterhin die langjährige Kassiererin Andrea Kromer sowie Generalsekretärin Rosina Baumgartner zur Seite. Schularbeitskreisleiterin bleibt Andrea Kahl. Die Burgenländerin Ingeborg Brandl wird den neuen Arbeitskreis Nachhaltigkeit und Gesundheit leiten. Sie ist zweifache Mutter und diplomierte Krankenschwester. Ex-Präsident Alfred Trendl vertritt den Verband weithin bei den Katholischen Familienverbänden auf europäischer Ebene (FAFCE).



Katholische Kirche Österreich

KIRCHE RAT & HILFE GLAUBEN & FEIERN THEMEN

LEINSC UN ALTEN

familien Der Katholische Familienverband Österreichs

Führungswechsel im Katholischen Familienverband Österreichs

Nach zwölf Jahren übergab Familienverbandspräsident Alfred Trendl an Peter Mender - Ihm zur Seite stehen mit Barbara Fruhwürth, Judith Tscheppe und Britta Brehm-Cernelic drei neu gewählte Vizepräsidentinnen

30.09.2023

Drucken | Facebook | Twitter | LinkedIn

Der **Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ)** hat am Samstag im Rahmen seiner 71. Jahreshauptversammlung in Graz ein neues Leitungsteam gewählt: Alfred Trendl übergab nach zwölf Jahren das Amt des Präsidenten der größten überparteilichen Familienorganisation an Peter Mender. Der zweifache Vater wohnt in Vorarlberg und ist als Unternehmensberater tätig.

Mit Ihrer Zustimmung erlauben Sie das Setzen von Cookies auf unserer Webseite, um unser Internetangebot zu analysieren und stetig zu verbessern.

AKZEPTIEREN

Katholisch. at, Erzdiözese Wien, 30. September 2023

Führungswechsel im Katholischen Familienverband Österreichs

Nach zwölf Jahren übergab Familienverbandspräsident Alfred Trendl an Peter Mender - Ihm zur Seite stehen mit Barbara Fruhwürth, Judith Tscheppe und Britta Brehm-Cernelic drei neu gewählte Vizepräsidentinnen

30.09.2023

Der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) hat am Samstag im Rahmen seiner 71. Jahreshauptversammlung in Graz ein neues Leitungsteam gewählt: Alfred Trendl übergab nach zwölf Jahren das Amt des Präsidenten der größten überparteilichen Familienorganisation an Peter Mender. Der zweifache Vater wohnt in Vorarlberg und ist als Unternehmensberater tätig.

"Jede Familie verdient es, mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu können. Sie sollten sich nicht fragen müssen, ob die Infrastruktur für ihre Kinder ausreichend ist oder ob die Entscheidung für Familiengründung mit beruflichen Kompromissen verbunden sein muss. Und jede Mutter und jeder Vater, die sich aktiv in die Erziehung einbringen, sollen erfahren, dass ihre Beteiligung wertgeschätzt wird", so der neue KFÖ-Präsident in einer ersten Stellungnahme nach seiner Wahl. Er sei stolz darauf, einen Beitrag für eine bessere Zukunft für alle Familien leisten zu dürfen, sagte Mender.

Mender wird von gleich drei neuen Vizepräsidentinnen unterstützt: Als erste Vizepräsidentin steht im Barbara Fruhwürth zur Seite. Sie leitete von 2014 bis 2021 den Wiener Familienverband und fungierte in der letzten Periode im Dachverband als Sprecherin für Familie und Vereinbarkeit. Die Steuerberaterin Fruhwürth übernimmt künftig die Leitung des Arbeitskreises Finanzielle Gerechtigkeit und Familienlastenausgleich. "Familien sind Leistungsträger und gestalten unsere Gesellschaft. Wir helfen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen. Finanzielle Gerechtigkeit ist da wesentlich", so Fruhwürth.

Die Burgenländerin Judith Tscheppe ist als Geschäftsführerin des Burgenländischen Volksbildungswerkes seit neun Jahren mit Familienthemen beschäftigt. "Wir wollen ein politisches und gesellschaftliches Klima schaffen, das es ermöglicht, Familie individuell passend zu gestalten", skizziert die 2. Vizepräsidentin ihre Vision einer gelungenen Familienpolitik. "Zudem wollen wir Familien praktisch unterstützen etwa mit Elternbildung."

Die vierfache Mutter Britta Brehm-Cernelic aus Niederösterreich ist PR-Beraterin für Industrie und Technik. "Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mir ein besonderes Anliegen. Ich selbst war immer erwerbstätig, auch zwischen den Geburten meiner vier Kinder", so die 3. Vizepräsidentin Brehm-Cernelic.

Dem KFÖ-Team stehen laut Aussendung weiterhin die langjährige Kassiererin Andrea Kromer sowie Generalsekretärin Rosina Baumgartner zur Seite. Schularbeitskreisleiterin bleibt Andrea Kahl. Die Burgenländerin Ingeborg Brandl wird den neuen Arbeitskreis Nachhaltigkeit und Gesundheit leiten. Sie ist zweifache Mutter und diplomierte Krankenschwester. Ex-Präsident Alfred Trendl vertritt den Verband weithin bei den Katholischen Familienverbänden auf europäischer Ebene (FAFCE).

Führungswechsel im Familienverband

Im Rahmen seiner Jahreshauptversammlung hat der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) am Samstag ein neues Leitungsteam gewählt: Alfred Trendl übergab nach zwölf Jahren das Amt des Präsidenten der größten überparteilichen Familienorganisation an Peter Mender. Der zweifache Vater wohnt in Vorarlberg und ist als Unternehmensberater tätig. Ihm zur Seite stehen mit Barbara Fruhwürth, Judith Tscheppe und Britta Brehm-Cernelic drei neu gewählte Vizepräsidentinnen. Mender sei stolz darauf, einen Beitrag für eine bessere Zukunft für alle Familien leisten zu dürfen, sagte er in einer ersten Stellungnahme.

Rupertus, 6. Oktober 2023

Vorarlberger neuer Präsident

Graz. Der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) hat bei seiner 71. Jahreshauptversammlung in Graz ein neues Leitungsteam gewählt: Alfred Trendl übergab nach zwölf Jahren das Amt des Präsidenten der größten überparteilichen Familienorganisation an Peter Mender. Der zweifache Vater wohnt in Vorarlberg und ist als Unternehmensberater tätig. „Jede Familie verdient es, mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu können. Sie sollten sich nicht fragen müssen, ob die Infrastruktur für ihre Kinder ausreichend ist oder ob die Entscheidung für Familiengründung mit beruflichen Kompromissen verbunden sein muss. Und jede Mutter und jeder Vater, die sich aktiv in die Erziehung einbringen, sollen erfahren, dass ihre Beteiligung wertgeschätzt wird“, so der neue KFÖ-Präsident. kap

Sonntag Steiermark, 6. Oktober 2024



Der Sonntag Steiermark, 10. Oktober 2023



8. Oktober 2023, Der Sonntag

Der neue Direktor des Familienverbandes Österreich Peter Mender bringt für seine Aufgabe Erfahrung und Freude am Ehrenamt mit

Zuversichtlich in die Zukunft

„Wir können für Familien viel bewirken“



Hauptausschuss des Familienverbandes Österreich: Peter Mender mit Vizepräsidentin Barbara Fruhwürth, Finanzreferentin Andrea Kromer, Generalsekretärin Rosina Baumgartner, Vizepräsidentin Britta Brehm-Cernelic und Vizepräsidentin Judith Tscheppe (v.l.)

CONNY PIPAL

RB: „Jede Familie verdient es, mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu können.“ Dieser Satz stammt von Ihnen, als Sie die Aufgabe des Familienverbandspräsidenten übernommen haben. Wie funktioniert ein System, das Familien Sicherheit gibt? **Peter Mender:** Österreich ist prinzipiell recht gut aufgestellt, dennoch gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. In der Familienpolitik wird immer von drei Säulen gesprochen: Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur wie Betreuungsmöglichkeiten, gute Bildung oder ein funktionierendes Gesundheitssystem. Im Bereich Geld ist sehr viel gemacht worden, etwa die regelmäßige Wertanpassung von Familienbeihilfe und Co., die Einführung des Familienbonus – da schauen wir nun vor allem auf jene Familien, die massiv unter der Teuerung leiden. In punkto Infrastruktur ist aktuell sicher viel Handlungsbedarf

bei der Betreuung und im Gesundheitswesen. Dafür haben wir zwei Arbeitskreise gegründet, die sich intensiv mit diesen beiden Themen auseinandersetzen.

RB: In Zeiten wie diesen ist es nicht immer leicht, vertrauensvoll nach vorne zu blicken. Gibt es von Ihrer Seite aus Forderungen an die Politik, Familien den Rücken zu stärken?

Mender: Wir wollen von den Familien selbst hören, wo der Schuh drückt. Dafür haben wir für das neue Forderungsprogramm einen breiten Beteiligungsprozess gestartet, auf www.familie.at/zukunftsfit2024 können uns Familien schreiben, welche Wünsche sie an die Politik haben. Wir arbeiten diese dann ins aktuelle Forderungsprogramm ein. Zudem gibt es fünf virtuelle Stammtische, an denen wir diskutieren wollen.

RB: Sie sagten bei Ihrem Antritt, Sie werden gemeinsam mit Ihren Vizepräsidentinnen Barbara Fruhwürth, Judith Tscheppe und Britta Brehm-Cernelic eine laute Stimme für die Anliegen der Familien sein. Wohin wird sich diese Stimme richten und was möchte sie erreichen?

Mender: Wir erarbeiten gerade unser neues Forderungsprogramm, das wir dann der neuen Bundesregierung vorstellen. Es ist wichtig, klarzumachen, dass Familienpolitik ein eigenständiges Politikfeld ist, wo immer die Interessen der Familien im Mittelpunkt stehen sollten. Oft wird Frauenpolitik, Arbeitsmarktpolitik oder Sozialpolitik unter dem Deckmantel der Familienpolitik gemacht. Uns ist wichtig, dass Familien ernst genommen werden und bei allen politischen Entscheidungen ihre Perspektive mitbedacht wird. Und daran werden wir auch in der nächsten Legislaturpe-

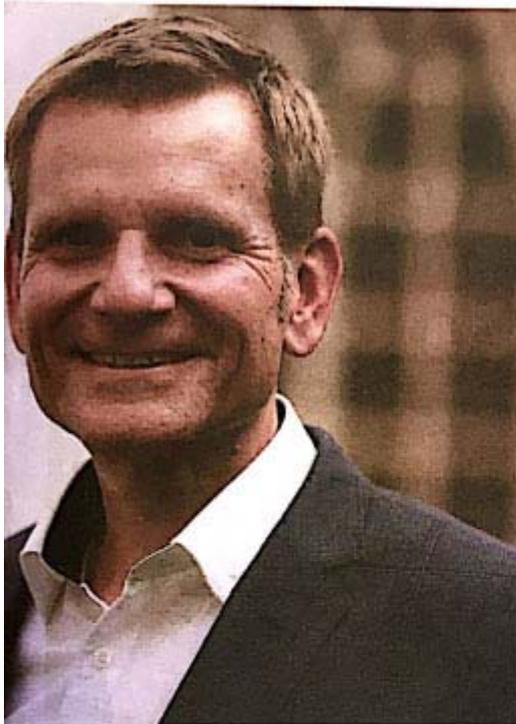


Foto: Rita Ritz/Neuhof/Standard



Die „Online Familien Kochshow“ verbindet Familien, sorgt für gesunde Ernährung und fördert gemeinsame Aktivitäten.

riode bei Bedarf erinnern und eine laute Stimme für Familien sein.

RB: Die Väterbeteiligung ist in Österreich gering. Wie können Väter motiviert werden, sich einzubringen?

Mender: Wir haben eine Studie durchführen lassen, was Väter hindert, sich mehr einzubringen, und da wurde vor allem der finanzielle Aspekt betont. Die Verdoppelung des Familienzeitbonus, des so genannten Papamonats, auf 1.500 Euro pro Monat war ein sehr guter Anfang. Väter scheuen die Beteiligung auch aus Sorge um den Job und die Karriere. Da müssen wir uns als Gesellschaft viel familienfreundlicher positionieren. Aktuell werden zwei Monate der Karenz für Väter reserviert, die, wenn sie nicht genommen werden, verfallen. Das ist unserer Meinung nach der falsche Weg, so werden Familien unter Druck gesetzt.

„
Wir wollen klarmachen, dass Familienpolitik ein eigenständiges Politikfeld ist.
“

RB: Was stärkt Sie auf Ihrem Weg, diese Rolle erfolgreich zu gestalten?

Mender: In meiner Rolle schreite ich mit großer Zuversicht voran. Diese Zuversicht speist sich aus der festen Überzeugung, dass wir durch gezielte Initiativen und Projekte einen signifikanten Unterschied im Leben der Familien bewirken können. Ein Beispiel dafür ist unsere „Online Familien Kochshow“, die bringt Familien zusammen und fördert den Austausch über gesunde Ernährung und gemeinsame Aktivitäten.

RB: Ihre beruflichen Stationen führten Sie in die USA und nach Liechtenstein. Nun wirken Sie als Speaker, Coach und Unternehmensberater. Können Ihnen diese Erfahrungen als Präsident des Familienverbandes bei schwierigen Themen behilflich sein?

Mender: Es hat mir ein tiefes Verständnis für diverse Kulturen, Arbeitsweisen und die Bedeutung von effektiver Kommunikation vermittelt. In meiner Arbeit habe ich gelernt, mit Zuversicht und Entschlossenheit meinen Weg zu gehen, Herausforderungen strategisch zu begegnen und vielfältige Perspektiven zu integrieren. Durch den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern, die Mobilisierung unserer Mitglieder und die Nutzung strategischer Partnerschaften möchte auch ich dazu beitragen, dass die Bedürfnisse und Rechte von Familien in Österreich bestmöglich vorangebracht werden.

wissens wert

Peter Mender ist seit 1. Oktober 2023 an der Spitze des Katholischen Familienverbandes. Nach wichtigen beruflichen Stationen lebt der gebürtige Wiener seit dreißig Jahren in Dornbirn.

Der Katholische Familienverband ist die größte Familienorganisation und engagiert sich für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit, für finanzielle Gerechtigkeit für Familien, für die ideelle Aufwertung von Ehe und Familie und für die Erziehung, Bildung und Betreuung. Der Katholische Familienverband ist in sämtlichen entscheidenden familienpolitischen Gremien vertreten und begutachtet alle relevanten Gesetzesentwürfe.

Als Service- und Beratungsstelle bietet, vermittelt und organisiert der Verband Kinderbetreuung, wie Omdienst oder Tagesmütter, Eltern- und Erziehungseminare und Familienurlaube, Veranstaltungen für Familien und Kinder, Information durch die Herausgabe von Zeitungen und Broschüren, Symposien und Enquetes, Vergünstigungen für Mitglieder.

Infos unter:
www.familie.at



Entdecken Sie die inspirierende Geschichte von Britta Brehm-Cernelic, der neuen Vizepräsidentin des Katholischen Familienverbands Österreichs. Erfahren Sie, wie sie Familie, Beruf und ehrenamtliches Engagement meistert.

Seit Kurzem ist Britta Brehm-Cernelic Vizepräsidentin des Katholischen Familienverbands. Die 49-Jährige aus Perchtoldsdorf liebt ihr turbulentes Leben zwischen Familie, Erwerbsarbeit und ehrenamtlichem Engagement. Britta Brehm-Cernelic hat gerade einen Gughupf fürs Frühstück am kommenden Tag ins Rohr geschoben, als der SONNTAG sie erreicht. Denn, so die vierfache Mutter, mit der Aussicht auf Süßes kämen ihre Kinder morgens viel besser aus den Betten.

Britta, du hast vier Kinder und arbeitest in einer PR-Agentur. Warum engagierst du dich in deinem ohnehin schon sehr vollen Alltag jetzt auch noch im Katholischen Familienverband Österreichs (KFÖ)?

Peter Pitzinger, der Vorsitzende des Familienverbands in Niederösterreich, ein guter Freund von uns, hat mich geködert (lacht). Er meinte, es werde ein Mitglied für den Vorstand gesucht, nichts Zeitaufwendiges. Ja, und dann ist es die Vizepräsidentin geworden. Ich hab mir das nicht ausgesucht, habe mich aber auch nicht gewehrt. So bin ich: Wenn mich jemand um etwas bittet und es für mich etwas Sinnvolles ist, dann sage ich nicht nein. Am KFÖ begeistert mich, wie sehr er sich für die Anliegen von Familien in Österreich einsetzt und das ‚katholisch‘ im wörtlichen Sinn – allumfassend: für alle Familien und in allen möglichen Facetten.

Wofür willst du dich als Vizepräsidentin einsetzen?

Mir ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein großes Anliegen. Ich selbst habe es immer irrsinnig erfüllend erlebt, in meinem Job zu arbeiten, auch wenn daheim mit den vier Kindern der Bär steppt. Als die Kinder klein waren, war ich nur ganz wenige

Stunden berufstätig, weil es sich nicht anders organisieren ließ. Gleichzeitig wollte ich – aufgrund eigener schlechter Erfahrungen – nicht, dass die Kinder schon früh sehr viel in Einrichtungen fremdbetreut werden. Aber mit dem ersten guten Wind habe ich die Segel gesetzt und bin wieder in mein altes Berufsleben eingestiegen.

Du selbst warst schon früh fremdbetreut.

Schon als Baby, und das von früh morgens bis zum späten Nachmittag. Es ging nicht anders, meine Eltern hatten aus mehreren Gründen keine andere Wahl. Wir haben das Beste draus gemacht, aber für meine Mama und mich war es nicht einfach, so viel Zeit ohne einander zu verbringen. Sie hat es sich für mich und meine Kinder anders gewünscht und das oft erwähnt. Mein Mann und ich haben in unserer eigenen Familie eine gute Balance zwischen Erwerbsarbeit und dem Familienleben gefunden. Dank der günstigen familienpolitischen Rahmenbedingungen, das muss ich auch dazu sagen.

Wie herausfordernd ist das mit vier Kindern?

Es ist viel Arbeit und ich bin oft geschlaucht. Aber ich genieße es total, noch alle um mich zu haben. Kinderreichtum ist einfach wunderbar, auch wenn man berufstätig ist. Ich habe gar keine Zeit, ständig um die Kinder herum zu helikoptern. Und es tut den Kindern gut, nicht dauernd unter Beobachtung zu stehen. Man kann es sich also ruhig zutrauen. Viele Kinder zu haben, sollte kein Privileg sein.

Wo ist Platz für die Beziehung mit Gott in deinem Alltag?

Unser früherer Pfarrer hat immer gesagt: „Das Gebet braucht dich!“ Die Verbindung mit Gott ist nicht automatisch da. Ich bin zum Beispiel ein großer Fan des Sonntagsgottesdienstes. Mein Ältester, der gerade wieder angefangen hat zu ministrieren, motiviert mich dazu.

„Ich bete oft, am liebsten singe ich Taizélieder. Das gibt mir Ruhe und Kraft.“

Britta Brehm-Cernelic

Ich bete oft, am liebsten singe ich Taizélieder. Das gibt mir Ruhe und Kraft in meinem turbulenten Alltag. In einer Doku über eine Familie mit acht Kindern hat die Mutter erzählt, dass sie beim Zusammenlegen der Wäsche für die einzelnen Familienmitglieder kleine Segenswünsche und Danksagungen formuliert. Und das mache ich auch.

Britta Brehm-Cernelic

Alter: 49

Wohnort: Perchtoldsdorf

Lebensmotto: Tu dir nix an und nimm dich selbst nicht so ernst.

Gott ist für mich: der Anfang und das Ende.

Sonntag bedeutet für mich: Kirche, Familie und (leider viel) Hausarbeit.

Rupertusblatt, 10. Dezember 2023

1.2. Ehrungen und Verabschiedungen



Martinus, 10. Dezember 2023

Katholische Kirche, 29. November 2023

<https://www.katholisch.at/aktuelles/146302/langjaehriger-familienverbands-praesident-alfred-trendl-verabschiedet>

Langjähriger Familienverbands-Präsident Alfred Trendl verabschiedet

Zahlreiche Wegbegleiter würdigten scheidenden Präsidenten, der zwölf Jahre lang, die Geschicke von Österreichs größter parteiunabhängige Familienorganisation leitete - Laienratspräsident Mazal: "Wenn man über Alfred Trendl spricht, spricht man über Familienpolitik"

29.11.2023

Nach zwölf Jahren an der Spitze des Katholischen Familienverbands Österreichs (KFÖ) wurde Alfred Trendl am Dienstagabend in Wien feierlich verabschiedet. Der langjährige Präsident von Österreichs größter parteiunabhängige Familienorganisation könne auf zahlreiche Erfolge für die Familien zurückblicken, so der allgemeine Tenor bei der Festveranstaltung im Curhaus am Stephansplatz. "Wenn man über Alfred Trendl spricht, spricht man über Familienpolitik", hielt der Präsident des Österreichischen Katholischen Laienrats, Wolfgang Mazal, in seiner Festrede fest.

"Verantwortung für die Kinder trägt die ganze Gesellschaft", sei das Credo Trendls gewesen, so Mazal. Bei den maßgeblichen Akteuren aus Politik und Gesellschaft habe er dies in seiner Amtszeit stets unermüdlich eingefordert. "In großer Breite suchte Alfred Trendl Allianzen und Kooperationen, um die Anliegen der Familien zu vertreten - mit Erfolg", so der Leiter des Österreichischen des Instituts für Familienforschung (ÖIF).

Früchte von Trendls Arbeit seien Erfolge wie die automatische Valorisierung der Familienleistungen, der Corona-Härtefallfonds, die Einführung des Papamonats oder die Anrechnung der Karenzzeiten für die Biennalsprünge gewesen, so Mazal. Unermüdlich habe sich der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater für die steuerliche Berücksichtigung von Kindern eingesetzt.

"Es war ein Geschenk des Himmels, dass Alfred Trendl den Verband zwölf Jahre lang so souverän und mit so viel Herzblut leiten konnte", würdigten die langjährigen KFÖ-Vizepräsidentinnen Irene Kernthaler-Moser und Astrid Ebenberger Trendls Engagement.

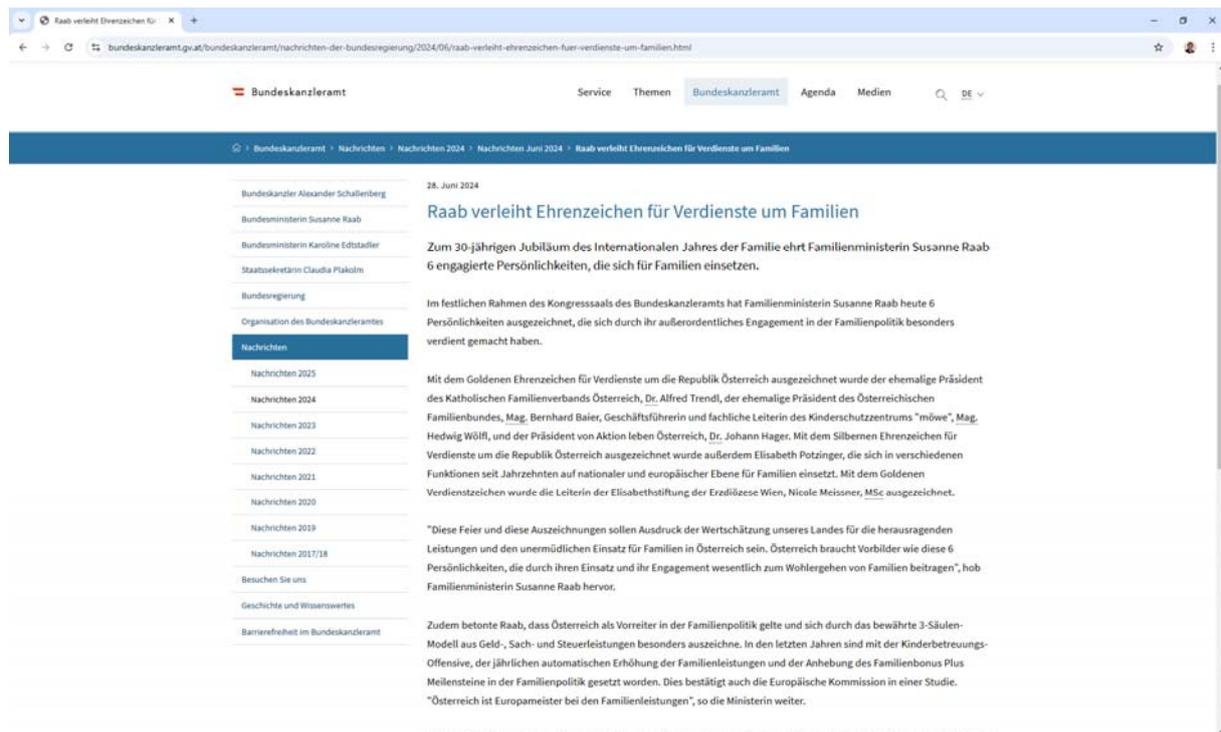
Für Trendls Nachfolger an der Spitze des Katholischen Familienverbands, Peter Mender, habe Trendl "stets versucht, alle hereinzuholen" und könne auf sehr viele Erfolge zurückblicken, so Mender, der am 30. September das Amt von Trendl übernommen hatte. Mender verwies darauf, dass Trendl insgesamt 21 Jahre für Familienthemen ehrenamtlich tätig war, neun für den Familienverband Wien und weitere zwölf an der Spitze des KFÖ.

Trendl habe nicht nur die österreichische Politik, sondern vor allem die konkreten Lebensrealitäten der Familien in Österreich durch sein Tun maßgeblich beeinflusst und verbessert. "Die Früchte seiner Arbeit sehen Familien sehr oft in ihrem täglichen Leben, auch wenn sie es vielleicht nicht wissen, wer sich unermüdlich dafür eingesetzt hat", zeigte sich Generalsekretärin Rosina Baumgartner überzeugt.

Abschließend bedankte sich Alfred Trendl selbst für die vielen Ehrungen: "Ich bin eigentlich der Beschenkte. In diesen Jahren durfte ich so viele schöne Begegnungen erleben, das ist das eigentliche Geschenk." Trendl wird den Katholischen Familienverband weiterhin auf europäischer Ebene bei der FAFCE (Föderation der Katholischen Familienverbände Europas) und im Katholischen Laienrat vertreten. (Infos: <https://www.familie.at>)
Kathpress, 29. November 2023

Katholisch.at, 28. Juni 2024

<https://www.katholisch.at/aktuelles/148863/familienpolitik-republik-ehrt-verdiente-persoenlichkeiten>



Bundeskanzleramt, 28. Juni 2024

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2024/06/raab-verleiht-ehrenzeichen-fuer-verdienste-um-familien.html>

Familienpolitik: Republik ehrt verdiente Persönlichkeiten

Familienministerin Raab übergab Ehrenzeichen u.a. an früheren Familienverbands-Präsidenten Trendl, "aktion leben"-Präsident Hager und frühere steirische Familienverbands-Vorsitzende Potzinger

Hohe Ehren der Republik für verdiente Persönlichkeiten, die sich in den vergangenen Jahren im besonderen Maße für familienpolitische Themen eingesetzt haben: Am Freitag wurde sechs Personen - darunter der frühere Präsident des Katholischen Familienverbandes (KFÖ), Alfred Trendl, und der amtierende Präsident von "Aktion Leben", Johann Hager - von Familienministerin Susanne Raab Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich überreicht.

Mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet wurden Trendl und Hager sowie der ehemalige Präsident des Österreichischen Familienbundes, Bernhard Baier, und die Geschäftsführerin des Kinderschutzzentrums "möwe", Hedwig Wöfl. Mit dem Silbernen Ehrenzeichen geehrt wurde außerdem die frühere Vorsitzende des Katholischen Familienverbandes Steiermark, Elisabeth Potzinger, die sich in verschiedenen Funktionen seit Jahrzehnten auf nationaler und europäischer Ebene für Familien einsetzt. Die Leiterin der Elisabethstiftung der Erzdiözese Wien, Nicole Meissner, wurde mit dem Goldenen Verdienstzeichen ausgezeichnet.

"Österreich braucht Vorbilder wie diese sechs Persönlichkeiten, die durch ihren Einsatz und ihr Engagement wesentlich zum Wohlergehen von Familien beitragen", hob Familienministerin Susanne Raab laut Aussendung bei der Feier hervor. Zudem betonte Raab unter Verweis etwa auf die Valorisierung der Familienleistungen und die Anhebung des Familienbonus, dass Österreich als Vorreiter in der Familienpolitik gelten kann.

Alfred Trendl leitete von 2011 bis 2023 als Präsident den Katholischen Familienverband Österreich, zuvor war er von 2002 bis 2011 Vorstandsmitglied im Katholischen Familienverband der Erzdiözese Wien. "Die gemeinsame Arbeit war geprägt von gegenseitigem Respekt. Alfred Trendl brachte seine besondere Expertise ein und war maßgeblich an Verbesserungen wie der Beseitigung der Wochengeldfalle, der Valorisierung der Familienleistungen oder der Einführung des Familienbonus Plus beteiligt", würdigte Raab Trendl.

Elisabeth Potzinger war von 1994 bis 2022 Vorsitzende des Familienverbandes in der Steiermark. Durch Potzingers Einsatz konnte das Serviceangebot wie der Omadienst in der Steiermark ausgebaut werden. "Sissi Potzinger setzt sich mit einer unglaublichen Leidenschaft für Familien ein", würdigte Raab ihr Engagement.

Johann Hager ist seit 1994 Vorstandsmitglied von "Aktion Leben Österreich", deren Präsident er seit 2019 ist. Seine Vorgängerin im Amt, die frühere "aktion leben"-Präsidentin Gertraude Steindl, würdigte Hager in einer Aussendung als einen tiefen Kenner in allen Rechtsfragen der Familienpolitik, aber auch die Fortpflanzungsmedizin und Gentechnik betreffend. "Mit seinem analytischen Verstand hat er stets darauf hingewiesen, wo Menschenrechte eines einzelnen gegenüber seinem Mitmenschen ihre Begrenzung finden, nämlich dort, wo sie die des anderen berühren bzw. verletzen", so Steindl in einer Aussendung.

Würdigung für Alfred Trendl

Der frühere Präsident des Familienverbandes Alfred Trendl erhielt von Familienministerin Susanne Raab das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (siehe Bild). Trendl setzte sich u. a. für die Einführung des Papamonats und des Familienbonus Plus sowie für die steuerliche Berücksichtigung von Kindern ein. Der Steuerberater kümmert sich auch um die Steuern der Pfarre.



© Familienverband/familie.at

AUSGABE JULI 2024

SCHWERPUNKT

Familienbund gratuliert Bernhard Baier zur Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens

Mag. Bernhard Baier, der zwölf Jahre lang als Präsident die Geschicke des Österreichischen Familienbundes leitete, wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Familienministerin Dr.ⁱⁿ Susanne Raab verlieh ihm diese hohe Ehrung. Damit wird nicht nur seine außergewöhnliche Leistung anerkannt, sondern auch die Bedeutung der Arbeit des Österreichischen Familienbundes unterstrichen.

Familienbund-Präsidentin Abg.z.NR Mag.^a Johanna Jachs übermittelte ihre herzlichsten Glückwünsche an ihren Vorgänger. „Mag. Bernhard Baier hat während seiner Präsidentschaft von 2011 bis 2023 hervorragende Arbeit geleistet und stets die Interessen der Familien in den Mittelpunkt gestellt. Unter seiner Führung wurden wichtige Maßnahmen wie die Valorisierung aller Familienleistungen und die Einführung des Familienbonus Plus umgesetzt. Zudem initiierte er den Tag der aktiven Väter am 1. September, um ein starkes Zeichen für Väter zu setzen. Es war mir eine Ehre, in seine Fußstapfen zu treten und seine wertvolle Arbeit fortzusetzen“, betonte Jachs.



Bernhard Baier mit Alfred Trendl, der in derselben Periode dem Katholischen Familienverband-Vorstand und mit dem gemeinsam Vieles für die Familien in Österreich erreicht werden konnte.



Foto: BKA Regina Aigner

Mag. Bernhard Baier zeigte sich sichtlich gerührt und dankbar für die Auszeichnung. „Es ist eine große Ehre, dieses Goldene Ehrenzeichen entgegennehmen zu dürfen. Mein besonderer Dank gilt Familienministerin Dr.ⁱⁿ Susanne Raab, die mir diese Auszeichnung verliehen hat und sich stets für die Belange der Familien stark macht. Ich danke auch meiner Familie, die mich immer unterstützt hat, sowie dem gesamten Team des Österreichischen Familienbundes. Ohne deren unermüdlichen Einsatz wären diese Erfolge nicht möglich gewesen. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir die partnerschaftliche

Aufteilung zwischen Eltern fördern und durch verschiedene Projekte die aktive Vaterschaft unterstützen konnten. Unsere Forderungen nach einem vielfältigen Betreuungsangebot für Kinder, das den individuellen Bedürfnissen der Familien gerecht wird, haben große Früchte getragen und werden hoffentlich auch in Zukunft weiterentwickelt“, so Baier.



Foto: BKA Regina Aigner



Foto: BKA Regina Aigner



Bernhard Baier mit seiner Familie und Team beim gemütlichen Feiern

Silbernes Ehrenzeichen

Sissi Potzinger für Verdienste um die Republik geehrt.

Für ihr langjähriges familienpolitisches Engagement beim Katholischen Familienverband Steiermark wurde Sissi Potzinger vom Bundespräsidenten das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik

Österreich verliehen. Von 1994 bis 2022 hat sie als Vorsitzende die Geschicke des steirischen Diözesanverbandes gelenkt. Durch Potzingers Einsatz konnte das Serviceangebot wie der Oma-Opa-Dienst in der Steiermark ausgebaut werden.

Stets betonte sie die hohe Relevanz der familiären Leistungen für die gesamte Gesellschaft. Neben dem Lebensschutz war der fünffachen Großmutter vor allem das Thema Steuergerechtigkeit ein großes Anliegen. So war sie maßgeblich an der Einführung des Familienbonus Plus beteiligt.



— Familienministerin Susanne Raab überreichte am 28. Juni im Bundeskanzleramt die Auszeichnung an Sissi Potzinger.

Foto: BKA/Aigner

Kleine Zeitung
Dienstag, 2. Juli 2024

RATHAUS INTERN

Weichenstellung vor Pause

Grazer Gemeinderat segnet am Donnerstag auch die neue Markthalle Hofbauerplatz sowie Verlängerung in der Gruabn ab.

Während an Schulen derzeit eher Ausflüge und Besuche bei Eissalons den Ton angeben – verdientermaßen, wohlgemerkt –, bringen Grazer Gemeinderäte vor der Sommerpause noch einmal Millionenprojekte auf die Reise. So auch den Neubau der Markthalle Hofbauerplatz in Eggenberg: Wie bereits von Vizebürgermeisterin **Judith Schwentner** (Grüne) angekündigt, wird die denkmalgeschützte Halle abgerissen und bis zum Jahr 2027 nach ursprünglichen Plänen wieder aufgebaut. Inklusive Photovoltaik-Modulen am Dach. Das 3,8-Millionen-Euro-

Projekt soll am Donnerstag abgesegnet werden.

Obwohl die Stadt das Match freiwillig mit 0:1 beendet hatte, geht es nach 20 Jahren in die Verlängerung – sicherheitshalber: Die Rede ist von der Gruabn, legendäre Fußballstätte in der Kastelfeldgasse. Seit 2005 wird diese vom Grazer Sportklub Straßenbahn genutzt, wobei die Stadt 25 Jahre lang aufs Kündigungsrecht verzichtete. Weil nun der Verein weitere Investitionen



Große Ehre für Potzinger J. FUCHS

plant, hätte er gern darüber hinaus Rechtsicherheit. Also wird nach einem Steilpass von Stadtrat **Manfred Eber** (KPÖ) der Kündigungsverzicht um 20 Jahre verlängert.

ÖVP-Gemeinderätin **Sissi Potzinger**, langjährige Vorsitzende des Katholischen Familienverbands Steiermark, erhielt indes das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich – als Würdigung für ihr „familienpolitisches Engagement“.

Michael Saria

EINSATZ FÜR FAMILIEN

Familienministerin Susanne Raab überreichte das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an den früheren Präsidenten des Katholischen Familienverbandes, Alfred Trendl, und den Präsidenten von aktion leben österreich, Johann Hager.

Martinus, 7. Juli 2024

Meilenstein für Mütter

Frauen, die ihre Kinder knapp hintereinander bekommen, waren bislang beim Wochengeld benachteiligt: Bezogen sie kein Kinderbetreuungsgeld mehr und wurden während ihrer Karenz erneut schwanger, hatten sie keinen Anspruch auf Wochengeld. In diesen Fällen gibt es künftig Sonderwochengeld. Das hat das Plenum des Nationalrates – mit Ausnahme der Neos – im Juni beschlossen. Wir sind sehr erleichtert, dass diese Lücke nun geschlossen ist. Die Regelung hat Frauen mit einkommensabhängigem Kindergeldbezug benachteiligt. Frauen dürfen nicht dafür bestraft werden, wenn sie ihr zweites Kind zu früh bekommen.

**Peter Mender, Präsident des
Katholischen Familienverbandes Österreich**

Sonntagsblatt Steiermark, 11. Juli 2024



Katholische Kirche Steiermark, 1. Juli 2024

<https://www.katholische-kirche-steiermark.at/aktuelles/54249/sissi-potzinger-fuer-familienpolitisches-engagement-geeht>

Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich für die ehemalige Vorsitzende des Katholischen Familienverbandes Steiermark.

Sissi Potzinger (Mitte) mit Cornelia Pernkopf (links), Vorsitzender, und Eveline Kölbl, Geschäftsführerin des Katholischen Familienverbandes Steiermark (rechts) | Katholischer Familienverband

Für Ihr langjähriges familienpolitisches Engagement wurde Sissi Potzinger das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Von 1994 bis 2022 - ganze 28 Jahre - hat sie als Vorsitzende die Geschicke des steirischen Diözesanverbandes gelenkt.

Durch Potzingers Einsatz konnte das Serviceangebot, wie zum Beispiel der Oma-Opa-Dienst in der Steiermark ausgebaut werden. Stets betonte sie die hohe Relevanz der familiären Leistungen für die gesamte Gesellschaft. „Familie beginnt mit einem Ja zum Kind“, war einer ihrer Leitsätze. Neben dem Lebensschutz war der fünffachen Großmutter vor allem das Thema Steuergerechtigkeit ein großes Anliegen. So war Potzinger maßgeblich an der Einführung des Familienbonus Plus beteiligt.

„Sissi Potzinger setzt sich mit einer unglaublichen Leidenschaft für Familien ein“, würdigte Familienministerin Susanne Raab ihr Engagement im gerade

stattfindenden internationalen Jahr der Familie. Sissi Potzinger ist weiterhin als Österreich-Vertreterin im Verwaltungsrat der COFACE Families in Europe tätig, der Dachorganisation der europäischen Familienorganisationen.

SONNTAGSBLATT FÜR STEIERMARK | 22. SEPTEMBER 2024



Die Ausgezeichneten v. l.: mit Generalvikar Erich Linhardt Franz Maderer, Sissi Potzinger, Bischof Wilhelm Krautwaschl, Hermine Müller, Anton Moik, Willibald Anton Müller und Kanzler Johann Schlatzer, diöz. Referent für Auszeichnungen.

Foto: Neuhof

Vielfalt an Tätigkeiten

Diözesane Ehrenzeichen für ehrenamtlichen Einsatz.

Bischof Wilhelm Krautwaschl betonte am 11. September bei der Verleihung diözesaner Ehrenzeichen, dass der Einsatz der fünf ausgezeichneten Personen genau dafür stehe, was Kirche ausmacht, und lebendig hält: „Vieles wäre ohne Ihr hochherziges, freiwilliges Engagement nicht denkbar – weil nicht machbar, weder zeitlich, noch finanziell.“ Es brauche Menschen, die als Vorbilder und treibende Kraft im Kirchenleben agieren, so der Bischof.

Franz Maderer aus der Pfarre Bad Gleichenberg war 15 Jahre lang im PGR und Wirtschaftsrats-Vorsitzender. Er ist auch Lektor, Kommunionsspender, Wortgottesfeierleiter, Begleiter der Sternsinger und betreut den Friedhof. Ein besonderes Anliegen ist ihm die Dorfkapelle Bad Gleichenberg, um deren Pflege und monatliche Eucharistiefeier er sich kümmert.

Anton Moik aus der Pfarre Trautmannsdorf war PGR- und Wirtschaftsrat-Vorsitzender und Ansprechperson und Koordinator vor Ort bei Renovierungen und Bauprojekten.

Ehrenzeichen erhalten

Ehrenzeichen der Diözese können an ehrenamtlich tätige Einzelpersonen christlicher Konfession verliehen werden. Vorschläge können an den Bischof gerichtet werden. Die Bischöfliche Auszeichnungskommission bearbeitet diese und gibt Empfehlungen ab. Näheres: KVBl. I Nr. 8/2024

Ebenso war er als Kommunionsspender, Lektor, Layouter des Pfarrblatts und im Liturgiekreis engagiert. Den Herzspurweg zwischen Bad Gleichenberg und Trautmannsdorf hat er mitinitiiert. Auch sozial ist er engagiert z. B. bei der Tafel in Bad Gleichenberg oder beim Besuchsdienst.

Hermine Müller aus der Pfarre Gnas ist seit über 20 Jahren Vorsitzende der kfb-Pfarrgruppe Gnas. Sie organisiert Pfarrkaffees, Agapen, Sammlungen für die Kirche und bewirbt Geburtstags- und Ehejubilare gleichermaßen wie Erstkommunionkinder. Sie gestaltet viele Kirchenfeste und Gottesdienste mit. Ein besonderes Anliegen ist ihr der Blumenschmuck in der Kapelle ihres Heimatortes Unterauersbach.

Willibald Anton Müller aus der Pfarre Trautmannsdorf war jahrzehntelang als Caritas-Haussammler und Begleiter der Sternsinger unterwegs. Er ist im Liturgieausschuss und unterstützt den Pfarrer als Kommunionhelfer und Leiter von Wortgottesfeiern, wie Felder- und Osterspessensegnung. Im Seelsorgeraum ist er auch gefragter Gestalter von Totenwachen.

Sissi Potzinger aus der Pfarre Graz-St. Peter war 28 Jahre lang Vorsitzende des Katholischen Familienverbands. Bedingungsloses Eintreten für den umfassenden Schutz des Lebens zeichnet sie aus. Ihr ehrenamtliches Engagement gilt in besonderer Weise den Christen im Heiligen Land; so wurde sie 2016 als Dame in den Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem aufgenommen.

Trauer um Ingeborg Schödl

Wien. Im 90. Lebensjahr ist die Journalistin und Buchautorin Ingeborg Schödl verstorben. Durch ihre publizistische Tätigkeit sowie durch ihr Wirken in zahlreichen Ämtern – u. a. in der Hörer- und Sehervertretung des ORF – hatte Schödl die öffentliche Wahrnehmung der Kirche in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich mitgeprägt. Als Journalistin und Buchautorin beschäftigte sie sich vorrangig mit gesellschaftlich relevanten Themen wie Familienbildung, Altern, Medienverantwortung sowie der Stellung der Frau in Gesellschaft und Kirche. Schödl hatte u. a. das Hildegard Burjan-Komitee und später das Hildegard Burjan-Forum gegründet und war Triebfeder des Seligsprechungsverfahrens für Hildegard Burjan, das 2012 im Wiener Stephansdom erfolgreich zum Abschluss kam.

Kirche Bunt, 24. September 2023

20 IM_LAND MARTINUS | 24. September 2023

Trauer um Gottes „starke Tochter“



Ingeborg Schödl (1934 - 2023). Foto: Josef Rupperecht

Ingeborg Schödl, Journalistin, Publizistin und engagierte Katholikin ist am 13. September im 90. Lebensjahr verstorben.

Verheiratet, Mutter zweier Kinder und begeisterter „Familienmensch“, arbeitete sie als Redakteurin bei der „Wiener Kirchenzeitung“ (seit 2004 „Der Sonntag“), darüber hinaus war sie von 1977 bis 1999 Mitglied der ORF-Hörer- und Sehervertretung und ab 1990 Vorsitzende des Programmausschusses. Im Katholischen Familienverband Österreich war sie Chefredakteurin der Zeitschrift „Ehe und Familie“ sowie Vizepräsidentin des Verbandes.

UMFASSENDE GEWÜRDIGT
Ihre journalistische Tätigkeit zeichnete sich durch exakte Recherche, Fleiß, Disziplin, durch Wachheit für (teilweise noch gar nicht) aktuelle Themen und unbeirrbares Konsequenz im Verfolgen dieser Anliegen aus, was vielfach gewürdigt wurde (1993 Leopold Kunschak-Pressförderungspreis, 1999 Goldenes Verdienstzeichen der Republik Österreich, 2001 Orden „Dame des Gregoriusordens“, 2004 Verleihung des Titels Professorin, 2013 Stephansorden in Gold für ihr Lebenswerk und ihre Verdienste um die Erzdiözese Wien).

FAMILIENPOLITISCH
Weit über ihre umfangreiche journalistische Tätigkeit hinaus engagierte sich Schödl vor allem in familienpolitischen Angelegenheiten, beispielsweise als Empfängerin der „Mütterbildungswochen“. In

Vertretung des Katholischen Familienverbandes Österreich in der ehemaligen Hörer- und Sehervertretung beim ORF hielt sie vielen als temperamentsvolle Kämpferin für ein familiengerechtes Programm in bleibender mahnender Erinnerung.

SELIGSPRECHUNG ALS HÖHEPUNKT
Ein Höhepunkt im Leben und Wirken Ingeborg Schödl war das Engagement für die kirchliche Würdigung Hildegard Burjans. Als deren Biographin war sie Triebkraft und schließlich Vizepostulatorin in Burjans Seligsprechungsverfahren. Ihr zähes, nicht zu entmutigendes Ringen mit Vertretern der Kirche bis zur vatikanischen Ebene um die rechte Sichtweise, die rechte Einordnung und schließlich die Anerkennung des bahnbrechenden Wirkens der zum katholischen Glauben konvertierten Sozialpolitikerin fand seinen krönenden Abschluss in der Seligsprechung im Wiener Stephansdom 2012.

Dieser jahrelange intensive Einsatz blieb für Schödl publizistisches Wirken nicht ohne Folgen. Ihr Interesse an vielen oft ungenannten oder sogar weitgehend unbekanntem großen Frauengestalten in Gesellschaft und Kirche im vorigen Jahrhundert war geweckt. Diesen Frauen und deren Kampf für Gerechtigkeit und Verbesserung der Lebenssituation widmete sie danach eine Reihe weiterer Bücher. (Etwa „Gottes starke Töchter“, St. Gabriel, 1998)

Als eine „streitbare Publizistin mit klarem christlichen Kompass und großem Herzen“ hat das Canisiuswerk seine jahrzehntelange, nun verstorbene Mitarbeiterin gewürdigt. Dieser Aspekt wurde vor allem in Schödl's „Vom Aufbruch in die Krise. Die Kirche in Österreich ab 1945“ deutlich, in dem sie klar, sehr kritisch in der Sache, doch moderat im Ton, heikle Krisenherde anspricht. Themen, die aufzugreifen sie sich mit einer ihr von Herzen kommenden Loyalität nicht scheute – bestärkt durch eine jahrzehntelange Verbundenheit mit dem im Mai dieses Jahres verstorbenen Weihbischof Helmut Krätzel. Ingeborg Schödl als „katholische Publizistin“ zu bezeichnen, griffe zu kurz. Sie war mit Leib und Seele Publizistin. Aber sie war vor allem mit Leib und Seele Katholikin. Ihr Schaffen und ihr Leben waren von Liebe und unverbrüchlicher Treue zur Kirche und von tiefem Vertrauen auf Gott geprägt. Bereits mehrfach zitiert wurde der Satz aus Ingeborg Schödl's letzter Kolumne im Martinus, vom 3. September, wenige Tage vor ihrem Tod – ein Vermächtnis:

„Aus eigenem Erleben habe ich schon erfahren können, welche Hilfe es bedeutet, wenn man weiß: Ich kann nicht tiefer fallen als in Gottes Hände. Keine noch so psychologisch geschulten Fachleute können das vermitteln! Das Vertrauen darauf gibt die erforderliche Kraft.“

ELVIRA GROISS

Martinus, 24. September 2023

BUCHTIPP

Fast ein Jahrhundert Zeitgeschichte



Von der Zwischenkriegszeit bis fast zur Gegenwart reicht die Autobiographie der katholischen Publizistin Ingeborg Schödl.

Am 28. August 1934 geboren, erlebte Ingeborg Schödl in den 1930er-Jahren die Umwandlung unserer Heimat hin zur nationalsozialistisch geprägten „Ostmark“. Nach dem Kriegsende 1945 entdeckte Schödl als Heranwachsende das Kino, das Theater und die Oper, vor allem aber das Lesen. Dies war „der Beginn einer ganz großen Bücherliebe“. Schödl machte die Ausbildung zur Großhandelskauffrau und wurde glücklich, auch weil sie 1955 ihren

späteren Ehemann Fred kennenlernte.

Kirchliche Aufbrüche hautnah erlebt

Nachdem die beiden Kinder größer geworden waren, fing Schödl 1973 als freie Mitarbeiterin beim Katholischen Familienverband Österreich an, wo sie später auch als Vizepräsidentin wirkte. Sie engagierte sich mit Leidenschaft in der Hörer- und Sehervertretung des ORF. 1979 übernahm sie die Chefredaktion der Zeitung des Katholischen Familienverbandes Österreich, „ehe & familie“. 1982 wechselte sie zur „Wiener Kirchenzeitung“, 1991 erschien ihr erstes Buch, eine Biographie der Sozialpolitikerin und Gründerin der Caritas Socialis, Hildegard Burjan. Und weitere Bücher folgten. Sie erlebte mit ihrem Mann den kirchlichen Aufbruch in den 1950er-Jahren hautnah. Und sie litt an ihrer Kirche, als der Geist des Katholikentags und Papstbesuchs 1983 in den Jahren danach mit einer großen Krise der Kirche in Österreich

endete. Schödl's Lebensaufgabe galt später dem Einsatz für die Seligsprechung von Hildegard Burjan. Als Vizepostulatorin kämpfte sie unermüdlich an allen „Fronten“. Am 29. Jänner 2012 schließlich wurde Burjan im Stephansdom selig gesprochen. Am 13. September 2023 ist Ingeborg Schödl, die für ihre Leistungen auch mit dem Titel „Professorin“ ausgezeichnet wurde, verstorben. **Kron**

Ingeborg Schödl, Mein Leben im Wandel von Politik und Kirche, Wiener Dom-Verlag, 128 Seiten, ISBN: 978-3-85351-333-0, EUR 22,90. Erhältlich im Buchhandel oder unter ▶ domverlag.at

Termin Tipp: Die Autobiographie von Ingeborg Schödl wird am **2. Oktober um 18:00 Uhr** im Festsaal der Caritas Socialis (Pramergasse 7, 1090 Wien) präsentiert. Anmeldung bitte bis 27. 9.: office@domverlag.at oder Tel. 01/512 35 03-3964.

Zeit für Heiteres und Buchtipp 13

Der Sonntag Wien, 22. September 2024

KATHYPRESS-Tagesdienst Nr.64, 12. März 2024

5

Katholischer Familienverband würdigt Gründervater Kardinal König

König legte 1953 den Grundstein zur Gründung des Familienverbands - Verbandspräsident Mender zitiert König: "Eine Gesellschaft, in der die Familien mit Kindern Gefahr laufen, unter die Armutsgrenze zu rutschen, stellt sich selbst ein Armutszeugnis aus"

Wien, 12.03.2024 (KAP) Anlässlich des 20. Todestages von Kardinal Franz König (13. März) hat der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) daran erinnert, dass König 1953 - damals war er noch St. Pöltner Bischof-Koadjutor - den Grundstein zur Gründung des Verbandes gelegt hat. König sei sich stets der hohen Bedeutung der Familie für die Gesellschaft bewusst gewesen, so KFÖ-Präsident Peter Mender in einer Aussendung am Dienstag. König habe deshalb den Familienverband von Anfang an wohlwollend begünstigt und mit seinen Aussagen zu Ehe und Familie immer wieder entscheidende Impulse gesetzt, so Mender. Er erinnerte an ein markantes Zitat des Kardinals: "Eine Gesellschaft, in der die Familien mit Kindern Gefahr laufen, unter die Armutsgrenze zu rutschen, stellt sich selbst ein Armutszeugnis aus."

Der KFÖ zitierte in seiner Aussendung auch aus einem Vorwort Königs zur Festschrift "50 Jahre Katholischer Familienverband", die im Oktober 2003 erschienen ist. Darin schrieb der

Kardinal: "Die Vorstellung von Ehe und Familie gehört nicht mehr zu den selbstverständlichen Dingen unseres Lebens. Manche meinen: ja, die Familie ist heute zu einem Problem geworden. (...) Dass auch Ehe und Familie dem Gemeinwohl, gerade in einer demokratisch geordneten Gesellschaft zuzuordnen sei, wird heute immer weniger verstanden. Die Frage nach dem Nutzwert für den Einzelnen steht heute im Vordergrund. Das Aufziehen von Kindern kann man aus verschiedenen Gründen nicht nur der Privatsphäre der Eltern überlassen. (...) Das Anliegen des Katholischen Familienverbandes liegt daher zunehmend auch im Interesse der Allgemeinheit."

Er denke, so Präsident Mender, dass diese Worte des Kardinals zeitlos seien. "Und wir sollten uns mehr denn je darauf konzentrieren, Familien zu stärken. Viele der derzeit herrschenden Probleme könnten schon im Vorfeld abgefangen werden, wenn wir gezielt in Familien und deren Wohlergehen investieren würden."

Kathpress, 16. März 2024

2. Familienpolitik

2.1. Familienpolitik allgemein



I N L A N D

Schwarz: Für mehr Klimafreundlichkeit "Komfortzonen verlassen"	2
Elbs in Vaduz auch offen gegenüber angeblich Reaktionären	2
Kardinal Kasper: Neue Kultur der Barmherzigkeit ist Zukunft der Kirche	3
Diözese Innsbruck arbeitet belastetes Dollfuß-Erbe in Kirchen auf	4
EZA-Dachverband: Aussetzen der Nahost-Hilfe trifft die Falschen	4
IKG-Generalsekretär: Ging Palästina-Sympathisanten nie um Frieden	5
Armenien: Mehr als 30.000 Kinder unter den Karabach-Vertriebenen	6
Caritas-Europa-Vertreterin: In Brüssel viel Respekt für Caritas	7
Religionsvertreter: Bei Klimaschutz braucht es Vision vom guten Leben	8
Kindschaftsrecht: Familienorganisationen appellieren an Regierung	9
Leichtfried: Diakone verkörpern "Dimension der Nächstenliebe"	10
Salzburg: Kolpinghaus startet Wohnprojekt für Unter-30-Jährige	11
Herbert Schambeck in Baden beige setzt	12

Kindschaftsrecht: Familienorganisationen appellieren an Regierung

Vor drei Jahren gestarteter Reformprozess unter Einbindung von Fachleuten und NGOs geriet ins Stocken: "Seit über einem Jahr keine Treffen mehr, weitere Schritte fehlen" - Offener Brief an Nehammer, Raab und Zadic - Katholischer Familienverband bekräftigt Forderung nach zweijähriger Elternkarenz ohne verpflichtende Aufteilung

Wien, 11.10.2023 (KAP) Unter den auf die lange Bank geschobenen Reformvorhaben der türkisgrünen Bundesregierung ist laut österreichischen Familienorganisationen auch das Kindschaftsrecht: In einem offenen Brief an Bundeskanzler Karl Nehammer, Familienministerin Susanne Raab und Justizministerin Alma Zadic haben am Mittwoch Vertreter von Katholischem Familienverband, Kinderfreunden, Plattform für Alleinerziehende (ÖPA) und die "Regenbogenfamilien"-Lobby "Famos" beklagt, dass ein vor drei Jahren gestarteter Reformprozess zum Kindschaftsrecht ins Stocken geriet: Seit mehr als einem Jahr gebe es keine Treffen der damals unter Einbindung von Fachleuten und NGOs eingerichteten Arbeits-

gruppen mehr, "weitere Schritte fehlen". Die unterzeichnenden Familienorganisationen, deren Anliegen u.a. von Caritas, Diakonie, Katholischer Frauenbewegung und dem Netzwerk Kinderrechte Österreich unterstützt werden, erinnerten die Regierungsmitglieder an ihr Vorhaben zu Beginn der Legislaturperiode: Die Modernisierung des Kindschaftsrechts sollte zu einer Vereinfachung und Rechtssicherheit des Unterhaltsrechtes, zum Lückenschluss beim Unterhaltsvorschuss und zu mehr Schutz der Familien vor Gewalt führen. Es galt sicherzustellen, "dass Eltern und Kinder gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können". Das zuständige Justizministerium habe dazu 2020 einen "inten-

siven partizipativen Reformprozess" gestartet. Eingebunden waren u.a. Fachleute aus Kinder- und Gewaltschutzeinrichtungen, Familienverbänden, Frauen- und Väterorganisationen. Das damals erarbeitete Konzeptpapier sei "unter Verschluss, konkrete Inhalte sind nicht bekannt", kritisieren die Unterzeichner des Offenen Briefs. Es fehle an Informationen gegenüber den damals Konsultierten wie auch der Öffentlichkeit, wann der Gesetzesentwurf in die Begutachtungsphase geht. Die im familienpolitischen Beirat vertretenen Familienorganisationen äußerten die Sorge, "dass dieses wichtige Reformvorhaben zum Schutz der Kinder und der Familien letztlich eingestellt wird". Und das, obwohl die Umsetzung der Reform noch in dieser Legislaturperiode dringend geboten wäre.

Familienverband, Kinderfreunde, ÖPA und "Famos" fordern nun eine breite öffentliche Diskussion über den geplanten Entwurf und Klarheit über das weitere Prozedere, das in ein Begutachtungsverfahren münden sollte.

Familienverband pocht auf 24 Monate Karenz
In einer eigenen Aussendung bekräftigte der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) am Mittwoch im Anschluss an seine Jahreshauptver-

sammlung eine Forderung die Elternkarenz betreffend: Es solle weiterhin das Recht auf 24 Monate ohne verpflichtende Aufteilung zwischen Mutter und Vater bestehen. Um die Betreuungs- und Pflegeaufgaben zwischen beiden Geschlechtern EU-konform aufzuteilen, hatte der Nationalrat am 20. September beschlossen, dass die vollen zwei Jahre nur mehr dann gewährt werden, wenn jeder Elternteil zumindest zwei Monate Karenz nimmt. Peter Mender, Präsident des Katholischen Familienverbandes, wies darauf hin, "dass viele Eltern sich die ersten Jahre selbst um ihre Kinder kümmern und selber entscheiden wollen, wer diese Zeit wie lange nutzt". Als einer der ersten Arbeitgeber Österreichs garantiere der KFÖ und seine neun Diözesanverbände ihren Mitarbeitenden den vollen Karenzanspruch ohne Einschränkung. Mender hofft auf viele Nachahmer in Kirche und Privatwirtschaft.

Der Familienverband begrüße grundsätzlich eine partnerschaftliche Aufteilung. "Allerdings gilt es, den Blick auf das Kind zu richten", so Mender. Eine mögliche Verkürzung der Karenz um zwei Monate - wenn etwa Väter beruflich un-abkömmlich sind - "würde bedeuten, dem Kind Zeit mit seinen Eltern zu nehmen. Das lehnen wir ab".

Kathpress Tagesdienst, 11. Oktober 2023



Sonntagsblatt Steiermark, 23. Oktober 2023

REQUIEM FÜR BRIGITTE BIERLEIN

Bierlein-Requiem: Schönborn ruft zu "Pakt der Mitmenschlichkeit" auf	2
Van der Sellen: "Brigitte Bierlein war eine mutige Frau"	3
Österreich nimmt Abschied von Brigitte Bierlein	4
Predigt von Kardinal Schönborn beim Requiem für Brigitte Bierlein	5

INLAND

Lackner begrüßt vatikanische Vorschläge zum Papstamt	7
Tüch: Neues Pappi-Dokument ist "ökumenisch zukunftsstrahlig"	7
Caritas begrüßt geplante bessere Absicherung von Asyl-Rechtsberatung	8
Burgenland: Bischof und Caritasdirektorin besuchen Unwetter-Region	9
Unwetter: Caritas Steiermark startet Soforthilfe für Betroffene	9
Salzburg: Lackner und Studierende werben für Notreisendenprojekt	10
Familienverband: Sonderwochengeld "Meilenstein" für Mütter	10
Hörsing: 600 Kinder bei kroatischer Kinderwallfahrt im Martinsdom	11
Abtei Wettingen-Mehrerau: Klostersanierung schreitet voran	11

Familienverband: Sonderwochengeld "Meilenstein" für Mütter

Präsident des Katholischen Familienverbands, Mender, begrüßt die im Parlament beschlossene Reparatur der Wochengeldfälle

Wien, 14.06.2024 (KAP) "Als Meilenstein für Mütter" hat der Präsident des Katholischen Familienverbands Österreich (KFO), Peter Mender, die am Donnerstag im Parlament beschlossene Reparatur der "Wochengeldfälle" bezeichnet. Bisher hatten Frauen, die während ihrer Elternkarenz schwanger wurden, aber kein Kinderbetreuungsgeld mehr bezogen, keinen Anspruch auf das Wochengeld. Diese Lücke wird nun durch ein Sonderwochengeld gelöst. Mender sagte sich in einer Aussendung am Freitag erleichtert, "dass diese Lücke nun geschlossen ist", die vorrangig Frauen mit einkommensabhängigem Kindergeldbezug benachteiligt habe. Politik beunruhigt ihn aber auch, dass Frauen künftig bei Fehlgeburten nach der 18. Schwangerschaftswoche Anspruch auf eine Hebamme haben. "Frauen dürfen nicht dafür bestraft werden, wenn sie ihr zweites Kind zu früh bekommen", so die Argumentation des KFO. Man habe als Familienverband in den letzten Jahren in zahlreichen Vernetzungsgesprächen versucht,

Politikerinnen und Politiker für diese Lücke zu sensibilisieren.

Nach einer Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes vom August 2022 widersprach die "Wochengeldfälle" auch geltendem EU-Recht. "Darauf haben wir wiederholt aufmerksam gemacht und eine Reparatur gefordert", so Mender. Zuletzt hatte der Katholische Familienverband anlässlich der Verkürzung der Karenz 2023 eine Reparatur gefordert und an die Mitglieder des parlamentarischen Familienausschusses appel-

liert, das Gesetz zu reparieren. Die am Donnerstag beschlossene Reparatur des Gesetzes sieht ein Sonderwochengeld acht Wochen vor bis acht Wochen nach der Geburt. Das Plenum des Nationalrates hat die neue Regelung - mit Ausnahme der NEOS - beschlossen.

Auch der Anspruch auf eine Hebamme bei Fehlgeburten nach der 18. Schwangerschaftswoche begrüßte Mender. "In so einer belastenden Situation ist es wichtig, gut betreut zu werden", so der Familienverbandspräsident.

Kathpress, 14. Juni 2024

Meilenstein für Mütter

Frauen, die ihre Kinder knapp hintereinander bekommen, waren bislang beim Wochengeld benachteiligt: Bezogen sie kein Kinderbetreuungsgeld mehr und wurden während ihrer Karenz erneut schwanger, hatten sie keinen Anspruch auf Wochengeld. In diesen Fällen gibt es künftig Sonderwochengeld. Das hat das Plenum des Nationalrates - mit Ausnahme der Neos - im Juni beschlossen. Wir sind sehr erleichtert, dass diese Lücke nun geschlossen ist. Die Regelung hat Frauen mit einkommensabhängigem Kindergeldbezug benachteiligt. Frauen dürfen nicht dafür bestraft werden, wenn sie ihr zweites Kind zu früh bekommen.

Peter Mender, Präsident des Katholischen Familienverbandes Österreich

Der Sonntag, 11. August 20024

Familien: zufrieden mit Familienleistungen

In einer Umfrage des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) geben mehr als drei Viertel (78,2 Prozent) an, mit der Gesamtheit der Familienleistungen zufrieden zu sein. Der Mix zwischen Geldtransfers, Infrastruktur und steuerlicher Berücksichtigung wird dabei von 60 Prozent für angemessen gehalten. „Das sind sensationelle Werte, die zeigen, dass Österreich trotz vielfach geäußelter Kritik ein sehr familienfreundliches Land ist“, urteilte Barbara Fruhwürth, Vizepräsidentin des Katholischen Familienverbandes Österreichs (KFÖ).

Die Ergebnisse der Umfrage unter 1.017 Vätern und Müttern zeigten für Fruhwürth deutlich, dass die überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher die Familienleistungen kennen und schätzen. „Dass diese künftig auch wertangepasst wer-

den, ist ein weiterer Meilenstein“, sagte die KFÖ-Vizepräsidentin und warnte gleichzeitig vor überstürzten Änderungen.

Das Institut „marketagent“ hatte im Jänner im Auftrag des ÖIF die Bekanntheit und Relevanz von sechs Familienleistungen des Bundes abgefragt. Dabei gaben mehr als Dreiviertel aller Befragten an, sehr oder eher zufrieden mit den Familienleistungen zu sein. Als die mit Abstand bekannteste Familienleistung wurde die Familienbeihilfe genannt, die 94,8 Prozent der Befragten kennen. 91,7 Prozent der Befragten gaben auch an, dass diese sehr oder eher relevant für die wirtschaftliche Situation ihrer Familie ist. Weitere 85,6 Prozent kennen das Kinderbetreuungsgeld, es ist für 78,2 Prozent sehr relevant für die finanzielle Situation der Familie. Sehr hohe Zustimmung kann auch der 2019 eingeführte „Familienbonus Plus“ verzeichnen.

Der Sonntag Steiermark, 4. August 2024



INLAND

Bischöfe: Unabhängige Kontrolle bei Thema Missbrauch unverzichtbar	2
Psychiater: Kirche braucht Missbrauchs-Prävention auf allen Ebenen	4
Kirchen-Organisationen begrüßen EGMR-Urteil zu Klimaschutz	5
EU-Agrypakt: Landau fordert sichere Wege nach Europa	6
Leitkulturdebatte: KAO-Präsident Kalneder warnt vor Polarisierung	7
Familienverband gegen Vorstoß zu Ausweitung der Ladenöffnungszeiten	7
Katholischer Familienverband: Mehrkinderfamilien besser unterstützen	8
Kasper: Neu über künftige Aufgabe des Kardinalskollegiums nachdenken	9
Steirische Solidaritätsreise mit Bischof Krautwaschl nach Armenien	10
Entwicklungshilfe: NGOs mahnen Regierung zu mehr Engagement	11
Ethikerin kritisiert deutsche Umfrage zu Folgen von Abtreibung	12
150 Millionen Kinder leben weltweit auf der Straße	13
Wien: 15 Jahre "Vereinigung Katholischer Kindertagesheime"	14

Familienverband: Nein zu Ausweitung von Ladenöffnungszeiten

Präsident Mender lehnt Pläne von Rowe-Österreich-Chef als "familienfeindlich" ab

Wien, 11.04.2024 (RAP) Der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) stellt sich gegen eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten bis um 23 Uhr. Rowe-Österreich-Chef Marcel Harasch hatte sich zuletzt gegenüber der Austria Presse Agentur für eine Liberalisierung der Öffnungszeiten ausgesprochen. Konkret forderte er eine Ausweitung von aktuell maximal 72 Stunden auf 80 Stunden zwischen Montag und Samstag. KFÖ-Präsident Peter Mender lehnt diese Pläne klar ab, sie wären "familienfeindlich" und würden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern massiv erschweren, erklärte er in einer Aussendung am Donnerstag.

Mender verwies in diesem Zusammenhang auf den hohen Frauenanteil von 78 Prozent im Lebensmittelhandel. "Viele Handelsgestellten sind Mütter. Statt ihnen die Vereinbarkeit zu erschweren, sollten Konzerne lieber darüber nachdenken, wie sie für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen können", so der Familienverband-Präsident. "Tugendwert

Kathpress, 11. April 2024

I N L A N D

Steigende Zahl von Österreichern unter erwachsenen Taufbewerbern	2
Wiener Tauf-Zulassungsfeier mit 72 erwachsenen Taufbewerbern - Österreichweit empfangen rund 130 Katechumenen zu Ostern die Taufe, weitere im Jahresverlauf	
Fischer: Verhältnis Staat-Kirche "auf einem guten Weg"	3
Bischof Glettler: Demokratiefähigkeit lernt man in der Familie	4
Lackner: Christen müssen "Influencer des Friedens" sein	5
Caritas-Haussammlung startet für Österreicher in Not	5
Zselsberger: Würde jedes Menschen steht im Mittelpunkt der Arbeit	6
Familienverband: Freier Sonntag ist Taktgeber für Familien	6
OO: Neue Suizid-Präventionskampagne "Weil es das Leben wert ist"	7
Erzabt Birnbacher: Benedikt-Regel ist erfolgreiches "Betriebssystem"	8
Stift Wilten zeigt Mahnmahl in Form eines Trümmerhaufens	9

Familienverband: Freier Sonntag ist Taktgeber für Familien

KFÖ-Präsident Mender: Gemeinsam verbrachter Sonntag für Familien "wichtiger denn je"

Wien, 01.03.2024 (KAP) Vor dem "Internationalen Tag des freien Sonntags" (3. März) macht der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) auf die Bedeutung der Sonntagsruhe "als wichtigen Taktgeber für Familien und Gesellschaft" aufmerksam. "Familien und Gesellschaft brauchen

den freien Sonntag, um wieder Kraft zu tanken und sich den vielfältigen aktuellen Herausforderungen stellen zu können", betonte Familienverbandspräsident Peter Mender in einer Aussendung am Freitag. In einer Zeit, in der sich Rahmenbedingungen und Bedrohungen schnell

ändern, in der die Gesellschaft vor vielfältigen Herausforderungen und Krisen wie Krieg, Inflation und Klimawandel gestellt wird, sei für Familien eine unverplante, gemeinsame Zeit zum Innehalten und Auftanken essenziell, so Mender. Als Gründungsmitglied der Allianz für den freien Sonntag weise der Katholische Familienverband in der öffentlichen Diskussion regelmäßig auf die Bedeutung des arbeitsfreien Sonntags für Familien hin.

Für Familien seien Fixpunkte, wie ein gemeinsam verbrachter Sonntag "wichtiger denn je", so Mender. "Gäbe es keinen arbeitsfreien Sonntag mehr, dann hätte jedes Familienmitglied seinen eigenen freien Tag, und das würde ein gelingendes Familienleben deutlich erschweren", zeigte er sich überzeugt. Der Familienverband wolle den "Internationalen Tag des freien Sonntags" aber auch nutzen, um jenen 650.000 Menschen zu danken, die mit ihrer Arbeit am Sonntag eine funktionierende Infrastruktur und die Versorgung aufrechterhalten.

Superintendent: Gefahr eines "Sogs"

Ebenso hob auch der Wiener evangelische Superintendent Matthias Geist die Bedeutung des "freien Sonntags" für die Gesellschaft hervor. "Ohne Sonntag und Feiertag gelangen wir immer mehr in den Sog der unaufhörlichen Betriebsamkeit", betonte Geist laut evangelischen Pressedienst epdÖ am Freitag. Gerade die jungen Generationen seien immer mehr als Suche nach angemessener Zeiteinteilung und Lebensqualität, zeigte sich Geist überzeugt. Es sei deswegen "mehr denn je nötig", aus dem Streben nach

"schneller - höher - stärker" herauszutreten und die Betonung auf Ruhe und Innehalten zu legen. "Seele, Geist und Körper erfahren am freien Sonntag einen Mehrwert durch das Auftanken, das wir selbst gestalten dürfen - auch als Kirchen mit der Tradition von über 1.700 Jahren", so Geist.

Krautwaschl: Kleine Auszeit

Bereits am Donnerstag brach der Grazer Bischof Wilhelm Krautwaschl eine Lanze für die Beibehaltung von arbeitsfreien Sonn- und Feiertagen in Österreich. "Wir brauchen freie Sonntage und Feiertage, das steht außer Frage", betonte der Referatsbischof der "Allianz für den freien Sonntag Österreich". "Wenn wir an den Sonntag denken, dann tun wir das mit Freude. Der Sonntag ist eine Unterbrechung der tagtäglichen Routine, eine kleine Auszeit für Seele, Geist und Körper, für die Erholung, für den Gottesdienst und vieles mehr", so Krautwaschl. Die Sonntagsallianz betonte die gemeinschaftsbildende Bedeutung des arbeitsfreien Sonntags. Der Sonntag gehöre "der Familie, dem Glauben, der Kultur, dem Sport, der Geselligkeit und der Erholung. Und das soll auch so bleiben", so die Sonntagsallianz.

Die Allianz für den freien Sonntag Österreich ("Sonntagsallianz") setzt sich seit ihrer Gründung 2001 für den Schutz des freien Sonntags vor schleichender Aushöhlung durch Wirtschaft und Politik ein. Der Allianz Österreich - mit ihren neun Bundesländer-Allianzen - gehören über 50 Mitgliedsorganisationen aus Zivilgesellschaft, Kirchen, Gewerkschaften an und ist Teil der European Sunday Alliance. (Infos: www.freiersonntag.at)

20 Jahre Elternteilzeit

Kürzlich feierte ein familienpolitischer Meilenstein seinen 20. Geburtstag: 2004 wurde die Elternteilzeit eingeführt und entwickelte sich zur familienpolitischen Erfolgsgeschichte. Teilzeit ist ein beliebtes Instrument, um Beruf und Familie zu vereinbaren. 74 Prozent der Befragten in der vom Katholischen Familienverband vor drei Jahren beauftragten Studie zum Thema Teilzeit gaben an, sich bewusst für Teilzeit entschieden zu haben, damit sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Mit der Einführung der Elternteilzeit stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen zwischen 15 und 64 Jahren deutlich an. Waren es vor der Einführung der Elternteilzeit noch 61,6 Prozent der Frauen, sind es 2023 bereits 74,1 Prozent.

Der Sonntag Steiermark, 20. Juli 2024

Familien: zufrieden mit Familienleistungen

In einer Umfrage des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) geben mehr als drei Viertel (78,2 Prozent) an, mit der Gesamtheit der Familienleistungen zufrieden zu sein. Der Mix zwischen Geldtransfers, Infrastruktur und steuerlicher Berücksichtigung wird dabei von 60 Prozent für angemessen gehalten. „Das sind sensationelle Werte, die zeigen, dass Österreich trotz vielfach geäußelter Kritik ein sehr familienfreundliches Land ist“, urteilte Barbara Fruhwürth, Vizepräsidentin des Katholischen Familienverbandes Österreichs (KFÖ).

Die Ergebnisse der Umfrage unter 1.017 Vätern und Müttern zeigten für Fruhwürth deutlich, dass die überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher die Familienleistungen kennen und schätzen. „Dass diese künftig auch wertangepasst wer-

den, ist ein weiterer Meilenstein“, sagte die KFÖ-Vizepräsidentin und warnte gleichzeitig vor überstürzten Änderungen.

Das Institut „marketagent“ hatte im Jänner im Auftrag des ÖIF die Bekanntheit und Relevanz von sechs Familienleistungen des Bundes abgefragt. Dabei gaben mehr als Dreiviertel aller Befragten an, sehr oder eher zufrieden mit den Familienleistungen zu sein. Als die mit Abstand bekannteste Familienleistung wurde die Familienbeihilfe genannt, die 94,8 Prozent der Befragten kennen. 91,7 Prozent der Befragten gaben auch an, dass diese sehr oder eher relevant für die wirtschaftliche Situation ihrer Familie ist. Weitere 85,6 Prozent kennen das Kinderbetreuungsgeld, es ist für 78,2 Prozent sehr relevant für die finanzielle Situation der Familie. Sehr hohe Zustimmung kann auch der 2019 eingeführte „Familienbonus Plus“ verzeichnen.

Der Sonntag Steiermark, 4. August 2024

Liebe Freundinnen und Freunde der Erwachsenenbildung im Weinviertel! Geschätzte Vereinsmitglieder!

Unser Vereinsjahr 2024 ist erfolgreich angelaufen. Mit großer Freude nehmen wir wahr, dass die Bildungsakademie ein anspruchsvolles Programm bietet, welches auch durch intensiven Besucherstrom angenommen wird. Der Verein unterstützt mit Rat und Tat, wo dies angemessen ist und durch Ihre Mitgliedsbeiträge schaffen Sie die für diese Unterstützung notwendigen finanziellen Voraussetzungen – danke!

Gemäß unserem Leitbild bei dem „Gemeinschaft“ im Zentrum steht, organisieren wir Begegnungen zwischen uns, die durch besondere Gäste bereichert werden. So sind am 14. März Vizepräsidentin Frau Mag.^a Barbara Fruhwürth des kath. Familienverbands und Generalsekr. des Kath. Laienrats und der ehemalige Präsident des Wr. Stadtschulrats Dr. Kurt Scholz unserer Einladung gefolgt und brachten durch Ihre Impulse eine rege Diskussion in Gang. B. Fruhwürth verwies auf aktuelle Herausforderungen von Familie und Arbeitswelt, die einer sorgfältigen Analyse und realitätsnaher



Obmann mit Ehrengästen beim Vereinsforum

Bewältigung bedürfen. Auch sei eine Erwartungshaltung des „alles sofort und gleichzeitig“ illusorisch. Dr. Kurt Scholz schildert unter Verweis auf vielfältige Erfahrungen auch als Mitglied der sog. „Klasnic Kommission“ eindrucksvoll, warum Armut für Kinder lebenszerstörend sein kann. Hohe Resonanz erwarb sich seine Kernaussage: „Barmherzigkeit darf nicht als Ersatz für soziale Gerechtigkeit missbraucht werden.“ Einen lebensnahen Beitrag zur Diskussion brachte Maja Rack vom Verein „Geh mit uns Behindertenhilfe“ ein. Schlussendlich waren alle einig, dass die „Care-Arbeit“ (Sorge für mehrere Generationen in einem Familienverband) fairer verteilt und honoriert gehöre.

Die reguläre Vorstandssitzung Ende April wurde durch irritierende Medienberichte über den angeblich geplanten neuerlichen Verkauf von Schloss Großrußbach massiv beeinflusst. Gingen wir doch immer davon aus, dass wir mit dem neuen Eigentümer an einer posi-

tiven Weiterentwicklung im Einvernehmen zwischen „unserem Schloss“, der Marktgemeinde Großrußbach, der Bildungsakademie und Förderverein im Sinne eines „win:win:win:win“ Lösungsansatzes (bestmöglicher Interessensausgleich für alle Interessierten) arbeiten. Inzwischen wurde uns vom „Schlossherrn“ Dieter Gruschina versichert, an diesem großen Entwicklungsvorhaben weiterhin festzuhalten. Wie schon in den letzten Jahren würde er alle Zusagen (Kapelle, Bibliothek, Festsaal-Nutzung usw.) einhalten auch wenn er Partner benötigt, um die vorgesehenen Investitionen „zu stemmen“.

Eine mehrtägige Vereinsreise haben wir für diesen Herbst nicht eingeplant, um die Vikariatswallfahrt per Zug nach Innsbruck nicht zu beeinträchtigen. Für das nächste Jahr haben wir wieder ein spannendes Ziel, diesmal im Süden Österreichs in Vorbereitung.

Für den Oktober konnten wir wieder einen außergewöhnlich profilierten Hauptredner bei einem Abend in Gaweinstal gewinnen. Univ.-Prof. Dr. Johannes Huber ist wohl nahezu jedem interessierten Katholiken durch seine vielfältigen Publikationen und „Auftritte“ bei wesentlichen öffentlichkeitswirksamen Anlässen bekannt. Als Dr. der Theologie und Medizin hat er die akademischen Voraussetzungen für seine führende Rolle in der Bioethikkommission erworben. Die Vielfalt und Breite seiner Bücher (zuletzt z.B. die „Datenbank der Ewigkeit“, „Mann – Frau Geheimnis“ oder „Himmelsleiter“) macht ihn zu einem der angesehensten Wissenschaftler in seinem sehr breiten Spektrum.

Wenn Frauen die Altersarmut droht

In Österreich sind alleinlebende Pensionistinnen stärker durch Armut gefährdet als Männer. Warum das so ist, zeigt Katharina Obenholzner von der Armutskonferenz auf.

Michaela R. (Name von der Redaktion geändert) ist in finanziellen Nöten. Die Pensionistin ist alleinstehend. In den vergangenen drei Jahren hat sich ihre Miete um 240 Euro auf derzeit 865 Euro pro Monat erhöht. Ihre Pension beträgt 1338 Euro, davon muss die Seniorin nicht nur die Miete, sondern auch die Strom-, Heiz- und Lebensmittelkosten bezahlen. Ausgaben für die Gesundheit gehen sich da nicht mehr aus und für die Freizeit bleibt ihr auch nichts mehr übrig. Jeder Cent wird umgedreht. Zu wenig Pension und hohe Lebenshaltungskosten – vor allem was das Wohnen betrifft – stellen eine große Herausforderung dar. Michaela R. ist damit nicht alleine. Vielen Pensionistinnen in Österreich geht es ähnlich.

HINTERGRÜNDE

Die Ursachen dafür, dass Frauen von Altersarmut stärker betroffen sind als Männer und sie viel weniger Pension bekommen, liegen in ihren Beschäftigungs- und Versicherungszeiten, die sie über die Jahre erworben haben. Entstanden sind dabei Lücken in der Erwerbstätigkeit durch Kinderbetreuungszeiten, Teilzeitarbeit oder die Pflege bedürftiger Angehöriger. Dazu kommt, dass „Frauen nach wie vor weniger verdienen als Männer – nicht nur in den niedrig bezahlten frauentypischen

Branchen wie im Einzelhandel, sondern auch in gleichen Berufen. Und wenn sie dann Kinder bekommen, sind die Mütter in Karenz – selten die Väter, da sie in der Regel das höhere Einkommen haben, auf das die Familien oft nicht verzichten können. So sind Frauen eine Weile aus dem Vollzeit-erwerbsleben draußen. Danach gehen sie meistens in die Teilzeitarbeit, weil es mit den Kinderbetreuungspflichten schwieriger ist, Vollzeit zu arbeiten. All das wirkt sich im Nachgang negativ auf die Pensionshöhe von Frauen aus“, sagt Katharina



Katharina Obenholzner ist Koordinatorin und Sprecherin der Armutskonferenz Salzburg.

Obenholzner von der Armutskonferenz, einem österreichweiten Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen wie der Caritas, der Katholischen Jungschar, der Diakonie und dem Katholischen Familienverband.

ZAHLEN

In Österreich liegt laut Statistik Austria die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle bei 1392 Euro Nettoäquivalenzeinkommen monatlich für einen Einpersonenhaushalt. Laut aktueller EU-SILC-Erhebung (Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen, 2022), die jährlich von der Statistik Austria ermittelt wird, sind in Österreich 26 % der alleinlebenden Pensionistinnen durch Armut gefährdet, bei den alleinlebenden Pensionisten sind es 17 %. Die durchschnittliche Alterspension bei Frauen liegt in Österreich aktuell bei 1313 Euro (Männer: 2229 Euro) und damit 79 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die monatlichen Alterspensionen von Frauen sind somit 41,1 % niedriger als jene der Männer – man spricht dabei von der geschlechtsspezifischen Pensionslücke. (Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2022) Katharina Obenholzner weist darauf hin, dass man bei der Armutsgefährdungsschwelle von 1392 Euro immer auch im

Auge haben müsse, dass dieser Betrag in Bundesländern, wo das Wohnen sehr teuer ist wie in Tirol, Salzburg oder Vorarlberg, noch einmal einen ganz anderen Wert habe als z. B. in der Steiermark. Michaela R. lebt in Salzburg. Ihr bleiben nach Abzug der Miete noch 473 Euro. Die Pensionistin muss rechnen und abwägen, wo sie einsparen kann: Bei Lebensmitteln, bei Abos, die gekündigt werden, beim Stromanbieter, der gewechselt wird. Für Freizeit – Essengehen, ein Kaffeehaus-, Kino-, oder Theaterbesuch, ein Ausflug oder ein Urlaub – fehlt das Geld.

Wenn Pensionistinnen alleinstehend sind – ob durch eine Trennung oder dadurch, dass der Partner arbeitslos, krank oder gestorben ist –, ist ihre finanzielle Situation natürlich problematischer, als wenn sie in einer Partnerschaft leben, so die Expertin der Armutskonferenz. „Mit zwei Pensionen kommt man besser über die Runden.“ Möglich sei in einer Partnerschaft auch, das freiwillige Pensionssplitting zu nutzen, das 2005 eingeführt wurde, so Obenholzner. Dabei kann der erwerbstätige Elternteil die durch Kindererziehung entstehenden finanziellen Einbußen des erziehenden Elternteils teilweise ausgleichen. In Anspruch genommen werde das in der Realität laut Obenholzner allerdings kaum.

ERHÖHUNG DES PENSIONSANTRITTSALTERS

Seit Jänner 2024 wird das Regelpensionsalter für Frauen an das der Männer (65) in halbjährlichen Schritten angeglichen. Frauen, die bis zum 31. Dezember 1963 geboren sind, konnten noch mit 60 Jahren in Pension gehen, alle ab 1. Juli 1964 geborenen müssen bereits länger arbeiten. Ab dem Jahr 2033 gehen Frauen dann mit 65 in Pension. Die Pensionslücke zwischen Männern und Frauen soll dadurch verringert werden. Katharina Obenholzner ist jedoch skeptisch, dass der finanzielle Fehlbetrag durch die Jahre der Anhebung an das Alter der Männer abgefegert werden kann. Zudem kritisiert sie, dass für die Pensionsberechnung seit der Pensionsreform 2003/2004 nicht mehr die 15 besten Jahre herangezogen werden, um davon das Durchschnittseinkommen zu errechnen, sondern die gesamte Erwerbstätigkeit. „Das war vor allem für Frauen eine negative Änderung, denn bei vielen von ihnen ergaben sich in ihrer gesamten Erwerbstätigkeit natürlich so manche Jahre, wo geringfügig oder nur sehr wenig gearbeitet worden ist. Da geht die Pension dann automatisch stark nach unten.“

FORDERUNGEN

Um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken, gibt es viele Forderungen seitens der Armutskonferenz an die Poli-

tik. An oberster Stelle steht bei Katharina Obenholzner „gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer. Zudem braucht es generell ein existenzsicherndes Einkommen, das ein gutes Leben ermöglicht. Ich denke da an 2000 Euro Mindestnettoeinkommen auch für die Pension, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Viele Seniorinnen ziehen sich aus Scham wegen finanziellen Nöten auch zurück und es besteht die Gefahr der Vereinsamung.“ Die Expertin der Armutskonferenz rät Frauen, sich bereits in jungen Jahren gut zu informieren, um Bescheid zu wissen, dass Pensionslücken, viel Teilzeitarbeit und schlechte Bezahlung sich negativ auf die Pension auswirken können. Wichtig sei auch, so Obenholzner, „sich als Frau bei Gehaltsverhandlungen mehr zu trauen, wenn man die Möglichkeit eines Verhandlungsspielraums hat. Man darf sich der eigenen Qualifikationen durchaus bewusst sein und sie entschlossen vortragen.“ **SUSANNE HUBER**

Info unter:

www.frauenberatung.gv.at/informationen/arm-in-der-pension

www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/frauen-und-pensionen

www.armutskonferenz.at

Vorarlberger Kirchenblatt, 15. Februar 2024

Eine Diskussion über die Abschaffung des Familienlastenausgleichsfonds (Flaf) ist kontraproduktiv und entbehrlich.

Familienfeindlich und kurzsichtig

VON PETER MENDER

Jede Familie soll mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Verlässliche finanzielle Unterstützung, aber auch eine funktionierende Infrastruktur sind für diese Zuversicht elementar. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat die Rahmenbedingungen für Familien nicht willkürlich verschlechtert. Wenn Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahner nun die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (Flaf) streichen will, um die Lohnnebenkosten zu senken, bedeutet das die Abschaffung des Flaf und ist höchstwahrscheinlich nicht mehr als ein Wahlkampfgeplänkel. Entlastungen für die Wirtschaft auf Kosten der Kinder und der zukünftigen Generation zu finanzieren und nur an jener Schraube zu drehen, bei der es offenbar den geringsten politischen Widerstand gibt, ist familienfeindlich und kurzsichtig.

Je größer die Kinderzahl der einzelnen Familien ist, desto mehr wird der Lebensstandard der Familien heruntergedrückt. Das war die Motivation dafür, 1955 den Flaf zu gründen; basierend auf einem Lebensrecht der Arbeitnehmer/innen. Bis heute sorgt der Flaf in Form der Familienbeihilfe für eine Umverteilung und verhindert, dass die Gelder für Familien und Kinder im tagespolitischen Kleinstrieg untergehen. Dafür hat sich 1955 eine Politikergeneration eingesetzt, der die Angst vor kurzfristiger Politik noch in den Knochen steckte. Heute sollten wir auf erfolgsgerechte Konzepte statt auf kurzfristige Klientelpolitik setzen und Instrumente, die eine krisensichere Politik ermöglichen, schützen. Ein solches Instrument ist der Flaf. Daran werden nicht nur die Familienbeihilfe, sondern auch das Kinderbetreuungsgeld, Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, Schulbücher, die Eltern-Kind-Pass-Unterstützung, die Familienberatungsstellen oder der Unschuldigenvorschuss bezahlt. Er ist mit 8,6

Millarden Euro dotiert und wird zu 80 Prozent über die Dienstgeberbeiträge gespeist, die 2025 sowieso leider von 3,9 Prozent auf 3,7 Prozent der Lohnsumme gesenkt werden.

Würde der Flaf als verlässliche Finanzierungsquelle für Familienleistungen abgeschafft, käme das Geld dafür aus dem jährlich zu beschließenden Budget. Und je nachdem wie hoch der budgetäre Spielraum ist, müssten die familienpolitischen Leistungen dann von jeder Regierung mühsam neu ausgehandelt werden und machen Familien so zum Spielball der Politik. Auch wenn es vor jeder Wahl dann ein klares Bekenntnis zur Finanzierung der Familienleistungen gibt, besteht die Gefahr, dass es nach der Wahl ganz anders aussieht und Leistungen schelbchenweise gekürzt werden.

Mut zur Familie machen

Eltern und Kinder brauchen Planbarkeit: eine solche stellt z. B. die seit zwei Jahren geltende jährliche Erhöhung der Familienleistungen dar. Bei europaweit sinkender Geburtenrate ist es umso wichtiger, ein positives Umfeld zu schaffen und jungen Menschen Mut zur Familie zu machen. Eine Diskussion über die Abschaffung des Herostücks der österreichischen Familienpolitik zu starten ist kontraproduktiv und entbehrlich. Vielmehr sollte sich die Wirtschaft Gedanken machen, wie sich Beruf und Familie gut vereinbaren lassen, wie es uns gelingt, junge Menschen zu den Fachberufen von morgen auszubilden und wie wir es schaffen, dass nicht nur Mütter, sondern auch Väter in der Wirtschaft als Arbeitnehmer mit Betreuungspflichten wahrgenommen werden – mit allen Rechten wie Karenz, Pflegefreistellung oder dem Recht auf Elternzeit.

Peter Mender (* 1969) ist als Unternehmensberater tätig und seit 2023 Präsident des katholischen Familienverbandes. www.fkfm.at

Presse, 31. Mai 2024

DEUTSCHER KATHOLIKENTAG

Scholz und Habeck beim Deutschen Katholikentag	2
Auftritte von Bundeskanzler und Vizekanzler sorgen für besonderes Interesse - Störung durch Klima-Aktivisten - Bätzing: Kirchenreformen gehen vielen zu langsam	
Katholikentag: Wiener Sozialethiker hofft auf Reformimpulse	3
Ordensmann: Friedenshoffnung hat für Ukrainer konkrete Gesichter	4

I N L A N D

Kirchen und Religionen rufen gemeinsam zur Europawahl auf	5
"Das wichtigste Ziel der Europäischen Union ist es, Frieden zu schaffen und zu sichern"	
KA-Vizepräsidentin Knell bricht Lanze für Diakoninnen	5
Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände feiert 70er	6
Äthiopischer Prinz Asfa Wossen: Religion soll Menschen verbinden	7
Sr. Rod: Orden liefern Vorlage für Frauen-Aufwertung in der Kirche	8
Familienverband bricht Lanze für Familienlastenausgleichsfonds	8

Familienverband bricht Lanze für Familienlastenausgleichsfonds

Verbandspräsident Mender weist Überlegungen zur Abschaffung des Fonds in "Presse"-Gastkommentar als "familienfeindlich und kurzsichtig" zurück und warnt davor, Leistungen für Familien zum Spielball der Politik zu machen

Wien, 31.05.2024 (KAP) Als kontraproduktiv und entbehrlich hat der Präsident des Katholischen Familienverbands Österreich (KFÖ), Peter Mender, Überlegungen zu einer Abschaffung des Familienlastenausgleichsfonds (Flaf) bezeichnet. Jede Familie solle mit Zuversicht in die Zukunft blicken können, hielt Mender in einem Gastkommentar in der Tageszeitung "Die Presse" (Freitag)

fest. Verlässliche finanzielle Unterstützung, aber auch eine funktionierende Infrastruktur seien für diese Zuversicht elementar.

"Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat die Rahmenbedingungen für Familien nicht willkürlich verschlechtert", so der KFÖ-Präsident. Wenn Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer nun die Beiträge zum Flaf streichen will, um die Lohnnebenkosten zu senken, bedeute das die Abschaffung des Flaf "und ist hoffentlich nicht mehr als ein Wahlkampfplänkel". Entlastungen für die Wirtschaft auf Kosten der Kinder und der zukünftigen Generation zu finanzieren und nur an jener Schraube zu drehen, bei der es offenbar den geringsten politischen Widerstand gibt, sei familienfeindlich und kurzsichtig.

Je größer die Kinderzahl der einzelnen Familien ist, desto mehr werde der Lebensstandard der Familien heruntergedrückt, so Mender: "Das war die Motivation dafür, 1965 den Flaf zu gründen, basierend auf einem Lohnverzicht der Arbeitnehmerinnen." Bis heute Sorge der Flaf in Form der Familienbeihilfe für eine Umverteilung

und verhindere, "dass die Gelder für Familien und Kinder im tagespolitischen Kleinkrieg untergehen". Mender: "Heute sollten wir auf erfolgserprobte Konzepte statt auf kurzsichtige Klientelpolitik setzen und Instrumente, die eine krisensichere Politik ermöglichen, schützen. Ein solches Instrument ist der Flaf."

Aus dem Flaf wird nicht nur die Familienbeihilfe, sondern auch das Kinderbetreuungsgeld, Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, Schulbücher, die Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen, die Familienberatungsstellen oder der Unterhaltsvorschuss bezahlt. Der Flaf ist mit 8,6 Milliarden Euro dotiert und wird zu 80 Prozent über die Dienstgeberbeiträge gespeist.

Würde der Flaf als verlässliche Finanzierungsquelle für Familienleistungen abgeschafft, käme das Geld dafür aus dem jährlich zu beschließenden Budget. "Und je nachdem, wie hoch der budgetäre Spielraum ist, müssten die familienpolitischen Leistungen dann von jeder Regierung mühsam neu ausgehandelt werden und machten Familien so zum Spielball der Politik", warnte der Familienverbandspräsident.



MEINUNG

Wunschzettel 2024

Peter Mender (54) ist Präsident des Katholischen Familienverbandes und zweifacher Familienvater.

Seit Jahresbeginn dürfen sich Familien über eine Erhöhung der Familienbeihilfe und anderer Familienleistungen um knapp 10 Prozent freuen. Denn seit dem Jahr 2023 werden Familienbeihilfe und Co – wie Pensionen oder Parteienförderungen – endlich auch jährlich wertangepasst.

Dennoch gilt es besonders vulnerable Familienkonstellationen wie Mehrkindfamilien und Alleinerziehende gut im Blick zu behalten. Von den knapp 240.000 Paarfamilien mit drei und mehr Kindern ist jede vierte Familie armutsgefährdet. Die Politik muss daher bei allen Entlastungsmaßnahmen berücksichtigen, wie viele Menschen in einem Haushalt leben! Längst überfällig ist auch eine Reform des Mehrkindzuschlages, der für drei und mehr Kinder gewährt wird.

Handlungsbedarf gibt es aus meiner Sicht auch bei den Frauenpensionen. Eine von uns in Auftrag gegebene repräsentative Studie hat gezeigt, dass 72 Prozent der Eltern ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, weil sie gerne Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen. Um Eltern (derzeit sind es vor allem Mütter) vor Altersarmut zu bewahren, ist eine bessere Bewertung der Elternteilzeit für die Pension notwendig.

Einen großen Fokus müssen wir auch auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen richten. Wichtig wäre eine Aufstockung der Stellen für Psychotherapie und eine Kostenübernahme der Therapie durch die Krankenkassen. Hilfreich wäre auch eine psychotherapeutische Anlaufstelle an Schulen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Unterstützung der Familien im Umgang mit Social Media und dem Internet. Hier möchten wir einen Leitfaden anbieten, der Familien praxisnahe Tipps gibt, wie sie ihre Kinder in der digitalen Welt begleiten und unterstützen können. Dieser Leitfaden zielt darauf ab, die Chancen des Internets verantwortungsvoll zu nutzen ohne die Risiken außer Acht zu lassen.

Zusätzlich möchten wir uns dem Thema gesunde Ernährung widmen. Wir vom Katholischen Familienverband fragen uns, wie wir Familien in diesem Bereich bestmöglich unterstützen können. Optimal wären Online-Workshops, Informationsmaterialien und Beratungsdienste, um Familien zu helfen, gesunde Essgewohnheiten zu entwickeln und zu erhalten. 🍎

Der Kommentar drückt die persönliche Meinung des Autors aus!

LESERFORUM

Sind Sie ganz anderer Meinung?
Schreiben Sie uns an:
redaktion@dersonntag.at

Weihnachtliches Fotoalbum Nr. 51
Weihnachten 1965 im kommunistischen Ungarn – für eine christliche Familie nicht einfach.

nem Vater, meinem Bruder und meiner Schwester sehr schön und besinnlich.

Marietta Feher



Der Podcast mit
Chefredakteurin
Sophie Lauringer



Der Sonntag, 5. Jänner 2024

steht man die Aussagen auch nicht.“

„Unbedacht und unnötig“

Barbara Fruhwürth, 58, Vizepräsidentin des katholischen Familienverbands



„Was Karl Nehammer gesagt hat, war unbedacht und unnötig. Es stimmt schon: Österreich hat ein gut ausgebautes Sozialsystem. Trotzdem haben immer mehr Menschen finanzielle Sorgen – gerade Familien mit kleinen oder mehreren Kindern. Ich bin Steuerberaterin und höre sehr oft die Frage: Zahlt es sich für mich überhaupt aus, mehr zu arbeiten? Grundsätzlich zahlt es sich immer aus, wenn man an die Pensionsbeiträge denkt. Aber wenn die Sozialhilfen entfallen, wird es zu einem Problem. Eltern, die sogenannte Care-Arbeit leisten, leisten einen großen Beitrag, sind aber auch auf die Solidarität anderer angewiesen. Ich bin nicht ÖVP-Mitglied, aber wir als katholischer Familienverband verstehen auch, dass der Arbeitsmarkt gut ausgebildete Frauen haben möchte. Es kann allerdings nicht sein, dass Druck auf junge Familien ausgeübt wird, so schnell wie möglich wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Nehammers Aussagen sind auch deswegen verzichtbar, weil viele gute Maßnahmen umgesetzt wurden: Der Familienbonus wirkt, die automatische Wertanpassung von Familienleistungen ist gekommen. Was es jetzt noch bräuchte, wäre die Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die Pension. Nach dem 4. Geburtsjahr fällt der betreuende Elternteil sehr tief.“

t seinen

Profil, 22. Oktober 2023

8 | Tribüne



AUSSENSICHT

Gudrun Kattinig warnt davor, Eltern einzureden, die Bildung ihrer Kinder komme vor der Bindung.

Eine Vierzigstundenwoche für die Kleinsten

Falsche Aussagen werden nicht richtiger, wenn sie ständig, wie im Fall der Kinderbetreuung, wiederholt werden. Die Wirtschaft ist in Nöten und mag nicht auf die Arbeitskraft gut ausgebildeter Mütter verzichten. Im Ranking gibt es allerdings eine Gruppe, die Vorrang hat und noch weniger auf Mamas verzichten kann: die Kinder! Sie haben ein wirkliches Recht auf Mama und Papa.

Die Politik hat lange darauf verzichtet, Anreize für Eltern zu schaffen, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen. Kein Wunder, dass die Geburtenrate weiter im Sinkflug ist. Aber Arbeitskräfte werden gebraucht. Sozialpartnerschaft und Politik drängen junge Mamas in die Erwerbsarbeit und untergraben dabei grundlegende Bedürfnisse der Kleinkinder. Eltern gar einzureden, dass die Einrich-

„Fragt sich, ob Kleinkinder, hätten sie die Wahl, sich gern möglichst früh ganztags außerhalb ihrer Familie betreuen ließen.“

tungen für die Bildung ihrer Lieben unakkömlich sind, grenzt bei genauerer Betrachtung an Fahrlässigkeit. Einrichtungen decken nur in den seltensten Fällen die Bindungsbedürfnisse von Kleinkindern ab. Eine von Wissenschaftlern erstellte Kinderbetreuungsampel bietet

wertvolle Hilfestellung für Eltern. Die Lektüre sei auch den Chefetagen politischer Entscheidungsträger herzlichst empfohlen.

Bindung kommt vor Bildung. Mit dem massiven Ausbau der Ganztagesbetreuung wird schon Kleinkindern eine Vierzigstundenwoche verordnet. Dies führt zu enormem seelischem Stress und nicht selten zu Folgeschäden. Fragt sich, ob Kleinkinder, hätten sie eine Wahl, sich gern möglichst früh und möglichst ganztags außerhalb ihrer Familie betreuen ließen.

Was Kinder und Mütter brauchen, ist eine Politik und Sozialpartnerschaft, die in Generationen und nicht nur bis zur nächsten Wahl denkt. Wer den Kleinsten vorenthält, was sie brauchen, darf sich nicht wundern, wenn die Kinder von damals als Erwachsene von morgen auch nicht mehr bereit oder in der Lage sein werden, für die verletzbaren Gruppen und das immer größer werdende Heer der Alten einzustehen.

Gudrun Kattinig ist Projektreferentin des Katholischen Familienverbandes Kärnten.

KULTUR & MEDIEN

Stephansdom: Kein weiteres Helmwein-Tuch ab Ostern	2
<small>Denkmalpatein wichtig: "Ostertuch" eines Kindes mit dem Wundmalen Christi als "ernstzunehmendes Kunstwerk", könnte aber "Menschen verstören" und polarisieren</small>	
Gottfried Helmwein erläutert "Ostertuch" mit gekreuzigtem Kind	2
DRF-Osterprogramm: Von "Urbi et orbi" bis Dokumentationen	3
Stift Melk: Dritte Etappe der Bibliotheks-Restaurierung gestartet	5
Fotoschau im Stift Klosterneuburg über "Schatzkammer der Natur"	5

INLAND

Katholische Aktion: "Wir haben die Schöpfung ans Kreuz genagelt"	6
<small>Katholische Aktion fordert "konsequente Umkehr zu Nachhaltigkeit"</small>	
Burgenland: Bischof und Superintendent schreiben Okumene-Osterbrief	7
Ukraine-Krieg: Sozialethiker Neuhold vermisst Friedensstrategien	8
Familienverband zum Welt-Down-Syndrom-Tag: Länder sind gefordert	8
Interreligiöses Schulprojekt "optimis-TISCH" fördert Miteinander	9
Ostergroßaktion: Jungscharen überbringt Botschaft des Glaubens	10
Ostern kindgerecht erklären	10
Ehemaliger Vatikan-Botschafter Walter Greinert gestorben	11

Familienverband zum Welt-Down-Syndrom-Tag: Länder gefordert

Kfö-Präsident Mender: "Gelingene Inklusion darf nicht vom Bundesland abhängen"
Wien, 21.03.2024 (KAF) Der Katholische Familienverband Österreichs (Kfö) nimmt in einer Aussendung zum Welt-Down-Syndrom-Tag (21. März) die österreichischen Bundesländer in die Pflicht: "Eine gelungene Inklusion darf nicht vom Bundesland abhängen", forderte Verbandspräsident Peter Mender. Verbesserungsbedarf gebe es etwa beim Thema Entlohnung statt Taachengeld

fest. Verlässliche finanzielle Unterstützung, aber auch eine funktionierende Infrastruktur seien für diese Zuversicht elementar.

"Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat die Rahmenbedingungen für Familien nicht willkürlich verschlechtert", so der Kfö-Präsident. Wenn Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer nun die Beiträge zum Flaf streichen will, um die Lohnnebenkosten zu senken, bedeute das die Abschaffung des Flaf "und ist hoffentlich nicht mehr als ein Wahlkampfplänkelein". Entlastungen für die Wirtschaft auf Kosten der Kinder und der zukünftigen Generation zu finanzieren und nur an jener Schraube zu drehen, bei der es offenbar den geringsten politischen Widerstand gibt, sei familienfeindlich und kurzfristig.

Je größer die Kinderzahl der einzelnen Familien ist, desto mehr werde der Lebensstandard der Familien heruntergedrückt, so Mender: "Das war die Motivation dafür, 1955 den Flaf zu gründen, basierend auf einem Lohnverzicht der Arbeitnehmer/innen." Bis heute Sorge der Flaf in Form der Familienbeihilfe für eine Umverteilung

und verhindere, "dass die Gelder für Familien und Kinder im tagespolitischen Kleinkrieg untergehen". Mender: "Heute sollten wir auf erfahrungsbasierte Konzepte statt auf kurzfristige Klientelpolitik setzen und Instrumente, die eine krisensichere Politik ermöglichen, schützen. Ein solches Instrument ist der Flaf."

Aus dem Flaf wird nicht nur die Familienbeihilfe, sondern auch das Kinderbetreuungsgeld, Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, Schulbücher, die Eltern-Kind-Pass-Unterstützungen, die Familienberatungsstellen oder der Unterhaltsvorschuss bezahlt. Der Flaf ist mit 8,6 Milliarden Euro dotiert und wird zu 80 Prozent über die Dienstgeberbeiträge gespeist.

Würde der Flaf als verlässliche Finanzierungsquelle für Familienleistungen abgeschafft, käme das Geld dafür aus dem jährlich zu beschließenden Budget. "Und je nachdem, wie hoch der budgetäre Spielraum ist, müssten die familienpolitischen Leistungen dann von jeder Regierung mühsam neu ausgehandelt werden und machten Familien so zum Spielball der Politik", warnte der Familienverbandspräsident.

► Ja zur Zuckersteuer

Der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) begrüßt die derzeitige Debatte über die Einführung einer Zuckersteuer zur Budgetkonsolidierung, sieht aber Handlungsbedarf über eine reine Steuermaßnahme hinaus. „Eine Zuckersteuer allein wird nicht ausreichen, um unseren Kindern gesunde Ernährungsgewohnheiten zu vermitteln“, so Verbandspräsident Peter Mender. „Wir brauchen einen umfassenden Ansatz, der Bildung, Prävention und gezielte Maßnahmen kombiniert.“

Der Sonntag Wien, 30. Oktober 2024

MEINUNGEN

eingeholt von
KERNEGGER



Ideen, das Budgetloch zu stopfen, gibt es viele. Eine davon ist die Zuckersteuer für süße Limonaden. Rund ein Drittel der Bevölkerung trinkt bei uns mehrmals in der Woche „zuckerhaltige Erfrischungsgetränke“, bei jungen Menschen ist es mehr als die Hälfte. In Großbritannien haben viele Hersteller durch die Steuer den Zuckergehalt in den Limonaden gesenkt, um das Produkt nicht zu verteuern.

Brauchen wir eine Zuckersteuer für Getränke?

JA

PETER MENDER,
Präsident Katholischer Familienverband

„In unserem Land sind rund 28 von hundert Kindern bereits im Alter von fünf bis neun Jahren übergewichtig. Eine schwere Hypothek für ihre Zukunft. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Diskussion um eine Zuckersteuer, allerdings sollte bei einer solchen Maßnahme die Gesundheit im Vordergrund stehen und nicht die Sanierung des Budgets. Auch geht es nicht darum, den Menschen das Naschen komplett zu verleidern. Ein interessanter Ansatz wäre eine Abgabe, die von Unternehmen



Foto: Sonntagsbeobachter/Heizhold

bezahlt wird, wenn ein Getränk einen zu hohen Zuckeranteil hat. Die Folge: Die Unternehmen passen ihre Rezeptur an. Erfahrungen aus Großbritannien zeigen, dass solche Maßnahmen den Zuckerkonsum bei Kindern drastisch reduziert haben. Unsere

Mütter und Großmütter wussten noch genau, was wie viel Zucker enthält. Sie kochten mit natürlichen Zutaten und hatten ein intuitives Verständnis für ausgewogene Ernährung. Dieses wertvolle Wissen sollten wir wieder mehr in den Vordergrund rücken und von der älteren Generation lernen. Eine Verbrauchsabgabe könnte dazu beitragen, extreme Zuckerbomben zu entschärfen und wieder mehr auf natürlichen Geschmack zu setzen.“

NEIN

KATHARINA KOSSDORF,
Fachverband der Lebensmittelindustrie

„Österreich ist ein Hochsteuerland. Neue Steuern auf Nahrungs- und Genussmittel würden Lebensmittel wieder verteuern. Das ginge klar zu Lasten der Konsumentinnen und Konsumenten und das lehnen wir ab.

Neue Preissteigerungen kann doch jetzt niemand ernsthaft wollen. Eine Zuckersteuer hätte nicht die erwünschten Effekte – weder saniert sie das Budget noch reduziert sie Übergewicht. Die Fettsteuer in Dänemark wurde mangels Erfolges wieder abgeschafft. Die

Zuckersteuer in Mexiko brachte Einsparungen von nur zirka sechs Kalorien täglich (das entspricht einem kleinen Bissen Apfel). Besser gegen Übergewicht helfen würde mehr Bildung über eine gesunde Ernährung in den Schulen. Die Hersteller reduzieren seit



Foto: Georg Wilke

Jahren den Zuckergehalt in Lebensmitteln und Getränken und bauen das Angebot an kalorienfreien Produkten laufend aus. Neue Steuern belasten auch unsere heimischen Betriebe. Sie haben deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Branche stagniert. Das gefährdet Arbeitsplätze und den Wohlstand im Land. Statt neuer Steuern brauchen unsere Lebensmittelhersteller wachstumsfördernde Initiativen und mehr Wettbewerbsfähigkeit, etwa durch weniger Bürokratie.“

Die ganze
Woche Nr. 44/24

9

Liebe Freundinnen und Freunde der Erwachsenenbildung im Weinviertel! Geschätzte Vereinsmitglieder!

Unser Vereinsjahr 2024 ist erfolgreich angelaufen. Mit großer Freude nehmen wir wahr, dass die Bildungsakademie ein anspruchsvolles Programm bietet, welches auch durch intensiven Besucherstrom angenommen wird. Der Verein unterstützt mit Rat und Tat, wo dies angemessen ist und durch Ihre Mitgliedsbeiträge schaffen Sie die für diese Unterstützung notwendigen finanziellen Voraussetzungen – danke!

Gemäß unserem Leitbild bei dem „Gemeinschaft“ im Zentrum steht, organisieren wir Begegnungen zwischen uns, die durch besondere Gäste bereichert werden. So sind am 14. März Vizepräsidentin Frau Mag.^a Barbara Fruhwürth des kath. Familienverbands und Generalsekr. des Kath. Laienrats und der ehemalige Präsident des Wr. Stadtschulrats Dr. Kurt Scholz unserer Einladung gefolgt und brachten durch ihre Impulse eine rege Diskussion in Gang. B. Fruhwürth verwies auf aktuelle Herausforderungen von Familie und Arbeitswelt, die einer sorgfältigen Analyse und realitätsnaher



Obmann mit Ehrengästen beim Vereinsforum

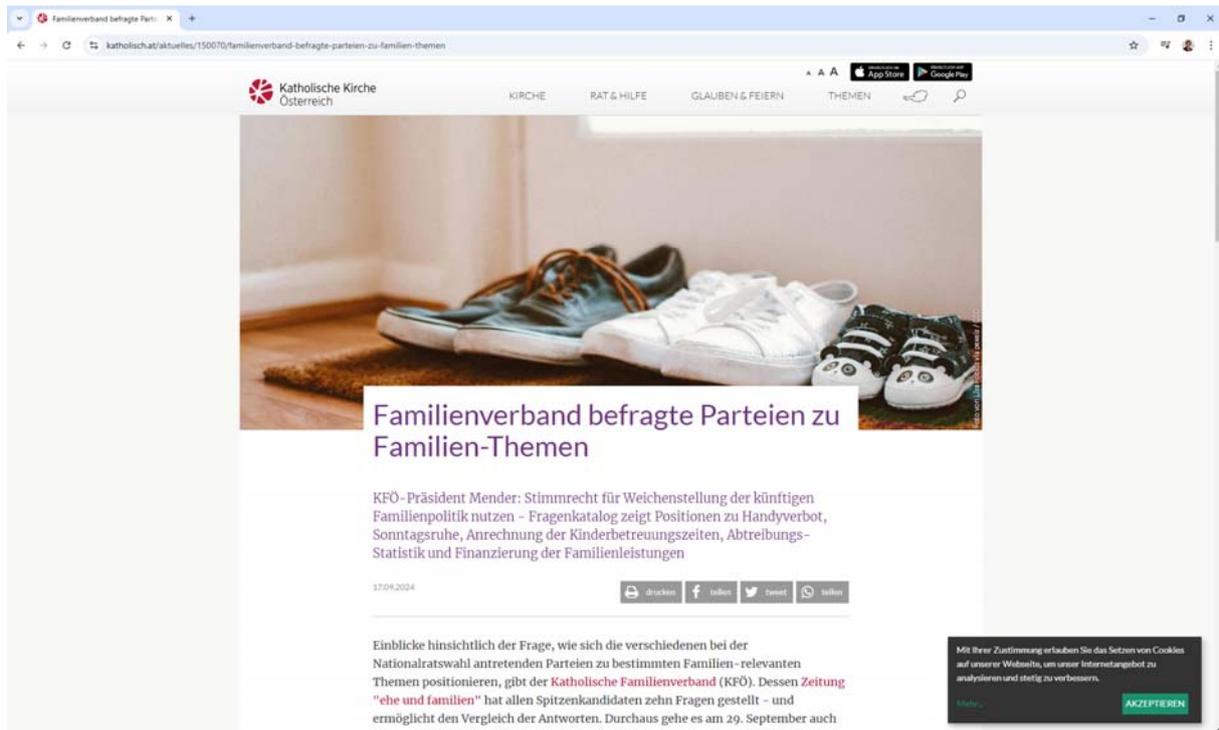
Bewältigung bedürfen. Auch sei eine Erwartungshaltung des „alles sofort und gleichzeitig“ illusorisch. Dr. Kurt Scholz schildert unter Verweis auf vielfältige Erfahrungen auch als Mitglied der sog. „Klasnic Kommission“ eindrucksvoll, warum Armut für Kinder lebenszerstörend sein kann. Hohe Resonanz erwarb sich seine Kernaussage: „Barmherzigkeit darf nicht als Ersatz für soziale Gerechtigkeit missbraucht werden.“ Einen lebensnahen Beitrag zur Diskussion brachte Maja Rack vom Verein „Geh mit uns Behindertenhilfe“ ein. Schlussendlich waren alle einig, dass die „Care-Arbeit“ (Sorge für mehrere Generationen in einem Familienverband) fairer verteilt und honoriert gehöre.

Die reguläre Vorstandssitzung Ende April wurde durch irritierende Medienberichte über den angeblich geplanten neuerlichen Verkauf von Schloss Großrußbach massiv beeinflusst. Gingen wir doch immer davon aus, dass wir mit dem neuen Eigentümer an einer positiven

Weiterentwicklung im Einvernehmen zwischen „unserem Schloss“, der Marktgemeinde Großrußbach, der Bildungsakademie und Förderverein im Sinne eines „win:win:win:win“ Lösungsansatzes (bestmöglicher Interessensausgleich für alle Interessierten) arbeiten. Inzwischen wurde uns vom „Schlossherrn“ Dieter Gruschina versichert, an diesem großen Entwicklungsvorhaben weiterhin festzuhalten. Wie schon in den letzten Jahren würde er alle Zusagen (Kapelle, Bibliothek, Festsaal-Nutzung usw.) einhalten auch wenn er Partner benötigt, um die vorgesehenen Investitionen „zu stemmen“.

Eine mehrtägige Vereinsreise haben wir für diesen Herbst nicht eingeplant, um die Vikariatswallfahrt per Zug nach Innsbruck nicht zu beeinträchtigen. Für das nächste Jahr haben wir wieder ein spannendes Ziel, diesmal im Süden Österreichs in Vorbereitung.

Für den Oktober konnten wir wieder einen außergewöhnlich profilierten Hauptredner bei einem Abend in Gaweinstal gewinnen. Univ.-Prof. Dr. Johannes Huber ist wohl nahezu jedem interessierten Katholiken durch seine vielfältigen Publikationen und „Auftritte“ bei wesentlichen öffentlichkeitswirksamen Anlässen bekannt. Als Dr. der Theologie und Medizin hat er die akademischen Voraussetzungen für seine führende Rolle in der Bioethikkommission erworben. Die Vielfalt und Breite seiner Bücher (zuletzt z.B. die „Datenbank der Ewigkeit“, „Mann - Frau Geheimnis“ oder „Himmelsleiter“) macht ihn zu einem der angesehensten Wissenschaftler in seinem sehr breiten Spektrum.



Katholische Kirche, 17. September 2024

<https://www.katholisch.at/aktuelles/150070/familienverband-befragte-parteien-zu-familien-themen>

KFÖ-Präsident Mender: Stimmrecht für Weichenstellung der künftigen Familienpolitik nutzen - Fragenkatalog zeigt Positionen zu Handyverbot, Sonntagsruhe, Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten, Abtreibungs-Statistik und Finanzierung der Familienleistungen

Einblicke hinsichtlich der Frage, wie sich die verschiedenen bei der Nationalratswahl antretenden Parteien zu bestimmten Familien-relevanten Themen positionieren, gibt der **Katholische Familienverband** (KFÖ). Dessen **Zeitung "ehe und familien"** hat allen Spitzenkandidaten zehn Fragen gestellt - und ermöglicht den Vergleich der Antworten. Durchaus gehe es am 29. September auch darum, "die Weichen für die Familienpolitik in den kommenden Jahren zu stellen", erinnert KFÖ-Präsident Peter Mender in einer Aussendung vom Dienstag. Es sei daher wichtig, sich zu informieren und auch vom Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Die zehn Fragen befassen sich mit Themen wie dem Projekt "Gesund aus der Krise", einem Handyverbot an Volksschulen, dem arbeitsfreien Sonntag, einer längeren Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten für die Pension, einer Statistik zu Schwangerschaftsabbrüchen, der Finanzierung der Familienleistungen und nach ihren zwei wichtigsten familienpolitischen Vorhaben. Gekürzte Antworten der derzeit im Nationalrat vertretenen Parteien auf sechs Fragen wurden in "ehe und familien" veröffentlicht, die ungekürzten Positionen, vier weitere Fragen und die Antworten der anderen wahlwerbenden Parteien sind auf www.familie.at/nationalratswahl2024 nachzulesen.

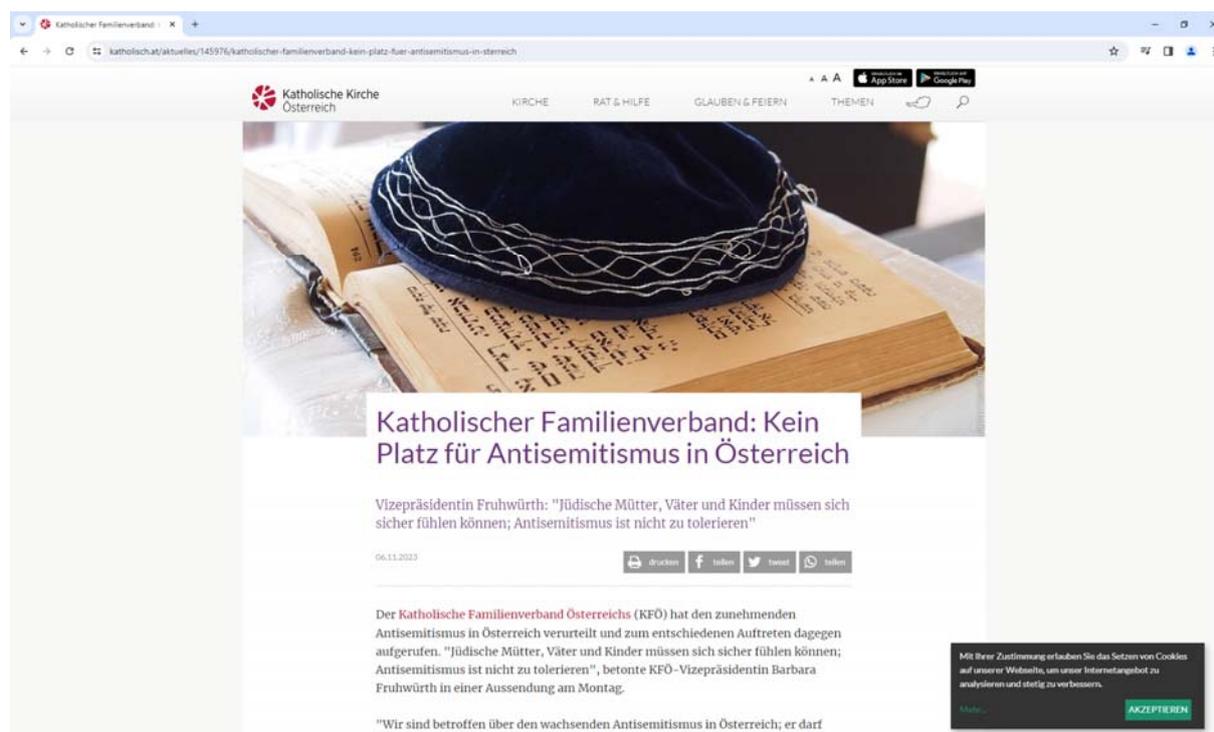
Einigkeit herrscht beim Thema psychische Unterstützung für Kinder und Jugendliche. Hier sehen alle befragten Parteien Handlungsbedarf - sei es durch die Übernahme des Projektes "Gesund aus der Krise" in die Regelfinanzierung ([Grüne](#), [SPÖ](#), [FPÖ](#)) oder die Evaluierung des Projektes und mehr Fokus auf diesen Bereich ([ÖVP](#) und [NEOS](#)). Hier dürfte also - egal in welcher Koalitionsform - ein deutlicher Ausbau der Unterstützungen zu erwarten sein, so die Einschätzung des Familienverbands. Handlungsbedarf sehen alle Parteien beim Thema Handynutzung in den Volksschulen; auch wenn sich nicht alle auf ein vom KFÖ gefordertes Verbot aussprechen wollen.

Weniger Einigkeit gibt es, wenn es um die Finanzierung der Familienleistungen geht. Für ÖVP und NEOS müssen die Familienleistungen nicht zwingend aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) finanziert werden, auch eine Finanzierung aus dem Budget wäre für sie eine Möglichkeit. Dies lehnen SPÖ und Grüne ab. Priorität hat für sie eine ausreichende und gesicherte Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds); wenn diese gewährleistet ist, könne über eine Senkung des Dienstgeberbeitrages zum FLAF diskutiert werden.

Ebenfalls uneins sind die Parteien, wenn es um die Familienleistungen selbst geht: ÖVP und FPÖ plädieren für die Beibehaltung der aktuellen Familienleistungen in Form von Familienbeihilfe, Familienbonus Plus und Absetzbeträgen. SPÖ und Grüne treten für eine Abschaffung des Familienbonus Plus ein und wollen ihn gemeinsam mit der Familienbeihilfe als Kindergrundsicherung für alle Kinder ausbezahlen. Die NEOS plädieren für ein liberales Bürgergeld als Kindergrundsicherung, in dem Geld- und Sachleistungen zusammengefasst werden.

Uneinigkeit herrscht bei den Parteien auch in puncto Pension: Während sich SPÖ und FPÖ positiv zu einer Verbesserung bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Pension äußern, wird diese von den Grünen abgelehnt. Sie befürchten noch mehr Ausgrenzung durch eine solche Maßnahme. Die ÖVP verweist, ebenso wie die NEOS, auf das automatische Pensionsplitting hin; eine Maßnahme, die zwar im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehen war, aber nicht umgesetzt wurde.

KFÖ-Präsident Mender versprach "lautstarkes Eintreten" seiner Organisation für Anliegen der Familien auch nach der Wahl. Erst kürzlich hatte der KFÖ sein Forderungsprogramm "Familienpolitik konkret" mit 77 Vorschlägen für eine "nachhaltige und zukunftsorientierte Familienpolitik" präsentiert. Man wolle damit "Ideengeber für die Regierungsverhandlungen und die neue Regierung sein", hieß es. (Info: www.familie.at/nationalratswahl2024)



Katholischer Familienverband: Kein Platz für Antisemitismus in Österreich

Vizepräsidentin Fruhwürth: "Jüdische Mütter, Väter und Kinder müssen sich sicher fühlen können; Antisemitismus ist nicht zu tolerieren"

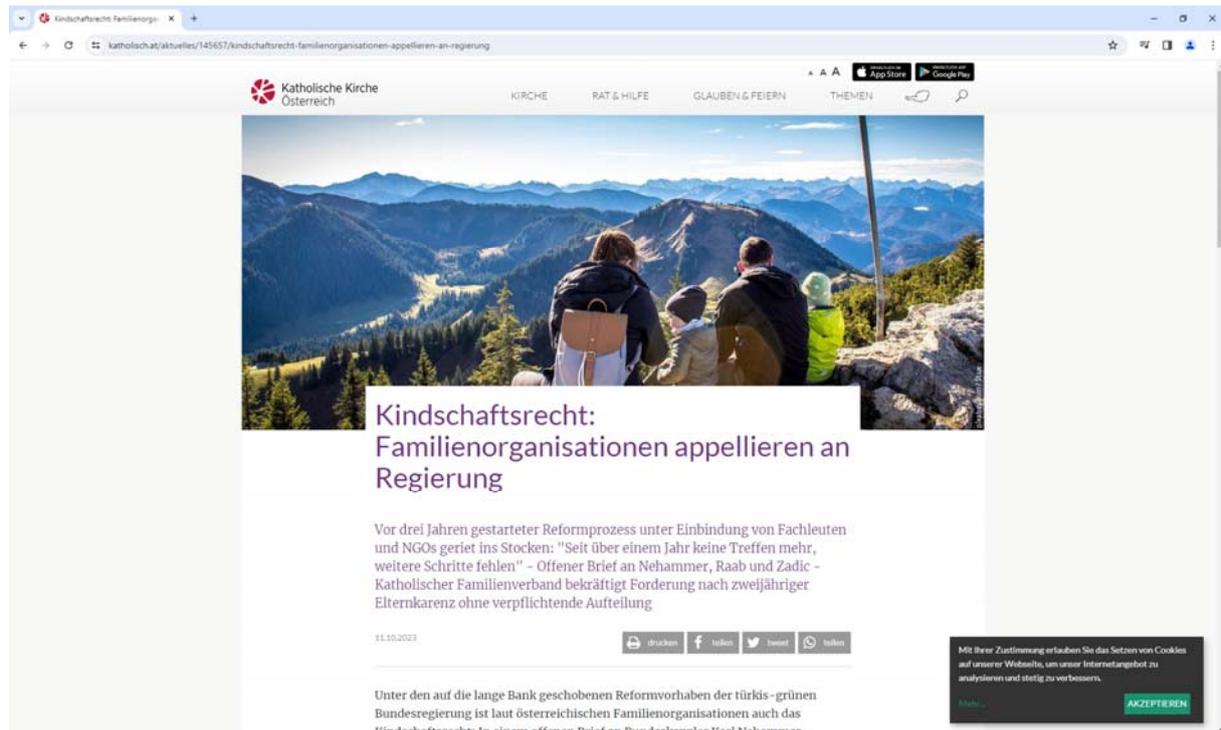
06.11.2023

Der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) hat den zunehmenden Antisemitismus in Österreich verurteilt und zum entschiedenen Auftreten dagegen aufgerufen. "Jüdische Mütter, Väter und Kinder müssen sich sicher fühlen können; Antisemitismus ist nicht zu tolerieren", betonte KFÖ-Vizepräsidentin Barbara Fruhwürth in einer Aussendung am Montag.

"Wir sind betroffen über den wachsenden Antisemitismus in Österreich; er darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben", so Fruhwürth. Sie versicherte Jüdinnen und Juden in Österreich die volle Solidarität: "Nie wieder ist jetzt, und wir müssen entschieden dagegen auftreten, dass Menschen in unserem Land aufgrund ihres jüdischen Glaubens beschimpft und diskriminiert oder jüdische Einrichtungen angegriffen werden", so die Familienverband-Vizepräsidentin.

Fruhwürth verwies in diesem Zusammenhang auch auf die wichtige Rolle der Schulen für das gesellschaftliche Klima hin. "Wir bedanken uns bei den Pädagoginnen und Pädagogen, die so wichtige Präventionsarbeit leisten und wünschen uns noch mehr Unterstützung für Schulen, die Antisemitismus thematisieren. Alles, was wir im Rahmen der Bildungseinrichtungen in ein gutes Miteinander investieren, stärkt unsere gesamte Gesellschaft", so die KFÖ-Vizepräsidentin.

Katholisch.at, 6. November 2023



Kindschaftsrecht: Familienorganisationen appellieren an Regierung

Vor drei Jahren gestarteter Reformprozess unter Einbindung von Fachleuten und NGOs geriet ins Stocken: "Seit über einem Jahr keine Treffen mehr, weitere Schritte fehlen" - Offener Brief an Nehammer, Raab und Zadic - Katholischer Familienverband bekräftigt Forderung nach zweijähriger Elternkarenz ohne verpflichtende Aufteilung

Unter den auf die lange Bank geschobenen Reformvorhaben der türkis-grünen Bundesregierung ist laut österreichischen Familienorganisationen auch das Kindschaftsrecht: In einem offenen Brief an Bundeskanzler Karl Nehammer, Familienministerin Susanne Raab und Justizministerin Alma Zadic haben am Mittwoch Vertreter von Katholischem Familienverband, **Kinderfreunden**, **Plattform für Alleinerziehende** (ÖPA) und die "Regenbogenfamilien"-Lobby "Famos" beklagt, dass ein vor drei Jahren gestarteter Reformprozess zum Kindschaftsrecht ins Stocken geriet: Seit mehr als einem Jahr gebe es keine Treffen der damals unter Einbindung von Fachleuten und NGOs eingerichteten Arbeitsgruppen mehr, "weitere Schritte fehlen".

Die unterzeichnenden Familienorganisationen, deren Anliegen u.a. von Caritas, Diakonie, Katholischer Frauenbewegung und dem Netzwerk Kinderrechte Österreich unterstützt werden, erinnerten die Regierungsmitglieder an ihr Vorhaben zu Beginn der Legislaturperiode: Die Modernisierung des Kindschaftsrechts sollte zu einer Vereinfachung und Rechtssicherheit des Unterhaltsrechtes, zum Lückenschluss beim Unterhaltsvorschuss und zu mehr Schutz der Familien vor Gewalt führen. Es galt sicherzustellen, "dass Eltern und Kinder gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können".

Das zuständige Justizministerium habe dazu 2020 einen "intensiven partizipativen Reformprozess" gestartet. Eingebunden waren u.a. Fachleute aus Kinder- und Gewaltschutzeinrichtungen, Familienverbänden, Frauen- und Väterorganisationen. Das damals erarbeitete Konzeptpapier sei "unter Verschluss, konkrete Inhalte sind nicht bekannt", kritisieren die Unterzeichner des Offenen Briefs. Es fehle an Informationen gegenüber den

damals Konsultierten wie auch der Öffentlichkeit, wann der Gesetzesentwurf in die Begutachtungsphase geht.

Die im familienpolitischen Beirat vertretenen Familienorganisationen äußerten die Sorge, "dass dieses wichtige Reformvorhaben zum Schutz der Kinder und der Familien letztlich eingestellt wird". Und das, obwohl die Umsetzung der Reform noch in dieser Legislaturperiode dringend geboten wäre.

Familienverband, Kinderfreunde, ÖPA und "Famos" fordern nun eine breite öffentliche Diskussion über den geplanten Entwurf und Klarheit über das weitere Prozedere, das in ein Begutachtungsverfahren münden sollte.

Familienverband pocht auf 24 Monate Karenz

In einer eigenen Aussendung bekräftigte der **Katholische Familienverband Österreichs** (KFÖ) am Mittwoch im Anschluss an seine Jahreshauptversammlung eine Forderung die Elternkarenz betreffend: Es solle weiterhin das Recht auf 24 Monate ohne verpflichtende Aufteilung zwischen Mutter und Vater bestehen. Um die Betreuungs- und Pflegeaufgaben zwischen beiden Geschlechtern EU-konform aufzuteilen, hatte der Nationalrat am 20. September beschlossen, dass die vollen zwei Jahre nur mehr dann gewährt werden, wenn jeder Elternteil zumindest zwei Monate Karenz nimmt.

Peter Mender, Präsident des Katholischen Familienverbandes, wies darauf hin, "dass viele Eltern sich die ersten Jahre selbst um ihre Kinder kümmern und selber entscheiden wollen, wer diese Zeit wie lange nutzt". Als einer der ersten Arbeitgeber Österreichs garantiere der KFÖ und seine neun Diözesanverbände ihren Mitarbeitenden den vollen Karenzanspruch ohne Einschränkung. Mender hofft auf viele Nachahmer in Kirche und Privatwirtschaft.

Der Familienverband begrüße grundsätzlich eine partnerschaftliche Aufteilung. "Allerdings gilt es, den Blick auf das Kind zu richten", so Mender. Eine mögliche Verkürzung der Karenz um zwei Monate - wenn etwa Väter beruflich unabkömmlich sind - "würde bedeuten, dem Kind Zeit mit seinen Eltern zu nehmen. Das lehnen wir ab".

Katholisch.at, 11. Oktober 2023



<https://www.katholisch.at/aktuelles/147640/mender-familienpolitik-muss-anliegen-der-gesamten-gesellschaft-sein>

Präsident des Katholischen Familienverbands Österreichs im Kathpress-Interview über zentrale Zukunftsfragen für ein familienfreundliches Österreich - Familienverband lädt zu virtuellen Stammtischen und Online-Kochshows

15.03.2024

"Österreich muss ein Land sein, in dem sich Familien gut aufgehoben fühlen und ohne Sorgen und Ängste in die Zukunft blicken können. Und es muss ein Land sein, in dem junge Menschen mit Zuversicht eine Familie gründen können." - Das hat Peter Mender, Präsident des Katholischen Familienverbands Österreichs (KFÖ) im Kathpress-Interview betont. Die Familie sei die Basis der Gesellschaft, zeigte er sich überzeugt. Und dem KFÖ gehe es darum, diese Basis zu stärken. Unter dem Titel "Familie zukunftsfit 2024" habe der Familienverband einen breiten Beteiligungsprozess gestartet, mit dem Ziel, mit Blick auf die nächste Nationalratswahl ein neues Forderungsprogramm mit familienpolitischen Ideen zu erstellen.

Auf www.familie.at/zukunftsfit2024 können sowohl die bisherigen Forderungen des Familienverbands eingesehen als auch neue Ideen und Vorschläge zu verschiedenen Bereichen abgegeben werden.

Der KFÖ hat u.a. Arbeitskreise und sogenannte "virtuelle Stammtische" eingerichtet, um möglichst vielen Interessierten die Möglichkeit zur Mitarbeit zu bieten. Ein erster Stammtisch zur Bildung und Schule fand bereits statt, ein weiterer Stammtisch über "Finanzielles und Familienpolitik" findet am Montag, 18. März, um 18 Uhr statt. Um die Themen "Gesundheit und Familien" geht es beim Stammtisch am 20. März. Der Stammtisch am 25. März (mit Präsident Mender) ist der "ideellen Stärkung von Familien" gewidmet. Am 27. März geht es dann zum Abschluss um "Vereinbarkeit und Familienleben". Die Ergebnisse dieser "Stammtisch"-Diskussionen würden dann auch in das Forderungsprogramm des KFÖ eingearbeitet.

"Als größte überparteiliche Familienorganisation richten wir in jeder Legislaturperiode einen Forderungskatalog an die neue Bundesregierung", erläuterte Mender, wobei er im Kathpress-Interview festhielt, dass man nicht nur immer jammern dürfe. Es sei zuletzt in der Familienpolitik auch einiges gelungen bzw. umgesetzt worden, was der KFÖ schon länger gefordert hatte; so etwa die Valorisierung der Familienbeihilfe oder mit dem Familienbonus+ die steuerliche Berücksichtigung der Kinder.

Mehr finanzielle Unterstützung brauche es aber jedenfalls für viele Mehrkindfamilien, zeigte sich Mender schon jetzt überzeugt: "Wir sehen, dass durch die Teuerung und Inflation, gerade auf Familien mit mehreren Kindern große Belastungen zukommen. Was braucht es also noch an zusätzlichen Maßnahmen zu jenen, die schon gesetzt wurden, damit Familien gut leben können? Darüber wollen wir beraten." - Alle seien eingeladen, gemeinsam mit dem KFÖ darüber nachzudenken.

Handlungsbedarf sah Mender auch bei den Frauenpensionen. Meist seien es die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, um ihre Kinder zu betreuen. Um diese Frauen vor Altersarmut zu schützen, sei eine bessere Bewertung der Elternteilzeit für die Pension notwendig. Das gelte natürlich auch für Väter, die aus gleichen Gründen ihre Erwerbstätigkeit reduzieren.

Ein heißes und auch ideologisch aufgeladenes Thema ist die Kinderbetreuung. Wobei die Position des Familienverbands abseits aller Ideologien klar sei, wie Mender betonte: "Die Eltern wissen am besten, was für ihre Kinder gut ist. Jedes Kind ist unterschiedlich, jede Familie ist unterschiedlich." Daher sei Wahlfreiheit für den Familienverband das oberste Gebot. Nachsatz: "Und wir müssen auch als Gesellschaft hier die Rahmenbedingungen schaffen, dass diese Wahlfreiheit auch gegeben ist."

Der KFÖ-Präsident plädierte zugleich dafür, dass die Rede von "familienfreundlichen Betrieben" mehr sein müsse als nur Worthülsen. Der Familienverband sei hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung besteht für Eltern ein Rechtsanspruch auf die volle Zeit von 24 Monaten Karenz nur dann, wenn der zweite Elternteil auch zumindest zwei Monate davon übernimmt. Im Familienverband habe man sich aber freiwillig dazu entschlossen, dass auch nur ein Elternteil die volle Zeit von 24 Monaten in Anspruch nehmen kann. Das sei grundsätzlich überall möglich, "wenn es das Einvernehmen mit dem Arbeitgeber gibt", erläuterte der KFÖ-Präsident.

Viele Unternehmen schmückten sich mit dem Schlagwort "Familienfreundlichkeit". "Und das wäre ein Punkt, um das noch mal zu unterstreichen, dass man hier freiwillig auf die 24 Monate geht." Mender fügte freilich auch hinzu, dass Österreich mit seiner Karenzregelung im internationalen Vergleich sehr gut liege. Doch Luft nach oben gebe es freilich immer.

Letzteres gelte auch für den Ausbau der Kinderbetreuung, wo auch bereits eine Reihe von Umsetzungsmaßnahmen laufen würden. Allerdings: In neue Infrastruktur zu investieren, sei dabei nicht die größte Herausforderung. Viel schwieriger werde es wohl sein, eine qualitative Betreuung sicherzustellen, gab der KFÖ-Präsident zu bedenken, "damit die Familien sicher sein können, dass ihre Kinder gut betreut werden." Das werde angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels der entscheidende Punkt sein. Es müssten die Rahmenbedingungen so

gestaltet werden, dass sich Menschen wieder gerne für einen Beruf im Bereich der Kinderbetreuung entscheiden. Das bedeute auch eine finanzielle Aufwertung, so Mender.

Für Schlagzeilen sorgte der Familienverband vor Kurzem, als er sich für ein Handyverbot in Volksschulen aussprach - aus pädagogischen Gründen. Mender unterstrich im Kathpress-Interview dieses Ansinnen. Der Familienverband habe darauf auch von verschiedenen Seiten sehr positive Reaktionen bekommen, fördere es doch die Konzentration und das soziale Miteinander. In der Steiermark gebe es auch schon den politischen Willen, Maßnahmen in dieser Richtung zu setzen, berichtete Mender.

Ein wichtiges Anliegen sei dem Familienverband auch das Thema "Gesunde Ernährung". - In den Schulen, aber darüber hinaus ganz generell in den Familien. Mit "Online-Kochshows" möchte der Familienverband auf dieses Thema hinweisen und auch gleich praktische Tipps bieten. Drei Kochshows (16. März, 15. Juni, 28. September) werden angeboten, zu denen man sich über die Website des Familienverbands anmelden kann. Dann steht einem live Mitkochen mit Profikoch Peter Koblhirt nichts mehr im Weg. Auch Peter Mender wird sich unter die Online-Teilnehmenden mischen und sich ein paar Tipps holen. Ein Koch-Profi sei er nicht, "aber ich koche gerne. Vielleicht mehr mit Leidenschaft als Professionalität, aber es wird schon auch gerne gegessen, was ich so koche."

Peter Mender wurde im September 2023 zum neuen Präsidenten des Katholischen Familienverbands Österreichs (KFÖ) gewählt. Der zweifache Vater wohnt in Vorarlberg und ist als Unternehmensberater tätig. Mender wird von drei Vizepräsidentinnen unterstützt: Barbara Fruhwürth, Judith Tscheppe und Britta Brehm-Cernelic.

(Infos: www.familie.at bzw. www.familie.at/zukunftsfit2024)

I N L A N D

Caritas zum Gaza-Konflikt: Dauerhafter Waffenstillstand nötig	2
Dreikönigsaktion kritisiert fehlende Einigung bei Lieferkettengesetz	3
120 Priester der Fokolarbewegung tagen in Salzburg zu Synodalität	4
Expertin: "Gewalt beginnt nicht erst mit einer Ohrfeige"	4
Familienverband zum Equal Care Day: "Viele Hände, schnelles Ende"	5
Schönborn hält Festpredigt bei Bischofsweihe in Tschechien	6
Katholische Arbeitnehmer feiern fiktive Patronin Santa Precaria	7
Marketz: Aktion Familienfasttag "konkretes Zeichen der Solidarität"	7
Kärnten: Gurker Diözesanrat tagt zum Thema Kirchenentwicklung	8
Stift Klosterneuburg ehrt Liturgie-Pionier Plus Parsch	8
"Theotag" in Linz mit reichem Programm und vielen Interessierten	9
Wien: Veranstaltung über orthodoxen Ökumene-Mönch André Scrima	10

Familienverband zum Equal Care Day: "Viele Hände, schnelles Ende"

Vizepräsidentin des Katholischen Familienverbands, Brehm-Cornelie, spricht sich für gerechtere Aufteilung der Care-Arbeit aus und fordert mehr Vaterbeteiligung

Wien, 28.02.2024 (KAF) Der Equal Care Day fällt heute auf den 29. Februar. Mit dem Aktionstag soll mehr Wertschätzung, Sichtbarkeit und eine Österreichs (ÖFÖ) in einer Aussendung am Mittwoch stark gemacht. Denn noch immer wird ein großer Anteil der sogenannten Care-Arbeit von Frauen verrichtet. "Das Motto sollte daher lauten: Viele Köpfe und Hände bei der Care Arbeit, dann gibt's ein schnelles Ende und damit mehr Zeit für die schönen Seiten des Familienlebens", so KfV-Vizepräsidentin Britta Brehm-Cornelie.

Die Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria für das Jahr 2021/2022 zeigte, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die tägliche unbezahlte Arbeit bei Frauen und Mädchen bei 3:58 Stunden lag, bei Männern und Buben lediglich bei 2:26 Stunden. Das sollte nicht so bleiben. Brehm-Cornelie: "Wer denkt, dass familiäre Care-Arbeit ein reines Frauenthema ist, befindet sich in einer Sackgasse. Vor allem für eine gelungene

halbe Verteilung der Versorgungsarbeit zwischen Frauen und Männern erreicht werden. Dafür hat sich auch der Katholische Familienverband

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es notwendig, dass sich beide Partner einbringen und auch den 'Mental Load' teilen."

Wenn immer nur ein Partner für Arzttermine, Therapien, Kindergeburtstage, Familientermine, Schulangelegenheiten etc. zuständig sei, während der andere den Kopf für Beruf und Hobbys freihabe, "gerät die Beziehung langfristig aus dem Lot", warnte die berufstätige, vierfache Mutter vor der hohen Belastung, wenn eine Person diesen "Mental Load" alleine trägt.

Brehm-Cornelie verwies zudem auf das rechtliche Angebot für Väter: "Von der Väterkarenz über den Papsamonat, von der Pflegefreistellung bis hin zur Elternzeit gibt es viele Möglichkeiten sich einzubringen, nutzen Sie diese", so ihr Appell an die Familien.

Kathpress, 28. Februar 2024

I N L A N D

Schönborn bei Glaubensfestival "Mehr": Glaube darf keine Flucht sein	2
Kardinal Schönborn spricht bei Glaubensfestival "Mehr" über persönliche Berufungserbeise, Zweifel und Kirche als Gemeinschaft - 13.000 Besucherinnen und Besucher in Augsburg erwartet	
Schönborn begleitete Sternsingergruppe von Tür zu Tür	3
Kardinal dankt allen Beteiligten für "wirksamen und schätzenswerten Beitrag zu einer gerechten Welt" - Erzbischof Lackner empfängt Sternsingergruppe aus Guggenthal	
Glottler: Wie Sternsinger "Lautsprecher des Guten" sein	4
Insbruck: Bischof zu 79 Jahre Dreikönigsaktion: Beteiligte Kinder sind unverzichtbare Mönche und "wirkliche Welt-Weisener"	
Priester aus Nigeria: Finde schwarz bemalte Sternsinger "cool"	5
Neuer Familienverbands-Präsident will mehr Anreize für Väter	5
"Tag der Partnerdiözesen" im Salzburger Dom	6

Neuer Familienverbands-Präsident will mehr Anreize für Väter

Peter Mender: Ide in Ö1-Interview neue Väterkarenz und will neue Väter-Kinder-Aktivitäten etablieren - Auch "Familien- und behindertengerechtes Gesundheitswesen" sowie Umgang mit Digitalisierung besondere Anliegen

Wien, 07.01.2024 (KAF) Weitere Anreize für Väter, um sich in der Familien- und Erziehungsarbeit zu beteiligen, will der neue Präsident des Katholischen Familienverbandes (KfV) setzen. Die seit November geltenden zwei Karenzmonate für Väter seien eher positiv, als keine Verkürzung, sondern als ein Hinweis, dass man das in Anspruch nimmt und als Steigerung der Vaterbeteiligung und der Geschlechtergerechtigkeit. Befand Peter Mender am Sonntag in der Ö1-Sendung "Lebenskunst". Zu hoffen sei, dass die Väterkarenz "irgendwann zu einer Routine wird" und Väter motiviere, "ins Handeln zu kommen".

Mender war Ende September von der KfV-Jahresversammlung als Nachfolger von Alfred Trendl gewählt worden. Der aus Wien gebürtige Unternehmensberater, der in Vorkarriere leitete und mit seiner Ehefrau zwei Kinder hat, bezeichnet es als ein zentrales Anliegen des Familienverbandes, Aktivitäten für Väter mit ihren

Kindern zu schaffen. Die gesellschaftliche Entwicklung in diesem Aspekt stimme ihm positiv, seien Väter doch heute weit engagierter als in früheren Generationen, so Menders Wahrnehmung. Schon in den vergangenen Jahren habe der KfV unter dem Motto "Vater sein - vergesse nicht die Rolle deines Lebens!" dabei gearbeitet.

Als weitere ihm wichtige Themen nannte der Verbandspolitiker ein Familien- und behindertengerechtes Gesundheitswesen, die gesunde Ernährung sowie Hilfen für Familien im Bereich Digitalisierung und Soziale Medien. Eltern seien heute durch das Internet auf neue Wege herausgefordert und bräuchten Unterstützung, um mehr Kontrolle über das von ihren Kindern konsumierte Digital-Angebot zu erhalten. Der Familienverband könne hier in Zukunft Beratung anbieten.

Im Katholischen Familienverband war zuletzt neben Mender auch das restliche

Führungsteam neu gewählt worden. Vizepräsidentinnen sind nunmehr Barbara Fruhwürth, die beim KFÖ auch Leiterin des Arbeitskreises

Finanzielle Gerechtigkeit und Familienlastenausgleich ist, sowie Judith Tschepp und Britta Brehm-Cernelic.

Kathpress, 7. März 2024

Sonntag, 13. Juni 2024

Kathpress, 15. Mai 2024

Familienverband fordert faire Aufteilung

Wien. Eine faire Verteilung der Versorgungsarbeit zwischen Frauen und Männern ist möglich und notwendig: Darauf machte der Katholische Familienverband zum Muttertag aufmerksam. Die Zeitverwendungserhebung 2021/2022 der Statistik Austria zeigt immer noch eine Differenz zwischen Frauen und Männern bei Care-Arbeiten. „Das macht deutlich, dass Frauen mehr unbezahlt arbeiten und dafür ein niedrigeres Einkommen und Altersarmut in Kauf nehmen“, so Britta Brehm-Cernelic, KFÖ-Vizepräsidentin.

Kirche bunt, 12. Mai 2024



<https://www.katholisch.at/aktuelles/148501/eu-wahl-kirchliche-organisationen-bieten-entscheidungshilfen>

EU Wahl: Kirchliche Organisationen bieten Entscheidungshilfe

Katholischer Laienrat Österreichs, Katholische Familienverband Österreich und die "Plattform Christdemokratie" gemeinsam mit der Evangelischen Allianz Wien wenden sich mit umfassenden Fragenkatalogen an Österreichs EU-Parlamentkandidatinnen und -kandidaten

29.05.2024

Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den 27 EU-Staaten entscheiden von 6. bis 9. Juni, in Österreich am 9. Juni, mit ihrer Stimme über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, das künftig 720 Abgeordnete umfassen wird. Österreich stellt davon 20. Kirchliche Organisationen haben im Vorfeld der Wahl an die Kandidatinnen und Kandidaten der verschiedenen Parteien Fragen geschickt, um für Wählerinnen und Wähler, denen christliche Werte und Positionen ein Anliegen sind, eine Entscheidungshilfe zu bieten. Aktiv waren in dieser Richtung der Katholische Laienrat Österreichs (KLRÖ), der Katholische Familienverband Österreich und die "Plattform Christdemokratie" gemeinsam mit der Evangelischen Allianz Wien.

Der Katholische Laienrat Österreichs hat seine Fragen an die Kandidaten der bei der EU-Wahl antretenden Parteien geschickt, die im Nationalrat vertreten sind. Geantwortet haben Reinhold Lopatka (ÖVP), Angelika Winzig (ÖVP), Lukas Mandl (ÖVP), Peter Schieder im Namen der gesamten SP-Delegation, Harald Vilimsky (FPÖ) und Thomas Waitz (Grüne). Die Fragen und Antworten sind auf der Website des Laienrats unter www.laienrat.at dokumentiert.

Der Fragenkatalog umfasst 16 Themen. So geht es etwa darum, wie sich die Kandidaten bei Anträgen verhalten wollen, die Fragen des Schwangerschaftsabbruchs, der Leihmutterchaft und den Schutz des Lebens an seinem Ende betreffen. Weiters geht es darum, welchen Stellenwert für die Kandidaten die Solidarität mit armen und ärmsten Ländern hat, wenn es um Verteilungsfragen im Rahmen des EU-Budgets geht. Die Kandidaten stellen sich etwa auch den Themen Christenverfolgung, Migration oder Asyl.

Um klare Antworten ersucht der KLRÖ auch im Blick auf Maßnahmen, die die Kandidaten im Bereich der europäischen Energiepolitik, Handelspolitik und Fiskalpolitik setzen bzw. unterstützen wollen, um einer Zerstörung der biologischen Lebensgrundlagen und weltweiter Armut zu begegnen. Für christlich motivierte Wählerinnen und Wähler von Interesse erscheint auch die Frage: "Sind Sie bereit, Maßnahmen zum Schutz religiöser Gefühle gegen Herabsetzung durch Satire und Kunst zu unterstützen?"

Der Katholische Familienverband befragte für seine Mitgliederzeitung "ehe und familien" die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien zu besonders bedeutsamen Familienthemen. Geantwortet haben für die ÖVP Reinhold Lopatka, für die SPÖ Peter Schieder, für die FPÖ Harald Vilimsky, für die Grünen Lena Schilling und für NEOS Helmut Brandstätter sowie für die KPÖ Günther Hopfgartner und für DNA Maria Hubmer-Mogg. Konkret geht es etwa um familienpolitischen Handlungsbedarf auf EU-Ebene, Leihmutterchaft, Kinderbetreuung oder notwendige Maßnahmen, um den Menschen in Europa wieder mehr Mut zu Kindern zu machen.

Die Antworten der Politiker finden sich in gekürzter Form im Magazin "ehe und familien", in ungekürzter Form auf der Website des Familienverbands unter <https://www.familie.at/>.

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Allianz Wien hat die "Plattform Christdemokratie" ebenfalls einen Fragenkatalog für die EU-Kandidaten aller Fraktionen erstellt. Geantwortet haben für die ÖVP die Kandidaten Reinhold Lopatka, Lukas Mandl, Valeria Foglar-Deinhardstein, Alexander Jezik-Osterbauer, Sarah Fock, für die SPÖ die Delegation als solche sowie der Kandidat Dominik Szecs, für die FPÖ Harald Vilimsky, für die Grünen Thomas Waitz und für NEOS Helmut Brandstätter.

Im Fragenkatalog von Plattform und Allianz geht es vor allem um Grundlegendes. So heißt es etwa: "Welches Menschen- und Weltbild ist Grundlage ihrer politischen Positionen und Entscheidungen?" oder "Hat die Europäische Union ihrer Ansicht nach christliche Wurzeln? Wenn ja, wie beabsichtigen Sie, das christliche Fundament Europas zu bewahren und zu stärken?" Schließlich werden die Kandidaten auch noch nach ihren allgemeinen Visionen für Europa befragt sowie etwa auch zu Umweltschutzmaßnahmen, die sie fördern wollen, "die den Menschen und dessen grundlegende Bedürfnisse und Rechte in den Mittelpunkt stellen". Alle Fragen und Antworten der Kandidaten finden sich unter <https://www.christdemokratie.at/wahlpruefsteine-eu-wahl-2024/>.

2.2. Familienpolitik konkret

Diözese Innsbruck, 5. Februar 2024

<https://www.dibk.at/Meldungen/Familie-zukunftsfit-2024-Familienverband-startet-Befragung>

Auf www.familie.at/zukunftsfit2024 sammelt die größte überparteiliche Familienorganisation Österreichs familienpolitische Ideen schon für die nächste Legislaturperiode

Unter dem Titel "Familie zukunftsfit 2024" hat der Katholische Familienverband (KFÖ) einen breiten Beteiligungsprozess mit dem Ziel gestartet, mit Blick auf die nächste Nationalratswahl ein neues Forderungsprogramm mit familienpolitischen Ideen zu erstellen. "Als größte überparteiliche Familienorganisation richten wir in jeder Legislaturperiode einen Forderungskatalog an die neue Bundesregierung", wies Familienverbandspräsident Peter Mender in einer Aussendung am Donnerstag hin. Wer an der Mitwirkung daran interessiert ist, möge die neue KFÖ-Webseite besuchen und dort Ideen oder Wünsche an die Politik deponieren. Mender lud Familien in ganz Österreich ein, Teil dieses Prozesses zu werden.

Auf www.familie.at/zukunftsfit2024 können sowohl die bisherigen Forderungen des Familienverbandes eingesehen als auch neue Ideen zu vier Bereichen abgegeben werden: Es sind dies ideelle Unterstützung (dazu zählt der KFÖ auch die Bereiche Gesundheit und Nachhaltigkeit); finanzielle Unterstützung; Bildung; Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Webseite soll bis zum 15. Mai 2024, dem Internationalen Tag der Familie, für Eingaben zu diesen Themenfeldern offen sein. Fünf virtuelle Stammtische werden die Themenfindung begleiten und familienpolitisch interessierten Personen die Möglichkeit zu Vernetzung, Diskussion und Austausch bieten, hieß es.

Der Katholische Familienverband setzt sich als überparteiliche Familienorganisation für die Förderung und Unterstützung von Eltern und Kinder in ganz Österreich ein. Er bietet Familien eine Plattform, um ihre Anliegen zu äußern und arbeitet nach eigener Aussage "sowohl auf politischer Ebene als auch mit seinen zahlreichen Serviceangeboten aktiv daran, positive Veränderungen in der Gesellschaft zu bewirken".

(Link: www.familie.at/zukunftsfit2024)

Rupertusblatt, 7. März 2024



Martinus, 24. März 2024



Katholische Kirche, 13. September 2024

<https://www.katholisch.at/aktuelles/150020/familienverband-praesentiert-forderungen-an-kuenftige-bundesregierung>

Familienverband präsentiert Forderungen an künftige Bundesregierung

Katalog mit 77 Vorschlägen für "gute Familienpolitik" in Bereichen Finanzen, Gesundheit, Bildung sowie Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit - Auch "handyfreie Volksschulen" und automatisches Pensionssplitting gefordert

13.09.2024

Der **Katholische Familienverband** (KFÖ) hat am Freitag anlässlich der bevorstehenden Nationalratswahl sein Forderungsprogramm "Familienpolitik konkret" für die kommende Legislaturperiode präsentiert. Dieses beinhaltet 77 Vorschläge für die künftige Bundesregierung für Finanzen, Gesundheit, Bildung, die ideelle Aufwertung von Familien sowie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Sie sollen bewirken, "dass Familien mutig und angstfrei in die Zukunft blicken können", erklärte KFÖ-Präsident Peter Mender in einer Pressekonferenz in Wien.

Die Broschüre beruht auf Umfrageergebnissen, die von den diözesanen Landesverbänden des KFÖ sowie in einem Onlinefragebogen eingeholt worden waren. Im Präsidium wurde daraus ein einheitliches Forderungsprogramm des KFÖ erarbeitet. "Der Forderungskatalog wird an alle politischen Parteien und Entscheidungsträger verteilt und soll als Grundlage für eine gute Familienpolitik dienen", so Mender im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Kathpress.

Der KFÖ-Präsident thematisierte in der Pressekonferenz insbesondere die finanzielle Sicherheit von Familien. Konkret sprach er über den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) als Finanzierungsinstrument für Familienleistungen, der nicht zur Disposition stehen dürfe. Eine verlässliche, planbare Finanzierungshilfe müsse zu jeder Zeit sichergestellt sein und dürfe nicht aus einem laufenden Budget finanziert werden, das jedes Jahr neu verhandelt werde.

Finanzielle Sicherheit und handyfreie Volksschulen

Derzeit ist der Fonds mit 8,64 Milliarden Euro dotiert. 80 Prozent der Einnahmen des FLAF (7,07 Milliarden Euro) stammen aus Dienstgeberbeiträgen, die in den letzten Jahren bereits von 4,5 Prozent (2017) auf 3,9 Prozent (2018) gesenkt wurden und im kommenden Jahr auf 3,7 Prozent sinken sollen. Mit dem Argument, Lohnnebenkosten entlasten zu wollen, werde immer wieder die Kürzung der Dienstgeberbeiträge ins Spiel gebracht, warnte Mender. Um Gelder für den FLAF zu sichern, sollten andere Finanzierungsquellen berücksichtigt werden, so der Verbandspräsident, der hier den pauschalen Abgeltungsbeitrag aus der Einkommenssteuer ins Gespräch brachte: 1978 eingeführt und seit 1987 unverändert bei 690 Millionen Euro liegend, müsse er angehoben und jährlich valorisiert werden.

Eine weitere Forderung des KFÖ lautet, dass Familien qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen benötigen. "Die Bildungsstandorte unterscheiden sich erheblich hinsichtlich des sozialen, ethnischen und kulturellen Hintergrunds ihrer Lernenden und deren familiären Bildungsmilieus", betonte Mender. Der Vorschlag des KFÖ: Die Ressourcenzuteilung für die einzelnen Standorte müsse diese Unterschiede unter Zuhilfenahme eines "Chancenindex" berücksichtigen. In Bezug auf Bildung fordert der KFÖ zudem handyfreie Volksschulen, da so die Konzentration und das soziale Miteinander der Kinder gestärkt werde.

Für den Bereich Bildung und Gesundheit schlägt der KFÖ unter anderem vor, die Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen auszubauen und um eine Sprachstandsfeststellung zu erweitern. "Wenn es gelingt, in dieser für die Sprachentwicklung wichtigen Zeit eine Untersuchung durchzuführen und gegebenenfalls Fördermaßnahmen anzubieten, um Sprachdefizite in späteren Jahren zu verhindern, wird sich das positiv auf die Kinder auswirken", so Mender.

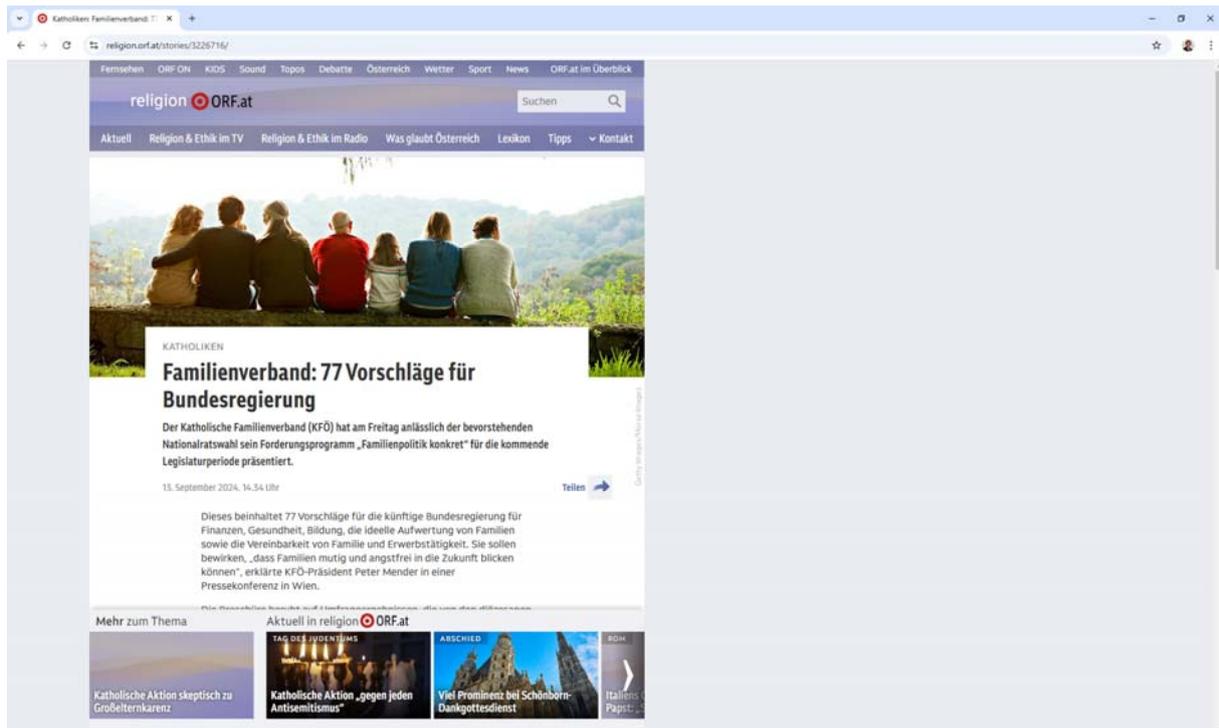
Kinderbetreuung und Pensionssplitting

KFÖ-Vizepräsidentin Barbara Fruhwürth stellte konkrete Forderungen zur Elternteilzeit, Pension und familienergänzenden Kinderbetreuung vor. Noch immer seien es oft die Mütter, die zugunsten ihrer Kinder auf eine volle Erwerbstätigkeit verzichten. "Sie zahlen dafür einen hohen Preis in Form einer niedrigeren Pension als Männer, die durchgängig erwerbstätig sein können", erklärte Fruhwürth, die hauptberuflich als Steuerberaterin tätig ist. Derzeit seien Mütter nur bis zum vierten Lebensjahr ihrer Kinder mit Gutschriften auf ihrem Pensionskonto gut abgesichert. Der KFÖ fordert eine Anrechnung der Kindererziehungszeiten bis zum zehnten Lebensjahr der Kinder.

Fruhwürth sprach auch das sogenannte Pensionssplitting an, das derzeit freiwillig vereinbart werden kann. Auf Antrag kann der erwerbstätige Elternteil für sieben Jahre nach der Geburt des Kindes bis zu 50 Prozent seiner Teilgutschrift auf das Pensionskonto des nichterwerbstätigen Elternteils übertragen. Dieses Pensionssplitting werde jedoch kaum umgesetzt. "Das bedauern wir sehr, denn es würde helfen, die Pensionslücke der Frauen zu verringern." Der KFÖ schlägt deshalb vor, dass das Pensionssplitting für Kindererziehungsjahre künftig automatisch erfolgen soll. Wer das nicht möchte, müsse sich aktiv dagegen entscheiden.

Um Eltern und Mütter zu entlasten, wäre es laut Fruhwürth zudem ratsam, das sogenannte "Sportlerprivileg" auf Babysitter oder sogenannte Leihomas und Leihopas zu erweitern. Derzeit können Sportler oder Trainerinnen, die bei gemeinnützigen Vereinen aktiv sind, bis zu 720 Euro im Monat steuerfrei als pauschale Fahrt- und Reiseaufwandsentschädigung beziehen. "Eine derartige Regelung sollte auch für die familienergänzende Kinderbetreuung gelten", so Fruhwürth. Die Nachfrage nach Leihomas und Leihopas, wie sie viele Diözesanverbände anbieten, sei groß. Gerade Eltern, die zu Randzeiten oder unregelmäßig arbeiteten, sowie Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer würden davon profitieren.

Bisher konnten zwei Forderungen aus dem vergangenen Forderungsprogramm umgesetzt werden. "Wir freuen uns sehr, dass die Valorisierung der Familienleistungen oder eine Erhöhung des Familienbonus erreicht wurden", so Mender.
(Infos: <https://www.familie.at/site/oesterreich/home>)



Orf Online, 13. September 2024

<https://religion.orf.at/stories/3226716/>

Der Katholische Familienverband (KFÖ) hat am Freitag anlässlich der bevorstehenden Nationalratswahl sein Forderungsprogramm „Familienpolitik konkret“ für die kommende Legislaturperiode präsentiert.

13. September 2024, 14.34 Uhr

Dieses beinhaltet 77 Vorschläge für die künftige Bundesregierung für Finanzen, Gesundheit, Bildung, die ideelle Aufwertung von Familien sowie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Sie sollen bewirken, „dass Familien mutig und angstfrei in die Zukunft blicken können“, erklärte KFÖ-Präsident Peter Mender in einer Pressekonferenz in Wien.

Die Broschüre beruht auf Umfrageergebnissen, die von den diözesanen Landesverbänden des KFÖ sowie in einem Onlinefragebogen eingeholt worden waren. Im Präsidium wurde daraus ein einheitliches Forderungsprogramm des KFÖ erarbeitet. „Der Forderungskatalog wird an alle politischen Parteien und Entscheidungsträger verteilt und soll als Grundlage für eine gute Familienpolitik dienen“, so Mender im Gespräch mit Kathpress.

Der KFÖ-Präsident thematisierte in der Pressekonferenz insbesondere die finanzielle Sicherheit von Familien. Konkret sprach er über den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) als Finanzierungsinstrument für Familienleistungen, der nicht zur Disposition stehen dürfe. Eine

verlässliche, planbare Finanzierungshilfe müsse zu jeder Zeit sichergestellt sein und dürfe nicht aus einem laufenden Budget finanziert werden, das jedes Jahr neu verhandelt werde.

Derzeit ist der Fonds mit 8,64 Milliarden Euro dotiert. 80 Prozent der Einnahmen des FLAF (7,07 Milliarden Euro) stammen aus Dienstgeberbeiträgen, die in den letzten Jahren bereits von 4,5 Prozent (2017) auf 3,9 Prozent (2018) gesenkt wurden und im kommenden Jahr auf 3,7 Prozent sinken sollen. Mit dem Argument, Lohnnebenkosten entlasten zu wollen, werde immer wieder die Kürzung der Dienstgeberbeiträge ins Spiel gebracht, warnte Mender.

Um Gelder für den FLAF zu sichern, sollten andere Finanzierungsquellen berücksichtigt werden, so der Verbandspräsident, der hier den pauschalen Abgeltungsbeitrag aus der Einkommenssteuer ins Gespräch brachte: 1978 eingeführt und seit 1987 unverändert bei 690 Millionen Euro liegend, müsse er angehoben und jährlich valorisiert werden.

Eine weitere Forderung des KFÖ lautet, dass Familien qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen benötigen. „Die Bildungsstandorte unterscheiden sich erheblich hinsichtlich des sozialen, ethnischen und kulturellen Hintergrundes ihrer Lernenden und deren familiären Bildungsmilieus“, so Mender.

Der Vorschlag des KFÖ: Die Ressourcenzuteilung für die einzelnen Standorte müsse diese Unterschiede unter Zuhilfenahme eines „Chancenindex“ berücksichtigen. In Bezug auf Bildung fordert der KFÖ zudem handyfreie Volksschulen, da so die Konzentration und das soziale Miteinander der Kinder gestärkt werde.

Für den Bereich Bildung und Gesundheit schlägt der KFÖ unter anderem vor, die Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen auszubauen und um eine Sprachstandsfeststellung zu erweitern. „Wenn es gelingt, in dieser für die Sprachentwicklung wichtigen Zeit eine Untersuchung durchzuführen und gegebenenfalls Fördermaßnahmen anzubieten, um Sprachdefizite in späteren Jahren zu verhindern, wird sich das positiv auf die Kinder auswirken“, so Mender.

KFÖ-Vizepräsidentin Barbara Fruhwürth stellte konkrete Forderungen zur Elternteilzeit, Pension und familienergänzenden Kinderbetreuung vor. Noch immer seien es oft die Mütter, die zugunsten ihrer Kinder auf eine volle Erwerbstätigkeit verzichten. „Sie zahlen dafür einen hohen Preis in Form einer niedrigeren Pension als Männer, die durchgängig erwerbstätig sein können“, erklärte Fruhwürth, die hauptberuflich als Steuerberaterin tätig ist.

Derzeit seien Mütter nur bis zum vierten Lebensjahr ihrer Kinder mit Gutschriften auf ihrem Pensionskonto gut abgesichert. Der KFÖ fordert

eine Anrechnung der Kindererziehungszeiten bis zum zehnten Lebensjahr der Kinder.

Fruhwürth sprach auch das sogenannte Pensionssplitting an, das derzeit freiwillig vereinbart werden kann. Auf Antrag kann der erwerbstätige Elternteil für sieben Jahre nach der Geburt des Kindes bis zu 50 Prozent seiner Teilgutschrift auf das Pensionskonto des nichterwerbstätigen Elternteils übertragen. Dieses Pensionssplitting werde jedoch kaum umgesetzt.

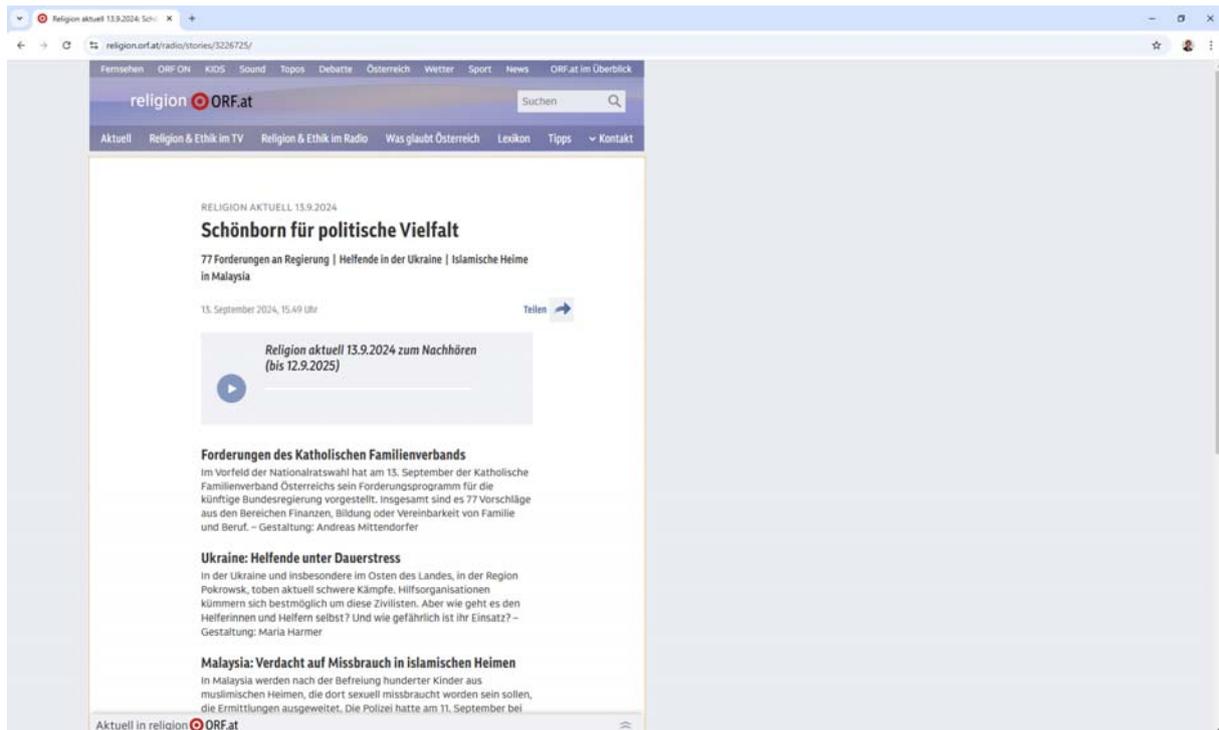
„Das bedauern wir sehr, denn es würde helfen, die Pensionslücke der Frauen zu verringern.“ Der KFÖ schlägt deshalb vor, dass das Pensionssplitting für Kindererziehungsjahre künftig automatisch erfolgen soll. Wer das nicht möchte, müsse sich aktiv dagegen entscheiden.

Um Eltern und Mütter zu entlasten, wäre es laut Fruwüth zudem ratsam, das sogenannte „Sportlerprivileg“ auf Babysitter oder sogenannte Leihomas und Leihopas zu erweitern. Derzeit können Sportler oder Trainerinnen, die bei gemeinnützigen Vereinen aktiv sind, bis zu 720 Euro im Monat steuerfrei als pauschale Fahrt- und Reiseaufwandsentschädigung beziehen. „Eine derartige Regelung sollte auch für die familienergänzende Kinderbetreuung gelten“, so Fruhwürth. Die Nachfrage nach Leihomas und Leihopas, wie sie viele Diözesanverbände anbieten, sei groß. Gerade Eltern, die zu Randzeiten oder unregelmäßig arbeiteten, sowie Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer würden davon profitieren.

Bisher konnten zwei Forderungen aus dem vergangenen Forderungsprogramm umgesetzt werden. „Wir freuen uns sehr, dass die Valorisierung der Familienleistungen oder eine Erhöhung des Familienbonus erreicht wurden“, so Mender.

red, [religion.ORF.at/KAP](https://www.religion.orf.at/KAP)

Religion aktuell zum Nachhören:



13. September 2024, Religion aktuell, Ö1

<https://religion.orf.at/radio/stories/3226725/>

KATHOLISCHER FAMILIENVERBAND ÖSTERREICH

Impulse für eine familienfitte Politik

77 Punkte umfassen die Vorschläge des Katholischen Familienverbandes Österreich für die kommende Legislaturperiode – gerichtet an alle politischen Parteien.

Die 77 Vorschläge behandeln die Bereiche Finanzielles, Gesundheit, Bildung sowie Vereinbarkeit und ideelle Aufwertung von Familien. Peter Mender, der Präsident des Katholischen Familienverbandes Österreich, erläutert gegenüber dem SONNTAG, was in den letzten Jahren familienpolitisch erreicht worden ist. „Ein wesentlicher Erfolg ist die Valorisierung der Familienleistungen, die wir jahrelang gefordert haben. Dazu gehören Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Kinderbetreuungsgeld, Familienzeitbonus, Schulstartgeld und Mehrkindzuschlag. Diese Valorisierung ist mit Anfang 2023 umgesetzt worden“, sagt Peter Mender: „Auch die von uns geforderte Verdoppelung des Familienbonus ist dann entsprechend umgesetzt worden.“ Was Familien in Österreich neben der finanziellen Unterstützung dringend brauchen? „Sie sollten eine große und noch größere Wertschätzung erfahren, sodass man mutig eine Familie gründen und zuversichtlich in die Zukunft blicken kann“, ist Mender überzeugt.

Kinderfreundliches Österreich

Ob Österreich ein kinderfreundliches Land ist? „Viele Forderungen für Familien mit Kindern sind in den letzten Jahrzehnten von der Politik gut umgesetzt worden. Im Vergleich mit anderen Ländern steht Österreich daher hier nicht schlecht da“, betont Mender. „Wir wissen natürlich, dass da und dort noch immer ein bisschen mehr gemacht werden kann. Aber grundsätzlich sehe ich Österreich als ein familienfreundliches Land“, unterstreicht der Präsident.

Wie er das Verhältnis zu den Parteien sieht? „Als Katholischer Familienverband sind wir nicht an eine Partei gebunden. Unser Gründervater Kardinal Franz König hat immer gesagt: Jeder und jede kann mit uns im Interesse der Familien



PETER MENDER: „Österreich ist ein kinder- und familienfreundliches Land.“

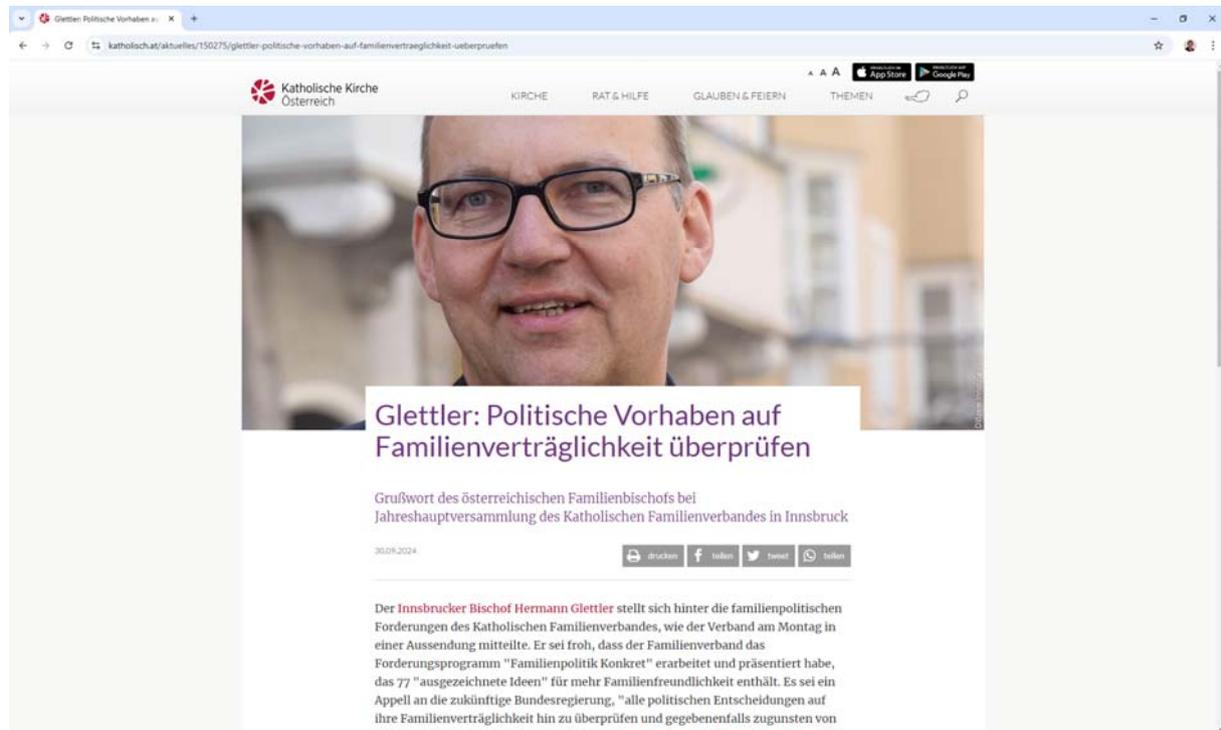
zusammenarbeiten. Das ist unsere Aufgabe: Unser Forderungsprogramm mit seinen 77 Vorschlägen gilt daher für alle Parteien, um die Interessen der Familien bestmöglich umzusetzen“, sagt Mender.

Verlässliche Finanzierungsquelle(n)

Begehrliche Blicke warfen die Regierungen immer wieder auf den Familienlastenausgleichsfonds, kurz FLAF genannt. „Der FLAF muss unangetastet bleiben als zentrale Finanzierungsquelle für Familienleistungen“, sagt Mender zum SONNTAG: „Damit notwendige Familienleistungen nicht aus dem laufenden Budget gespeist werden. Wir als Katholischer Familienverband fordern daher eine nachhaltige, verlässliche und planbare Finanzierungsquelle für die Familienleistungen. Und die wäre mit dem FLAF weiterhin gut gegeben.“ Ob Familien daher angstfrei in die Zukunft blicken können? „Ja, schon“, betont Mender. „Wir als Katholischer Familienverband haben im Moment über 30.000 Mitgliedsfamilien, wir kümmern uns um die Anliegen der Familien in den einzelnen Diözesanverbänden und Bundesländern. Da geschieht schon sehr, sehr viel.“ **Kron**

Das Forderungsprogramm des Katholischen Familienverbandes Österreich:
► familie.at/familienpolitikkonkret

Der Sonntag Wien, 30. September 2024



Katholische Kirche, 30. September 2024

<https://www.katholisch.at/aktuelles/150275/glettler-politische-vorhaben-auf-familienvertraeglichkeit-ueberpruefen>

Glettler: Politische Vorhaben auf Familienverträglichkeit überprüfen

Grußwort des österreichischen Familienbischofs bei Jahreshauptversammlung des Katholischen Familienverbandes in Innsbruck

30.09.2024

Der Innsbrucker Bischof Hermann Glettler stellt sich hinter die familienpolitischen Forderungen des Katholischen Familienverbandes, wie der Verband am Montag in einer Aussendung mitteilte. Er sei froh, dass der Familienverband das Forderungsprogramm "Familienpolitik Konkret" erarbeitet und präsentiert habe, das 77 "ausgezeichnete Ideen" für mehr Familienfreundlichkeit enthält. Es sei ein Appell an die zukünftige Bundesregierung, "alle politischen Entscheidungen auf ihre Familienverträglichkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls zugunsten von Familien zu verbessern". Glettler ist in der Österreichischen

Bischofskonferenz für Familienfragen zuständig. Er äußerte sich in einem Grußwort anlässlich der Jahreshauptversammlung des Katholischen Familienverbandes in Innsbruck.

Ende vergangener Woche trafen sich das Leitungsteam des Katholischen Familienverbandes und die Vorsitzenden der Landesverbände in Innsbruck zur jährlichen Hauptversammlung. Hauptthema war laut Aussendung das kürzlich vorgestellte Forderungsprogramm zur Familienpolitik. "Wir haben das in einem breiten Beteiligungsprozess mit Familien und den neun Landesverbänden erarbeitet. Jetzt gilt es, die Forderungen der Politik und einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen, Mitstreitende zu suchen und umzusetzen", kündigt Verbandspräsident Peter Mender an.

Die 77 Vorschläge für eine wirkungsvolle und zukunftsorientierte Familienpolitik finden sich unter www.familie.at/familienpolitikkonkret, die entsprechende Broschüre kann auch beim Familienverband bestellt werden.

Neben dem Forderungsprogramm wird 2025 ein Fokus auf die Serviceleistungen für Mitgliedsfamilien gelegt, kündigte der Familienverband an. "Wir haben für das kommende Jahr zahlreiche Angebote für Familienverbandsmitglieder geplant; etwa verstärkt im Bereich Elternbildung, wo wir auf das Thema Digitalisierung und Familie setzen werden", so Mender.

Familienverband arbeitet an neuem Programm für Familienpolitik

Einladung an alle Interessierte zu "offenem Präsidium" am 26. Jänner - Verbandspräsident Mender: Trotz Erhöhung von Familienbeihilfe noch immer "vulnerable Familienkonstellationen" in Österreich

Wien, 19.01.2024 (KAP) Fehlende Unterstützung, steigende Armutsgefahr und überfällige Reformen: Laut dem Katholischen Familienverband (KFÖ) stehen Österreichs Familien vor großen Herausforderungen. Als einen dringenden Handlungsaufruf für die Politik bezeichnete dies der neue Familienverband-Präsident Peter Mender in einem Kommentar in der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag". Vor den im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen erarbeitet der Verband deshalb ein Forderungsprogramm für die künftige Regierung "für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Familienpolitik".

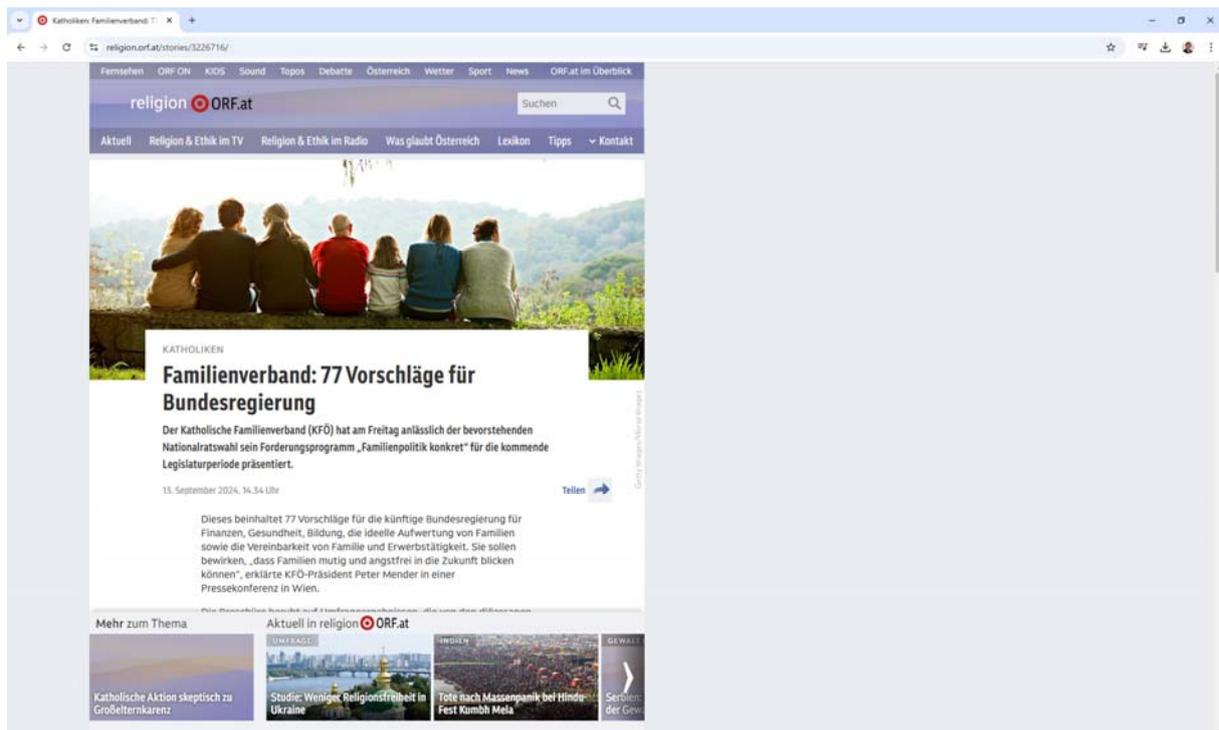
Wo in der nächsten Legislaturperiode familienpolitischer Handlungsbedarf besteht, wird am 26. Jänner (15 bis 18 Uhr) im Rahmen eines "offenen Präsidiums" in den Räumen des Familienverbandes (Spiegelgasse 3, Wien) u.a. vom Leiter des Instituts für Familienforschung, Wolfgang Mazal, in einem Impulsvortrag skizziert. Die Anregungen Mazals sollen sodann im Rahmen von Diskussionen und in Kleingruppen weiter entwickelt werden. Zu dieser Veranstaltung lädt der KFÖ alle Interessierten ein, wie KFÖ-Generalsekretärin Rosina Baumgartner gegenüber Kathpress sagte. "Bringen sie sich ein und starten sie mit uns diesen Prozess", so die Einladung Baumgartners.

"Vulnerable Familienkonstellationen"

Trotz Erhöhung der Familienbeihilfe und anderer Familienleistungen um knapp zehn Prozent gäbe es noch immer "vulnerable Familienkonstellationen", wie Mehrkindfamilien und Alleinerziehende, so KFÖ-Präsident Mender in seinem "Sonntag"-Kommentar. Von den knapp 240.000 Paarfamilien mit drei und mehr Kindern sei jede vierte Familie armutsgefährdet. "Die Politik muss daher bei allen Entlastungsmaßnahmen berücksichtigen, wie viele Menschen in einem Haushalt leben", forderte Mender. Als längst überfällig bezeichnete er auch eine Reform des Mehrkindzuschlages.

Handlungsbedarf gebe es auch bei den Frauenpensionen, betonte Mender. Er verwies dabei auf eine repräsentative Studie des Familienverbandes, die gezeigt habe, "dass 72 Prozent der Eltern ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, weil sie gerne Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen". Um diese Eltern - aktuell primär Frauen - vor Altersarmut zu bewahren, sei eine bessere Bewertung der Elternteilzeit für die Pension notwendig.

Als wichtige Themen bezeichnete Mender auch die Aufstockung der Stellen für Psychotherapie und eine Kostenübernahme der Therapie durch die Krankenkassen für Kinder und Jugendliche, die Unterstützung der Familien im Umgang mit Social Media sowie gesunde Ernährung. (Infos: www.familie.at)



KATHOLIKEN

Familienverband: 77 Vorschläge für Bundesregierung

Der Katholische Familienverband (KFÖ) hat am Freitag anlässlich der bevorstehenden Nationalratswahl sein Forderungsprogramm „Familienpolitik konkret“ für die kommende Legislaturperiode präsentiert.

13. September 2024, 14.34 Uhr

Teilen

Dieses beinhaltet 77 Vorschläge für die künftige Bundesregierung für Finanzen, Gesundheit, Bildung, die ideelle Aufwertung von Familien sowie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Sie sollen bewirken, „dass Familien mutig und angstfrei in die Zukunft blicken können“, erklärte KFÖ-Präsident Peter Mender in einer Pressekonferenz in Wien.

Die Broschüre beruht auf Umfrageergebnissen, die von den diözesanen Landesverbänden des KFÖ sowie in einem Onlinefragebogen eingeholt worden waren. Im Präsidium wurde daraus ein einheitliches Forderungsprogramm des KFÖ erarbeitet. „Der Forderungskatalog wird an alle politischen Parteien und Entscheidungsträger verteilt und soll als Grundlage für eine gute Familienpolitik dienen“, so Mender im Gespräch mit Kathpress.

Der KFÖ-Präsident thematisierte in der Pressekonferenz insbesondere die finanzielle Sicherheit von Familien. Konkret sprach er über den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) als Finanzierungsinstrument für Familienleistungen, der nicht zur Disposition stehen dürfe. Eine verlässliche, planbare Finanzierungshilfe müsse zu jeder Zeit sichergestellt sein und dürfe nicht aus einem laufenden Budget finanziert werden, das jedes Jahr neu verhandelt werde.

Derzeit ist der Fonds mit 8,64 Milliarden Euro dotiert. 80 Prozent der Einnahmen des FLAF (7,07 Milliarden Euro) stammen aus Dienstgeberbeiträgen, die in den letzten Jahren bereits von 4,5 Prozent (2017) auf 3,9 Prozent (2018) gesenkt wurden und im kommenden Jahr auf 3,7 Prozent sinken sollen. Mit dem Argument, Lohnnebenkosten entlasten zu wollen, werde immer wieder die Kürzung der Dienstgeberbeiträge ins Spiel gebracht, warnte Mender.

Um Gelder für den FLAF zu sichern, sollten andere Finanzierungsquellen berücksichtigt werden, so der Verbandspräsident, der hier den pauschalen Abgeltungsbeitrag aus der Einkommenssteuer ins Gespräch brachte: 1978 eingeführt und seit 1987 unverändert bei 690 Millionen Euro liegend, müsse er angehoben und jährlich valorisiert werden.

Eine weitere Forderung des KFÖ lautet, dass Familien qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen benötigen. „Die Bildungsstandorte unterscheiden sich erheblich hinsichtlich des sozialen, ethnischen und kulturellen Hintergrundes ihrer Lernenden und deren familiären Bildungsmilieus“, so Mender.

Der Vorschlag des KFÖ: Die Ressourcenzuteilung für die einzelnen Standorte müsse diese Unterschiede unter Zuhilfenahme eines „Chancenindex“ berücksichtigen. In Bezug auf Bildung fordert der KFÖ zudem handynfreie Volksschulen, da so die Konzentration und das soziale Miteinander der Kinder gestärkt werde.

Für den Bereich Bildung und Gesundheit schlägt der KFÖ unter anderem vor, die Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen auszubauen und um eine Sprachstandsfeststellung zu erweitern. „Wenn es gelingt, in dieser für die Sprachentwicklung wichtigen Zeit eine Untersuchung durchzuführen und gegebenenfalls Fördermaßnahmen anzubieten, um Sprachdefizite in späteren Jahren zu verhindern, wird sich das positiv auf die Kinder auswirken“, so Mender.

KFÖ-Vizepräsidentin Barbara Fruhwürth stellte konkrete Forderungen zur Elternteilzeit, Pension und familienergänzenden Kinderbetreuung vor. Noch immer seien es oft die Mütter, die zugunsten ihrer Kinder auf eine volle Erwerbstätigkeit verzichten. „Sie zahlen dafür einen hohen Preis in Form

einer niedrigeren Pension als Männer, die durchgängig erwerbstätig sein können“, erklärte Fruhwürth, die hauptberuflich als Steuerberaterin tätig ist.

Derzeit seien Mütter nur bis zum vierten Lebensjahr ihrer Kinder mit Gutschriften auf ihrem Pensionskonto gut abgesichert. Der KFÖ fordert eine Anrechnung der Kindererziehungszeiten bis zum zehnten Lebensjahr der Kinder.

Fruhwürth sprach auch das sogenannte Pensionssplitting an, das derzeit freiwillig vereinbart werden kann. Auf Antrag kann der erwerbstätige Elternteil für sieben Jahre nach der Geburt des Kindes bis zu 50 Prozent seiner Teilgutschrift auf das Pensionskonto des nichterwerbstätigen Elternteils übertragen. Dieses Pensionssplitting werde jedoch kaum umgesetzt.

„Das bedauern wir sehr, denn es würde helfen, die Pensionslücke der Frauen zu verringern.“ Der KFÖ schlägt deshalb vor, dass das Pensionssplitting für Kindererziehungsjahre künftig automatisch erfolgen soll. Wer das nicht möchte, müsse sich aktiv dagegen entscheiden.

Um Eltern und Mütter zu entlasten, wäre es laut Fruhwürth zudem ratsam, das sogenannte „Sportlerprivileg“ auf Babysitter oder sogenannte Leihomas und Leihopas zu erweitern. Derzeit können Sportler oder Trainerinnen, die bei gemeinnützigen Vereinen aktiv sind, bis zu 720 Euro im Monat steuerfrei als pauschale Fahrt- und Reiseaufwandsentschädigung beziehen. „Eine derartige Regelung sollte auch für die familienergänzende Kinderbetreuung gelten“, so Fruhwürth. Die Nachfrage nach Leihomas und Leihopas, wie sie viele Diözesanverbände anbieten, sei groß. Gerade Eltern, die zu Randzeiten oder unregelmäßig arbeiteten, sowie Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer würden davon profitieren.

Bisher konnten zwei Forderungen aus dem vergangenen Forderungsprogramm umgesetzt werden. „Wir freuen uns sehr, dass die Valorisierung der Familienleistungen oder eine Erhöhung des Familienbonus erreicht wurden“, so Mender.

red, religion.ORF.at/KAP

2.3. Väterbeteiligung

<https://www.katholisch.at/aktuelles/146682/neuer-familienverbands-praesident-will-mehr-anreize-fuer-vaeter>

Neuer Familienverbands-Präsident will mehr Anreize für Väter

Peter Mender lobt in Ö1-Interview neue Väterkarenz und will neue Väter-Kinder-Aktivitäten etablieren - Auch "familien- und behindertengerechtes Gesundheitswesen" sowie Umgang mit Digitalisierung besondere Anliegen

07.01.2024

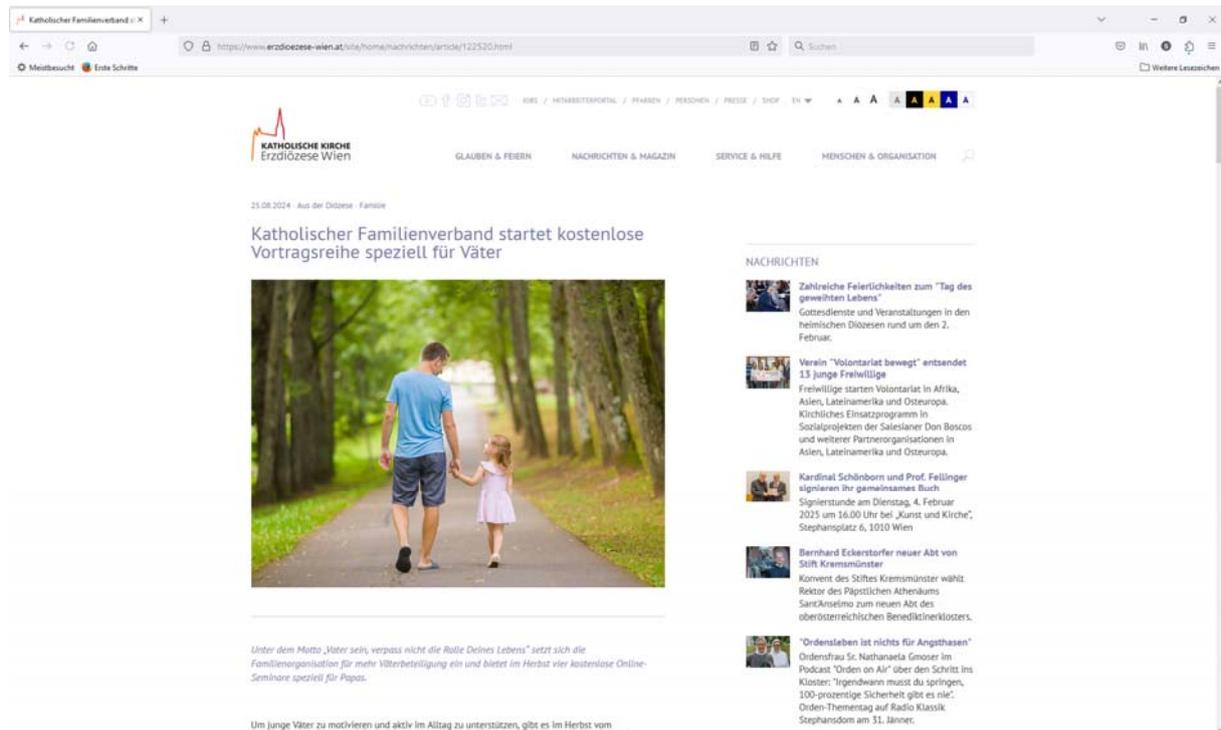
Weitere Anreize für Väter, um sich in der Familien- und Erziehungsarbeit zu beteiligen, will der neue Präsident des [Katholischen Familienverbandes](#) (KFÖ) setzen. Die seit November geltenden zwei Karenzmonate für Väter sehe er positiv, als "keine Verkürzung, sondern als ein Hinführen, dass man das in Anspruch nimmt" und als Steigerung der Väterbeteiligung und der Geschlechtergerechtigkeit, befand Peter Mender am Sonntag in der [Ö1](#)-Sendung "Lebenskunst". Zu hoffen sei, dass die Väterkarenz "irgendwann zu einer Routine wird" und Väter motiviere, "ins Handeln zu kommen".

Mender war Ende September von der KFÖ-Jahreshauptversammlung als Nachfolger von Alfred Trendl gewählt worden. Der aus Wien gebürtige Unternehmensberater, der in Vorarlberg lebt und mit seiner Ehefrau zwei Kinder hat, bezeichnete es als ein zentrales Anliegen des Familienverbandes, Aktivitäten für Väter mit ihren Kindern zu schaffen. Die gesellschaftliche Entwicklung in diesem Aspekt stimme ihn positiv, seien Väter doch heute weit engagierter als in früheren Generationen, so Menders Wahrnehmung. Schon in den vergangenen Jahren hatte der KFÖ unter dem Motto "Vater sein - verpass nicht die Rolle deines Lebens!" dafür geworben.

Als weitere ihm wichtige Themen nannte der Verbandspräsident ein "familien- und behindertengerechtes Gesundheitswesen", die gesunde Ernährung sowie Hilfen für Familien im Bereich Digitalisierung und Soziale Medien. Eltern seien heute durch das Internet auf neue Weise herausgefordert und bräuchten Unterstützung, um mehr Kontrolle über das von ihren Kindern konsumierte Digital-Angebot zu erhalten. Der Familienverband könne hier in Zukunft Beratung anbieten.

Im Katholischen Familienverband war zuletzt neben Mender auch das restliche Führungsteam neu gewählt worden. Vizepräsidentinnen sind nunmehr Barbara Fruhwürth, die beim KFÖ auch Leiterin des Arbeitskreises Finanzielle Gerechtigkeit und Familienlastenausgleich ist, sowie Judith Tschettepe und Britta Brehm-Cernelic.

Grüss Gott, 9. Oktober 2023



<https://www.erzdioezese-wien.at/site/home/nachrichten/article/122520.html>

Unter dem Motto „Vater sein, verpass nicht die Rolle Deines Lebens“ setzt sich die Familienorganisation für mehr Väterbeteiligung ein und bietet im Herbst vier kostenlose Online- Seminare speziell für Papas.

Um junge Väter zu motivieren und aktiv im Alltag zu unterstützen, gibt es im Herbst vom Katholischen Familienverband mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes vier kostenlose Online- Vorträge, die Themen von der Väterbeteiligung im Babyalter bis zur Pubertät abdecken.

Kindergarteneingewöhnung mit Papa

Den Anfang macht am 10. September 2024 der Vortrag „Kindergarteneingewöhnung mit Papa“, in dem Doris Koller-Zazworka, klinische und Gesundheitspsychologin der St. Nikolausstiftung der Erzdiözese Wien, praktische Tipps zum Start im Kindergarten gibt und Fragen beantwortet.

Schule ist auch Männersache

Am 25. September 2024 geht es um die Mitgestaltungsmöglichkeiten für Väter in der Schule. Die langjährigen Elternvertreter, Sieglinde Guserl und Thomas Maximiuk, möchten in „Schule ist auch Männersache“ Lust auf mehr Beteiligung aktiver Väter im Schulalltag machen.

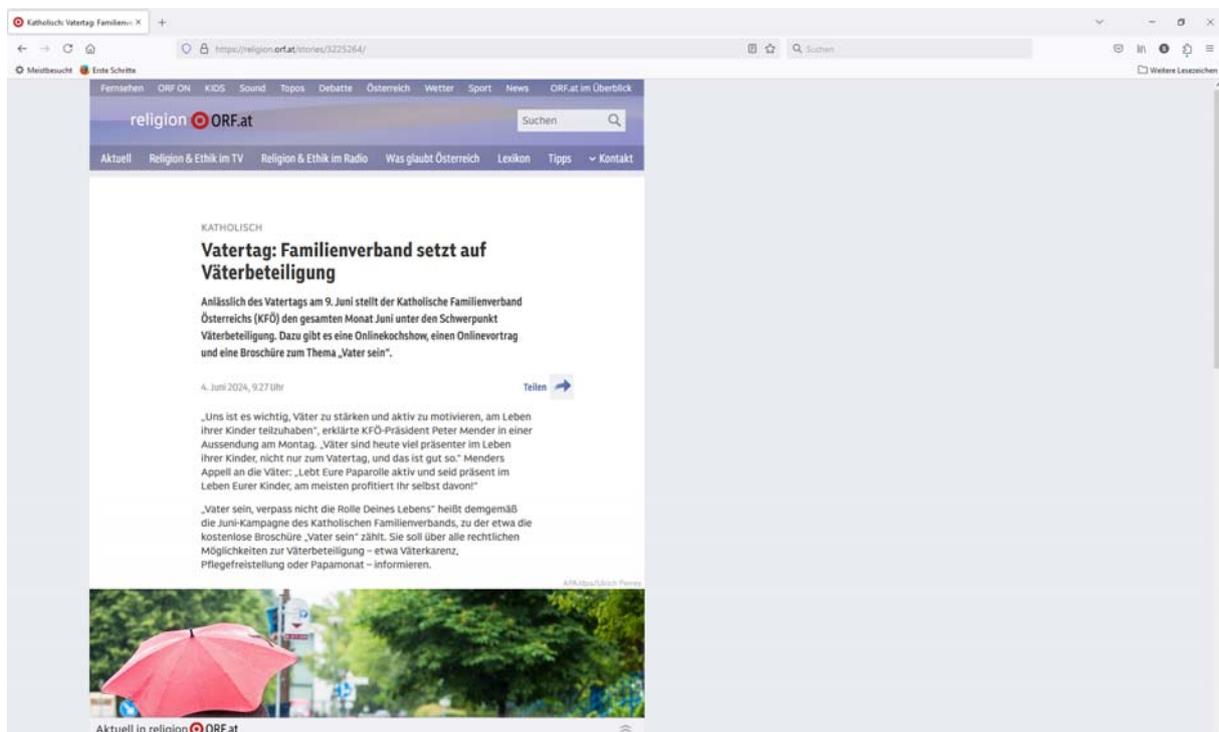
Am 3. Oktober 2024 informiert die Generalsekretärin des Katholischen Familienverbandes, Rosina Baumgartner, über rechtliche Möglichkeiten zur Väterbeteiligung; Papa Valentin Stelzer berichtet über seine Erfahrungen mit der Väterkarenz.

Im letzten Vortrag am 22. Oktober 2024 widmet sich der Psychologe Philip Streit dem Leben der Pubertierenden und geht auf die Rolle der Väter in dieser Umbruchsphase ein.

Die Online-Vorträge beginnen jeweils um 18 Uhr und dauern ca. zwei Stunden. Der online-Teilnahmelink wird nach der Anmeldung übermittelt.

„Mit der Vortragsreihe wollen wir Lust auf Väterbeteiligung machen und Väter aktiv in ihrer Rolle unterstützen“, sagt Generalsekretärin Rosina Baumgartner und lädt Väter und alle anderen interessierten Eltern ein, sich anzumelden: „Mitgliedschaft beim Katholischen Familienverband ist keine Voraussetzung für die Teilnahme. Wir freuen uns über alle Väter, die diese kostenlose Möglichkeit wahrnehmen wollen!“

Anmeldungen und Infos unter info@familie.at, alle Veranstaltungen im Überblick finden Sie hier: <https://www.familie.at/site/oesterreich/angebote/vatersein/vortraegevaeter40>



<https://religion.orf.at/stories/3225264/>

KATHOLISCH

Vatertag: Familienverband setzt auf Väterbeteiligung

Anlässlich des Vatertags am 9. Juni stellt der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) den gesamten Monat Juni unter den Schwerpunkt Väterbeteiligung. Dazu gibt es eine Onlinekochshow, einen Onlinevortrag und eine Broschüre zum Thema „Vater sein“.

4. Juni 2024, 9.27 Uhr

Teilen

„Uns ist es wichtig, Väter zu stärken und aktiv zu motivieren, am Leben ihrer Kinder teilzuhaben“, erklärte KFÖ-Präsident Peter Mender in einer Aussendung am Montag. „Väter sind heute viel präsenter im Leben ihrer Kinder, nicht nur zum Vatertag, und das ist gut so.“ Menders Appell an die Väter: „Lebt Eure Paparolle aktiv und seid präsent im Leben Eurer Kinder, am meisten profitiert Ihr selbst davon!“

„Vater sein, verpass nicht die Rolle Deines Lebens“ heißt demgemäß die Juni-Kampagne des Katholischen Familienverbands, zu der etwa die kostenlose Broschüre „Vater sein“ zählt. Sie soll über alle rechtlichen Möglichkeiten zur Väterbeteiligung – etwa Väterkarenz, Pflegefreistellung oder Papamonat – informieren.

APA/dpa/Ulrich PerreyDer Katholische Familienverband animiert Väter, sich aktiv am Leben der Kinder zu beteiligen

Ein weiteres Angebot ist der kostenlose Onlinevortrag „Kindergarteneingewöhnung mit Papa“ am 6. Juni 2024, bei dem die klinische Psychologin der St. Nikolausstiftung, Doris Koller-Zazworka, speziell Vätern wertvolle Tipps für den Kindergartenstart geben wird, wie es in der Aussendung heißt.

„Gerade für Väter ist die Begleitung ihres Kindes in den ersten Kindergartenwochen ein seltenes Privileg. Wir wollen motivieren, dass Väter die Eingewöhnung übernehmen und so von Anfang an ein fixer Ansprechpartner rund ums Thema Kindergarten sind“, erklärte Mender über die Motivation zu diesem Vortrag.

Am 15. Juni plant der Familienverband eine Onlinekochshow, die Familien, aber vor allem Väter ansprechen möchte. Nach Rezeptanleitung können die Teilnehmenden in zwei Stunden ein „leckeres und gesundes Mittagessen“ für ihre Familien zubereiten.

red, religion.ORF.at/KAP

3. Bildung



Katholische Kirche Österreich

KIRCHE RAT & HILFE GLAUBEN & FEIERN THEMEN

Familienverband begrüßt geplante Verkürzung der Lehrerausbildung

Katholischer Familienverband: Vorschläge der Regierung bringen mehr Praxisbezug - Schulamtsleiterin Pinz: Religionslehrer-Ausbildung wird deutlich aufgewertet

21.02.2024

Der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) beurteilt die geplante Verkürzung der Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer positiv. "Wir begrüßen die Verkürzung des Bachelor- und Masterstudiums auf eine einheitliche Studiendauer. Damit dauern ein Bachelor oder Master im Lehramt nicht mehr länger als andere Studien", betonte Andrea Kahl, Leiterin des Schularbeitskreises des Katholischen Familienverbandes, in einer Aussendung am Mittwoch.

Mit Ihrer Zustimmung erlauben Sie das Setzen von Cookies auf unserer Webseite, um unser Internetangebot zu analysieren und stetig zu verbessern.

[AKZEPTIEREN](#)

Familienverband begrüßt geplante Verkürzung der Lehrerausbildung

Katholischer Familienverband: Vorschläge der Regierung bringen mehr Praxisbezug - Schulamtsleiterin Pinz: Religionslehrer-Ausbildung wird deutlich aufgewertet

21.02.2024

Der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) beurteilt die geplante Verkürzung der Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer positiv. "Wir begrüßen die Verkürzung des Bachelor- und Masterstudiums auf eine einheitliche Studiendauer. Damit dauern ein Bachelor oder Master im Lehramt nicht mehr länger als andere Studien", betonte Andrea Kahl, Leiterin des Schularbeitskreises des Katholischen Familienverbandes, in einer Aussendung am Mittwoch.

Die Änderung, die neben einer kürzeren Ausbildungsdauer, mehr Praxisanteile, eine bessere Vereinbarkeit von einer ersten Lehrenden-Tätigkeit mit dem Masterstudium sowie eine Möglichkeit für innovative Fächerbündelstudien beinhaltet, soll im Rahmen eines Gesetzesentwurfs für eine Reform der Lehrerausbildung vollzogen werden. Dieser wurde Anfang Jänner von ÖVP-Bildungsminister Martin Polaschek präsentiert, die parlamentarische Begutachtungsfrist endete Mitte Februar.

In seiner Stellungnahme formulierte der KFÖ den Wunsch nach einem praxistaugliches und berufsbegleitenden Studium, bei dem die Studierenden maximal für eine halbe Lehrverpflichtung eingesetzt würden. "Bereits erste Schritte mit guter Unterstützung zu machen, ist sehr wichtig. Die angehenden Lehrkräfte, die aktuell den Lehrerinnen- und Lehrermangel kompensieren, dürfen dabei nicht verheizt werden", forderte Kahl.

Dass Deutsch als Zweitsprache und inklusive Pädagogik künftig ein verpflichtender Teil der Basisausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen sein wird, begrüßte der KFÖ. Auch ein Fokus auf Künstlicher Intelligenz und Medienethik sei dem Verband ein, der in diesem Bereich eine der großen Herausforderungen der Zukunft sieht. "Umso wichtiger ist es, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer gut darin geschult sind - nicht nur technisch, sondern auch pädagogisch-didaktisch und gesellschaftlich", so Kahl. Der Katholische Familienverband spreche sich zudem für ein Handynutzungsverbot an Volksschulen aus.

Kirche begrüßt geplante Änderungen

Die katholische Schulverantwortliche Andrea Pinz hatte das Paket bereits bei seiner Präsentation als "ausdrücklich positiv" gewertet. "Die geplanten Änderungen sind für eine qualitätsvolle Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen ein wichtiger Schritt" und bringen auch Verbesserungen für den Religionsunterricht, sagte Pinz Anfang Jänner, daran habe sich auch nach dem Ende der Begutachtungsfrist nichts geändert, sagte sie am Mittwoch gegenüber Kathpress.

Derzeit besteht ein Lehramtsstudium für die Primarstufe aus vier Jahren Bachelor plus einem Jahr Master. Die Gesamtdauer bleibt damit also auch künftig gleich - allerdings darf wie bisher bereits mit dem Bachelor regulär unterrichtet werden. In der Sekundarstufe sind derzeit vier Jahre Bachelor plus zwei Jahre Master vorgesehen - durch die geplante Reform würde damit das Studium für diesen Bereich um ein Jahr verkürzt.

Pinz, die das **Schulamt der Erzdiözese Wien** leitet und derzeit auch die geschäftsführende Vorsitzende der Konferenz der diözesanen Schulamtsleiterinnen und -leiter (SALK) ist, bekräftigte die Ziele der geplanten Maßnahmen und sagte: "Angehende Lehrerinnen und Lehrer bringen künftig mehr Praxisbezug, höhere Reflexionsfähigkeit in didaktischen Belangen und ein kompetenteres Classroom Management mit. Damit sind sie besser auf die Herausforderungen des schulischen Alltags vorbereitet."

Verbesserungen für Religionsunterricht

Deutliche Verbesserungen ortet Pinz im Blick auf den Religionsunterricht: "Die Ausbildung zur Religionslehrerin bzw. zum Religionslehrer in der Volksschule wird deutlich aufgewertet und durch die eigenständige zusätzliche Lehrbefähigung attraktiviert."

Für einen zeitgemäßen und schülerorientierten Religionsunterricht brauche es Lehrkräfte, die fachlich fundiert ausgebildet sind und über eine hohe Kommunikationsfähigkeit und ein breites methodisch-didaktisches Repertoire verfügen. "Die Weiterentwicklung der Studienarchitektur schafft dafür die Grundlage", hielt die kirchliche Schulverantwortliche fest und schloss: "Die Kirchlichen Pädagogischen Hochschulen sind durch ihre Expertise für die Arbeit an den neuen Curricula gut vorbereitet und können sehr zügig Ergebnisse vorlegen, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und die schulischen, gesellschaftlichen und religiösen Parameter berücksichtigen."

Katholisch.at, 21. Februar 2024



BUCHTIPP

„Unter Heiden. Warum ich trotzdem Christ bleibe“ von Tobias Haberl, btb Verlag Oktober 2024, gebundenes Buch, 288 Seiten, Preis € 22,70.

nach einer solchen Gebetsrunde. hinausgetragen wird. * Name geändert

Das Handy nicht in die Schule mitnehmen?

Im Herbst finden in den Schulen zahlreiche Elternabende und Versammlungen der Elternvereine statt. Ein heiß diskutiertes Thema dabei: das Handy in der Schule.

Es gibt viele Gründe, die für ein Handyverbot an Schulen sprechen: Konzentration auf den Unterricht, direktes Gespräch mit Mitschülerinnen und Mitschülern in der Pause (statt am Handy zu spielen), keine ungeeigneten Inhalte in der Schule.

Der Katholische Familienverband setzt sich daher für eine handyfreie Volksschule ein. Der Kärntner Lehrerbund befürwortet sogar ein generelles Handyverbot an Pflichtschulen. Fakt ist: Im Rahmen der Schulordnung kann jede Schule selbst die Nutzung von Mobilgeräten im Unterricht und während der Pausen untersagen. Elternvertreter können diesen Punkt ansprechen und eine solche Maßnahme anregen.

Kirche Bunt, 30. November 2024

HANDYFREIE VOLKSSCHULEN

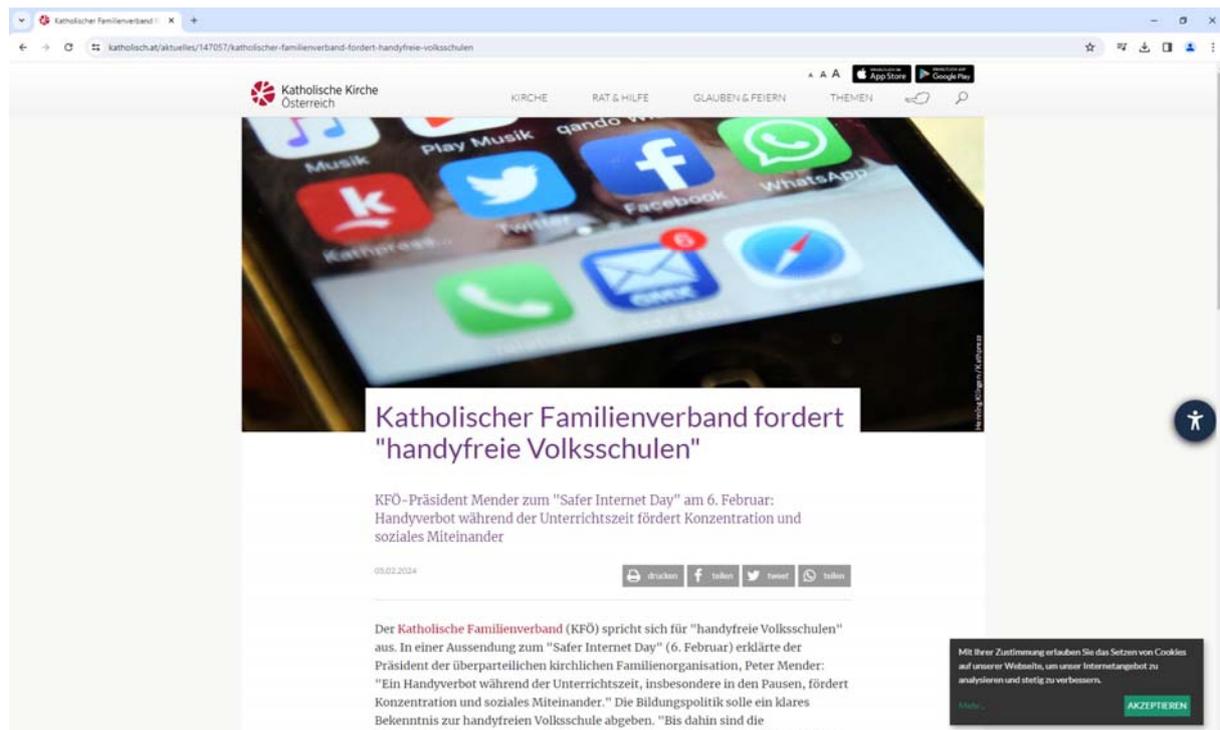
Der Katholische Familienverband (KFÖ) spricht sich für „handyfreie Volksschulen“ aus. In einer Aussendung zum „Safer Internet Day“ (6. Februar) erklärte der Präsident der überparteilichen kirchlichen Familienorganisation Peter Mender: „Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander.“ Die Bildungspolitik solle ein klares Bekenntnis zur handyfreien Volksschule abgeben, forderte Mender.

Martinus, 11. Februar 2024

KFÖ fordert „handyfreie Volksschulen“

Der Katholische Familienverband (KFÖ) spricht sich für „handyfreie Volksschulen“ aus. In einer Aussendung zum „Safer Internet Day“ (6. Februar) erklärte der Präsident der überparteilichen kirchlichen Familienorganisation, Peter Mender: „Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander.“ Die Bildungspolitik solle ein klares Bekenntnis zur handyfreien Volksschule abgeben.

Kirche bunt, 24. Februar 2024



Katholischer Familienverband fordert "handyfreie Volksschulen"

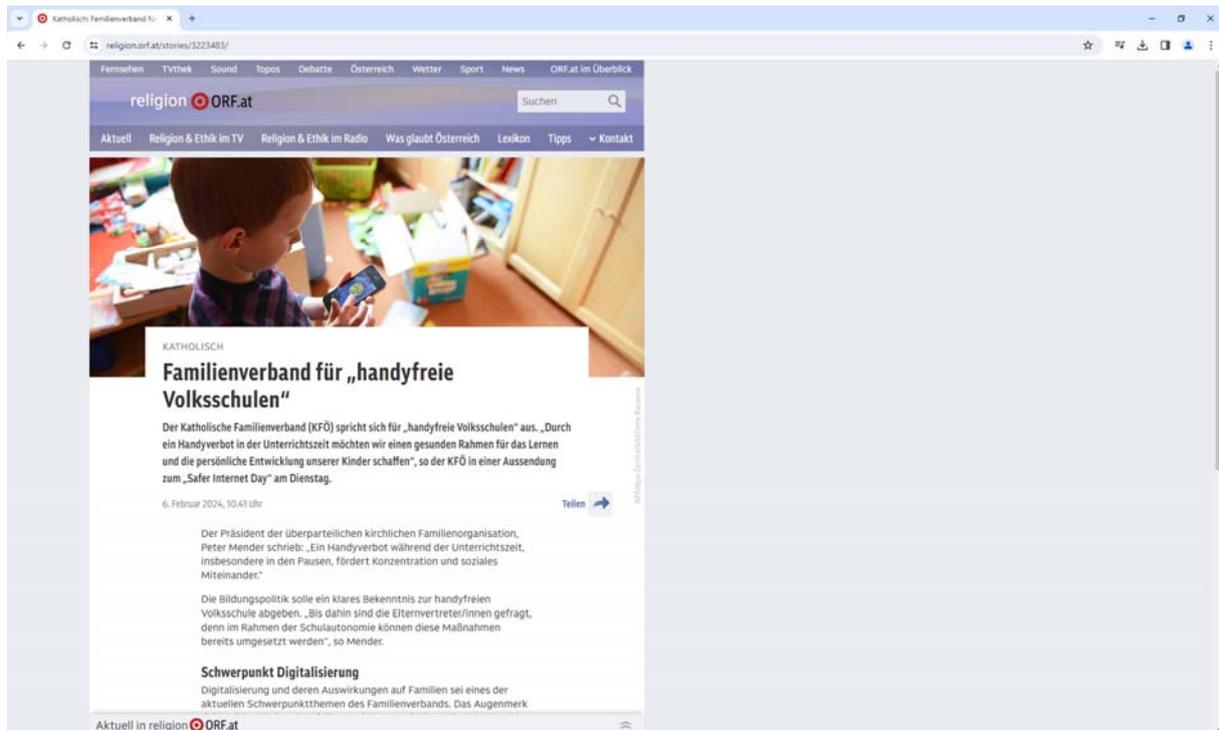
KFÖ-Präsident Mender zum "Safer Internet Day" am 6. Februar: Handyverbot während der Unterrichtszeit fördert Konzentration und soziales Miteinander

Der Katholische Familienverband (KFÖ) spricht sich für "handyfreie Volksschulen" aus. In einer Aussendung zum "Safer Internet Day" (6. Februar) erklärte der Präsident der überparteilichen kirchlichen Familienorganisation, Peter Mender: "Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander." Die Bildungspolitik solle ein klares Bekenntnis zur handyfreien Volksschule abgeben. "Bis dahin sind die Elternvertreter/innen gefragt, denn im Rahmen der Schulautonomie können diese Maßnahmen bereits umgesetzt werden", so Mender.

Digitalisierung und deren Auswirkungen auf Familien sei eines der aktuellen Schwerpunktthemen des Familienverbands. Das Augenmerk richte sich dabei auch auf die Handynutzung in der Volksschule. "Die ständige Verfügbarkeit von Smartphones kann bei Kindern zu einer Reihe von Problemen führen", mahnte Mender. Als Beispiele nannte er Ablenkung im Unterricht, reduzierte soziale Interaktion und Irritation durch unangemessene Online-Inhalte.

"Durch ein Handyverbot in der Unterrichtszeit möchten wir einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung unserer Kinder schaffen." Denn die Volksschulzeit sei entscheidend für die Entwicklung von Grundkompetenzen und sozialen Fähigkeiten, betonte der KFÖ-Präsident.

Katholisch.at, 5.02.2024



Familienverband für „handyfreie Volksschulen“

Der Katholische Familienverband (KFÖ) spricht sich für „handyfreie Volksschulen“ aus. „Durch ein Handyverbot in der Unterrichtszeit möchten wir einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung unserer Kinder schaffen“, so der KFÖ in einer Aussendung zum „Safer Internet Day“ am Dienstag.

6. Februar 2024, 10.41 Uhr

Der Präsident der überparteilichen kirchlichen Familienorganisation, Peter Mender schrieb: „Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander.“

Die Bildungspolitik solle ein klares Bekenntnis zur handyfreien Volksschule abgeben. „Bis dahin sind die Elternvertreter/innen gefragt, denn im Rahmen der Schulautonomie können diese Maßnahmen bereits umgesetzt werden“, so Mender.

Schwerpunkt Digitalisierung

Digitalisierung und deren Auswirkungen auf Familien sei eines der aktuellen Schwerpunktthemen des Familienverbands. Das Augenmerk richte sich dabei auch auf die Handynutzung in der Volksschule. „Die ständige Verfügbarkeit von Smartphones kann bei Kindern zu einer Reihe von Problemen führen“, mahnte Mender. Als Beispiele nannte er Ablenkung im Unterricht, reduzierte soziale Interaktion und Irritation durch unangemessene Online-Inhalte.

„Durch ein Handyverbot in der Unterrichtszeit möchten wir einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung unserer Kinder schaffen.“ Denn die Volksschulzeit sei entscheidend für die Entwicklung von Grundkompetenzen und sozialen Fähigkeiten, betonte der KFÖ-Präsident.

ORF.at, 6. Februar 2024



Katholischer Familienverband fordert "handyfreie Volksschulen"

05.02.2024 13:34

Österreich/Kirche/Internet/Schule/Kind/Kath.Familienverband

KFÖ-Präsident Mender zum "Safer Internet Day" am 6. Februar: Handyverbot während der Unterrichtszeit fördert Konzentration und soziales Miteinander

Wien, 05.02.2024 (KAP) Der Katholische Familienverband (KFÖ) spricht sich für "handyfreie Volksschulen" aus. In einer Aussendung zum "Safer Internet Day" (6. Februar) erklärte der Präsident der überparteilichen kirchlichen Familienorganisation, Peter Mender: "Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander." Die Bildungspolitik solle ein klares Bekenntnis zur handyfreien Volksschule abgeben. "Bis dahin sind die Elternvertreter/innen gefragt, denn im Rahmen der Schulautonomie

Katholischer Familienverband fordert "handyfreie Volksschulen"

05.02.2024 13:34

Österreich/Kirche/Internet/Schule/Kind/Kath.Familienverband

KFÖ-Präsident Mender zum "Safer Internet Day" am 6. Februar: Handyverbot während der Unterrichtszeit fördert Konzentration und soziales Miteinander

Wien, 05.02.2024 (KAP) Der Katholische Familienverband (KFÖ) spricht sich für "handyfreie Volksschulen" aus. In einer Aussendung zum "Safer Internet Day" (6. Februar) erklärte der Präsident der überparteilichen kirchlichen Familienorganisation, Peter Mender: "Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander." Die Bildungspolitik solle ein klares Bekenntnis zur handyfreien Volksschule abgeben. "Bis dahin sind die Elternvertreter/innen gefragt, denn im Rahmen der Schulautonomie können diese Maßnahmen bereits umgesetzt werden", so Mender.

Digitalisierung und deren Auswirkungen auf Familien sei eines der aktuellen Schwerpunktthemen des Familienverbands. Das Augenmerk richte sich dabei auch auf die Handynutzung in der Volksschule. "Die ständige Verfügbarkeit von

Smartphones kann bei Kindern zu einer Reihe von Problemen führen", mahnte Mender. Als Beispiele nannte er Ablenkung im Unterricht, reduzierte soziale Interaktion und Irritation durch unangemessene Online-Inhalte.

"Durch ein Handyverbot in der Unterrichtszeit möchten wir einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung unserer Kinder schaffen." Denn die Volksschulzeit sei entscheidend für die Entwicklung von Grundkompetenzen und sozialen Fähigkeiten, betonte der KFÖ-Präsident.

Kathpress, 5. Februar 2024



Katholischer Familienverband fordert handysfreie Volksschulen

Am 6. Februar ist „Safer Internet Day“

5. Februar 2024

© Evelyn Kobben — stock.adobe.com

Zum Safer Internet Day am 6. Februar fordert der Katholische Familienverband handysfreie Volksschulen. Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander.

„Die ständige Verfügbarkeit von Smartphones kann bei Kindern zu einer Reihe von Problemen führen, darunter Ablenkung im Unterricht, reduzierte soziale Interaktion und potenzielle Exposition gegenüber unangemessenem Online-Inhalt“, erklärt Peter Mender, Präsident des Katholischen Familienverbandes.

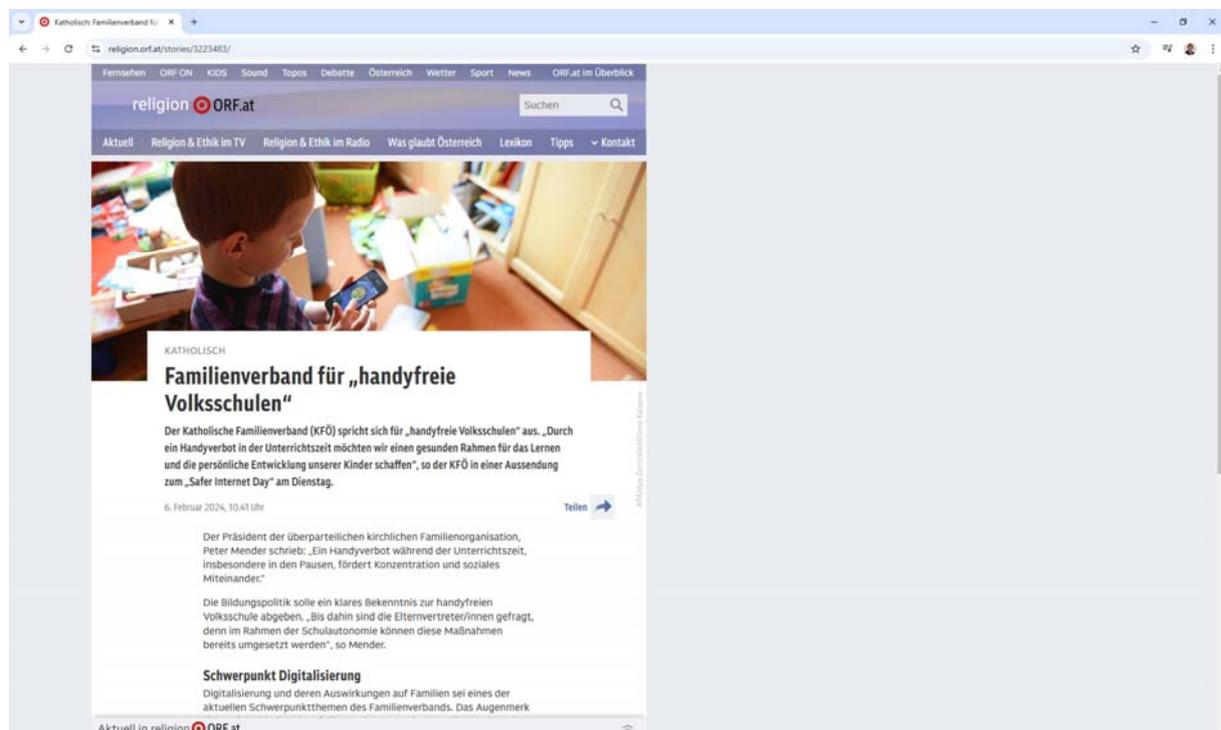
Ein Handyverbot in der Unterrichtszeit schaffe einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung unserer

Kinder schaffen. Mender ist überzeugt, dass so nicht nur die Konzentration der Kinder gefördert wird, sondern auch das soziale Miteinander davon profitiert.

„Die Volksschulzeit ist entscheidend für die Entwicklung von Grundkompetenzen und sozialen Fähigkeiten. Ein Handyverbot in diesem kritischen Stadium der kindlichen Entwicklung führt zu einer gesünderen, ausgewogeneren und interaktiveren Lernerfahrung“, so Mender. Bis dahin seien die Elternvertreter gefragt, denn im Rahmen der Schulautonomie können diese Maßnahmen bereits umgesetzt werden.

Der Safer Internet Day ist ein jährlicher Aktionstag für mehr Sicherheit im Internet. Unter dem Motto „Together for a better internet“ setzen sich jeden Februar weltweit Institutionen, Unternehmen und Privatpersonen mit verschiedenen Aktionen und Projekten für ein besseres Miteinander im digitalen Raum ein. Im Mittelpunkt steht dabei die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen beim sicheren Umgang mit digitalen Medien.

Volksblatt, 6. Februar 2024



6. Februar 2024, Orf.at

<https://religion.orf.at/stories/3223483/>

Der Katholische Familienverband (KFÖ) spricht sich für „handyfreie Volksschulen“ aus. „Durch ein Handyverbot in der Unterrichtszeit möchten wir einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung unserer Kinder schaffen“, so der KFÖ in einer Aussendung zum „Safer Internet Day“ am Dienstag.

6. Februar 2024, 10.41 Uhr

Teilen

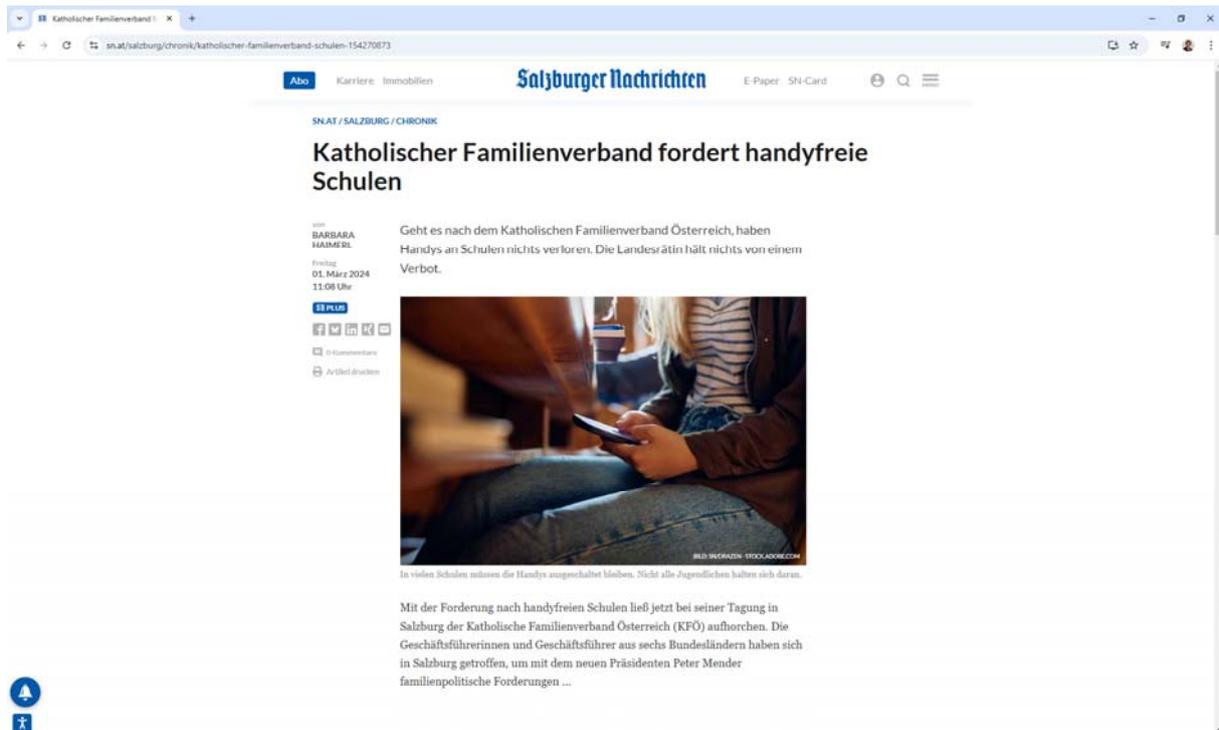
Der Präsident der überparteilichen kirchlichen Familienorganisation, Peter Mender schrieb: „Ein Handyverbot während der Unterrichtszeit, insbesondere in den Pausen, fördert Konzentration und soziales Miteinander.“

Die Bildungspolitik solle ein klares Bekenntnis zur handyfreien Volksschule abgeben. „Bis dahin sind die Elternvertreter/innen gefragt, denn im Rahmen der Schulautonomie können diese Maßnahmen bereits umgesetzt werden“, so Mender.

Digitalisierung und deren Auswirkungen auf Familien sei eines der aktuellen Schwerpunktthemen des Familienverbands. Das Augenmerk richte sich dabei auch auf die Handynutzung in der Volksschule. „Die ständige Verfügbarkeit von Smartphones kann bei Kindern zu einer Reihe von Problemen führen“, mahnte Mender. Als Beispiele nannte er Ablenkung im Unterricht, reduzierte soziale Interaktion und Irritation durch unangemessene Online-Inhalte.

„Durch ein Handyverbot in der Unterrichtszeit möchten wir einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung unserer Kinder schaffen.“ Denn die Volksschulzeit sei entscheidend für die Entwicklung von Grundkompetenzen und sozialen Fähigkeiten, betonte der KFÖ-Präsident.

red, religion.ORF.at/KAP



Salzburger Nachrichten, 1. März 2024

<https://www.sn.at/salzburg/chronik/katholischer-familienverband-schulen-154270873>

10 SALZBURG AKTUELL

Geht es nach dem Katholischen Familienverband, haben Handys an Schulen nichts verloren. Die Landesrätin hält nichts von einem Verbot.

BARBARA HAIMERL

SALZBURG. Mit der Forderung nach handysfreien Schulen ließ jetzt bei seiner Tagung in Salzburg der Katholische Familienverband Österreich (KFO) aufhören. Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer aus sechs Bundesländern haben sich in Salzburg getroffen, um mit dem neuen Präsidenten Peter Mender familiärpolitische Forderungen an den Nationalrat zu formulieren. Ein Schwerpunktthema ist die Auswirkung der Digitalisierung auf Familien.

„Unser Fokus liegt auf der stark steigenden Handynutzung. Die ständige Verfügbarkeit von Smartphones kann bei Kindern zu einer Reihe von Problemen führen“, betont Rudolf Gruber, Geschäftsführer des KFO in Salzburg. Ein Lösungsvorschlag seien handysfreie Schulen. „Dadurch können wir einen gesunden Rahmen für das Lernen schaffen und das soziale Miteinander fördern.“ Die Vertreterinnen und Vertreter des KFO beendeten ihr Treffen mit einem Appell: „Wir wünschen uns von der Bildungspolitik ein klares Bekenntnis zur handysfreien Schule, insbesondere der Volksschulen. Und von den Elternvertreterinnen und -vertretern, dass sie im Rahmen der Schulautonomie konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Handynutzung in den Schulen umsetzen.“

Kritisch sieht der KFO auch den Einsatz digitaler Medien im Unterricht. „In manchen skandinavischen Ländern wird die Verwendung digitaler Medien wieder zurückgefahren, weil sich gezeigt hat, dass der Lernerfolg gesunken ist“, sagt Gruber.

Der Umgang der Kinder mit dem Handy und anderen digita-



In vielen Schulen müssen die Handys ausgeschaltet bleiben. Nicht alle Jugendlichen halten sich daran.
RUDOLF GRUBER
KFO SALZBURG

Zahl handysüchtiger Jugendlicher steigt

en ein bis drei Prozent der Kinder und Jugendlichen in Österreich medienwichtig – Tendenz steigend. In Deutschland wurde soeben das Ergebnis einer Studie der bundesweit tätigen Krankenkasse DAK und des Uniklinikums Hamburg veröffentlicht. Demnach hat sich die Zahl der medienwichtigen Kinder und Jugendlichen in Deutschland seit 2009

„Ich bin ein Fan der Schulautonomie.“ Jede Schule entscheide gemeinsam mit den Lehrerinnen und Eltern, wie der Umgang mit Handys geregelt werde. Neue Medien seien nicht mehr wegzudenken, entscheidend sei den Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz und den verantwortungsvollen Umgang beizubringen. Beim jüngsten Treffen mit der Arge der Schulleiterinnen und Schulleiter seien viele Themen zur Sprache gekommen, sagt Gutschl. „Über Probleme an den Schulen im Umgang mit dem Handy fiel kein Wort.“

Ein Rundruf in Volksschulen zeigt, dass die Kinder ihre Handys fast überall ausgeschaltet lassen müssen. Im Schnitt besitzen zwei Drittel der Volksschüler ein Handy. Probleme machen mittlerweile Smartwatches. Klare Regeln gelten auch an Mittelschulen und Gymnasien. So müssen etwa am BG Nonntal in Salzburg alle Handys (auch in der Oberstufe) den ganzen Tag ausgeschaltet bleiben. Von 13 bis 20 März findet an der Schule wieder die freizeittage Aktion Handy fastet statt.

verdoppelt. Sechs Prozent der Zehn- bis 17-Jährigen zeigen ein krankhaftes Nutzungsverhalten. Rund ein Viertel der Minderjährigen nutzt soziale Medien riskant. Das sind hochgerechnet 1,3 Millionen Mädchen und Buben – drei Mal so viele wie im Jahr 2009.

Sie halte nichts von Verbots- und einseitigen Vorgaben bei allen Schulen, sagt Bildungsplanungsdezernin Daniela Gutschl (ÖVP).

„Eltern wünschen sich mehr Medienerziehung für ihre Kinder.“

Gerald Brandtner,
Akadente Salzburg des Österreichischen



ten Medien sei bei Eltern ein großes Thema, konstatiert Gerald Brandtner von Akadente Salzburg. Zuletzt hätten an dem für Eltern konzipierten Onlinevortrag zum Thema mehr als 270 Interessierte teilgenommen. Eltern hätten dabei auch die im Rahmen der Digitalisierungsoffensive in den Schulen verwendeten Tablets und Laptops zur Sprache gebracht. Die Kinder würden die Geräte auch zu Hause nutzen, es sei mitunter schwierig, klare Regeln im Umgang damit durchzusetzen. Durch die Verwendung der Geräte für Hausübungen würden von den Eltern aufgestellte Regeln kosterkariert. „Viele Eltern sind der Ansicht, dass es in der Schule noch mehr Medienerziehung bräuchte, um den Kindern einen kritischen Umgang mit den digitalen Medien beizubringen.“

Brandtner kann handysfreie Volksschulen viel abgewinnen. „Auch in der Unterstufe würde ich den Verzicht aufs Handy begrüßen.“ Nach Schätzungen sei-

Salzburger Nachrichten, 7. März 2024



Handys raus aus der Schule

Der Katholische Familienverband Österreich fordert strengere Regeln für den Gebrauch von Smartphones für Kinder und Jugendliche.

Im Unterricht klingelt plötzlich ein Handy, Schulkinder tippen hektisch auf Displays oder stecken am Pausenhof die Köpfe über die kleinen Bildschirme zusammen. Miteinander reden, spielen, herumlaufen? Fehlzanzeige. Das ist an Schulen die Realität. So dürfe das nicht weitergehen, sagt der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) und fordert strengere Regelungen für den Gebrauch der Smartphones im Kindes- und Jugendalter.

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer aus sechs Bundesländern trafen sich kürzlich in Salzburg, um mit dem neuen KFÖ-Präsidenten Peter Mender (im Bild 2. v. r.) aktuelle familienpolitische Fragen zu diskutieren. Anwesend war auch der Salzburger Bischofsvikar Gerhard Viehhauser (l.), er ist geistlicher Begleiter des KFÖ.

Aktuelles Schwerpunktthema ist die Digitalisierung und deren Auswirkung auf Familien. „Die ständige Verfügbarkeit von Smartphones kann bei Kindern zu einer Reihe

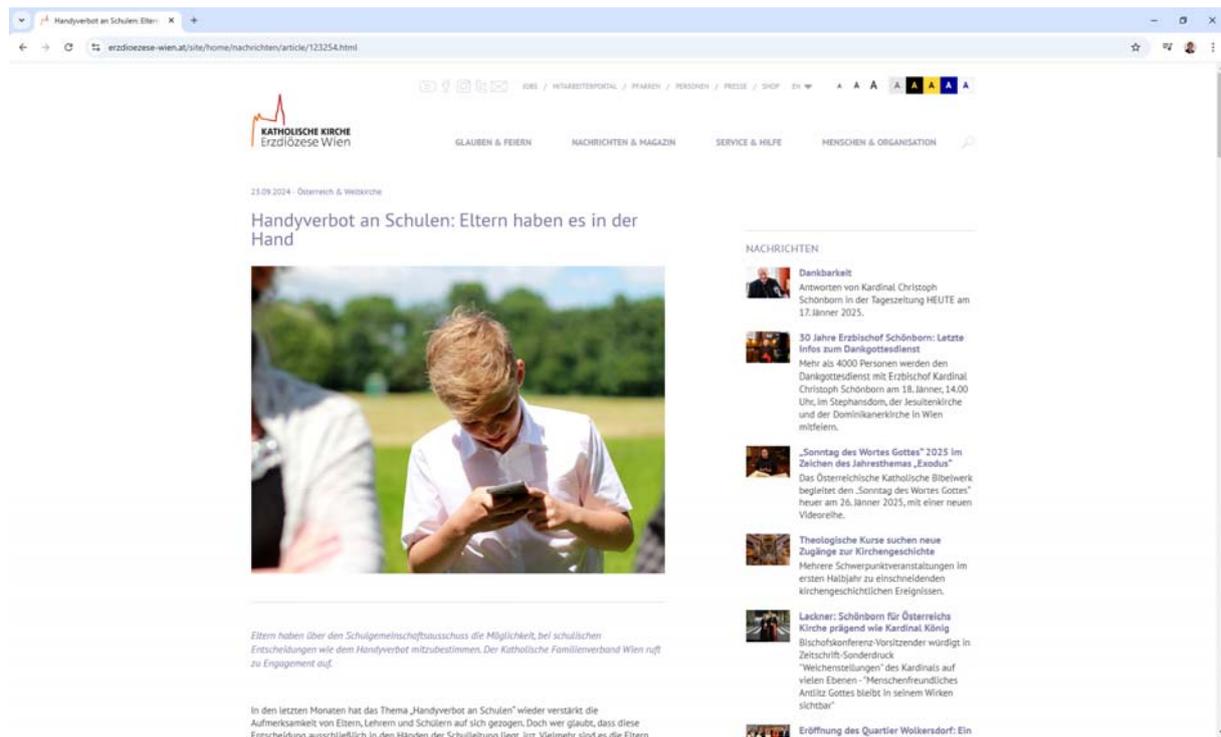
von Problemen führen. Durch die Ablenkung fehlt die soziale Interaktion. Zudem sind sie oft unangemessenen Online-Inhalten unkontrolliert ausgesetzt“, so Rudolf Gruber (6. v. l.), Geschäftsführer des Katholischen Familienverbandes Salzburg.

Miteinander profitiert

Eine Lösung sind laut Familienverband handyfreie Schulen: „Damit schaffen wir einen gesunden Rahmen für das Lernen und die persönliche Entwicklung der Kinder“, sagt Gruber. Er zeigte sich zudem davon überzeugt, „dass nicht nur die Konzentration der Kinder gefördert wird, sondern das soziale Miteinander davon profitiert“.

Die Forderung an die Politik: „Wir wünschen uns von der Bildungspolitik ein klares Bekenntnis zur handyfreien Schule, insbesondere der Volksschulen. Und von den Elternvertreterinnen und -vertretern, dass sie konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Handynutzung in den Schulen umsetzen.“

kap



Erzdiözese Wien, 23. September 2024

<https://www.erzdiocese-wien.at/site/home/nachrichten/article/123254.html>

Handyverbot an Schulen: Eltern haben es in der Hand

Eltern haben über den Schulgemeinschaftsausschuss die Möglichkeit, bei schulischen Entscheidungen wie dem Handyverbot mitzubestimmen. Der Katholische Familienverband Wien ruft zu Engagement auf.

In den letzten Monaten hat das Thema „Handyverbot an Schulen“ wieder verstärkt die Aufmerksamkeit von Eltern, Lehrern und Schülern auf sich gezogen. Doch wer glaubt, dass diese Entscheidung ausschließlich in den Händen der Schulleitung liegt, irrt. Vielmehr sind es die Eltern, die hier eine Schlüsselrolle spielen – insbesondere in Wien. Der Katholische Familienverband Wien macht genau darauf aufmerksam und ruft Eltern dazu auf, sich aktiv in die Schulpartnerschaft einzubringen.

Die Macht der Eltern in der Schulpartnerschaft

„Ein Handyverbot an Schulen kann über die Hausordnung erwirkt werden, und Eltern haben hier die Möglichkeit, über den Schulgemeinschaftsausschuss oder das Schulforum maßgeblich mitzubestimmen“, erklärt Roland Löffler, Bildungssprecher des Katholischen Familienverbandes Wien. Der Verband appelliert dabei eindringlich an die Eltern, ihr Mitspracherecht nicht nur wahrzunehmen, sondern auch aktiv für die Interessen der Schulgemeinschaft einzutreten.

Es zeigt sich, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten – also Schülern, Lehrern und Eltern – das Schulklima und die Zufriedenheit auf allen Seiten verbessert. Besonders bei umstrittenen Themen wie dem Handyverbot ist es wichtig, dass alle an einem Strang ziehen. „Wir rufen alle Eltern auf, sich in der Schulpartnerschaft zu engagieren!“, so Löffler weiter.

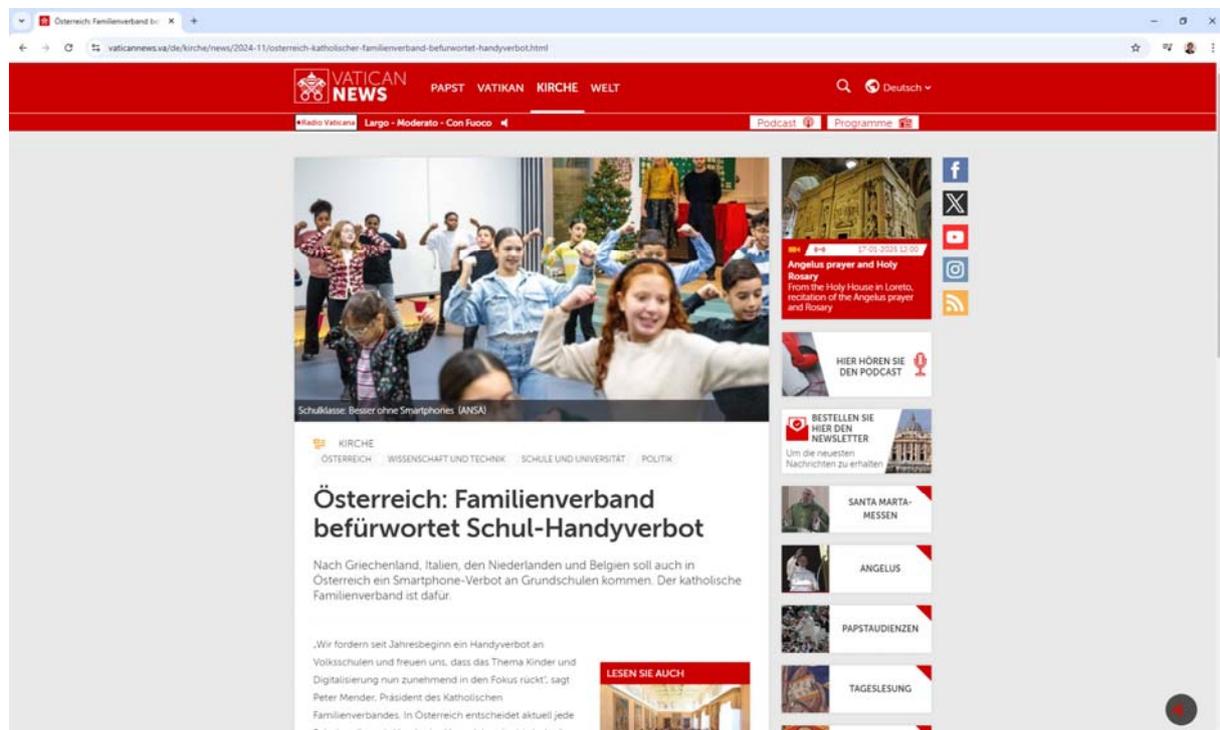
Informationsabend als Wegweiser für Eltern

Um die Eltern über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären, verweist der Katholische Familienverband Wien auf den bevorstehenden Informationsabend am 2. Oktober 2024. Dieser richtet sich speziell an Elternvertreter und Funktionäre im Elternverein.

„Elternvertreter/innen sowie Funktionär/innen im Elternverein erfahren hier alles über ihre Mitbestimmungsrechte, die Gremien der Schulpartnerschaft und erhalten wertvolle Tipps für die Praxis“, betont Löffler.

Bei diesem Event können Elternvertreter nicht nur wertvolle Informationen mitnehmen, sondern auch direkt Fragen stellen und sich mit anderen Eltern austauschen. Denn nur durch Vernetzung und Wissen können Eltern ihre Rolle als Mitgestalter des schulischen Alltags effektiv wahrnehmen.

In der alle Seiten gehört werden, trägt entscheidend zu einem harmonischen und produktiven Schulalltag bei. Weitere Informationen zum Informationsabend und zur Rolle der Eltern in der Schulpartnerschaft sind auf der Webseite des Katholischen Familienverbandes Wien unter www.familie.at/wien zu finden.



The screenshot shows a web browser displaying a Vatican News article. The page has a red header with the 'VATICAN NEWS' logo and navigation links for 'PAPST', 'VATIKAN', 'KIRCHE', and 'WELT'. The main article is titled 'Österreich: Familienverband befürwortet Schul-Handyverbot' (Austria: Family Association supports school mobile phone ban). The text discusses the Catholic Family Association's support for a ban on mobile phones in schools, mentioning that similar bans are being considered in Greece, Italy, the Netherlands, and Belgium. A sub-headline reads 'Schulklasse: Besser ohne Smartphones (ANSA)'. To the right of the article, there are several promotional boxes: 'Angelus prayer and Holy Rosary', 'HIER HÖREN SIE DEN PODCAST', 'BESTELLEN SIE HIER DEN NEWSLETTER', 'SANTA MARTA-MESSEN', 'ANGELUS', 'PAPSTAUDIENZEN', and 'TAGESLESEUNG'. The browser's address bar shows the URL: 'vaticannews.va/de/kirche/news/2024-11/osterreich-katholischer-familienverband-befurwortet-handyverbot.html'.

Vaticannews.va, 24. November 2024

<https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2024-11/osterreich-katholischer-familienverband-befurwortet-handyverbot.html>

Österreich: Familienverband befürwortet Schul-Handyverbot

Nach Griechenland, Italien, den Niederlanden und Belgien soll auch in Österreich ein Smartphone-Verbot an Grundschulen kommen. Der katholische Familienverband ist dafür.

LESEN SIE AUCH

„Wir fordern seit Jahresbeginn ein Handyverbot an Volksschulen und freuen uns, dass das Thema Kinder und Digitalisierung nun zunehmend in den Fokus rückt“, sagt Peter Mender, Präsident des Katholischen Familienverbandes. In Österreich entscheidet aktuell jede Schule selbst, ob Handys im Unterricht erlaubt sind oder nicht, ein generelles Verbot gibt es nicht.

Mender verwies auch auf das aktuelle Forderungsprogramm „Familienpolitik konkret“, Resultat eines breiten Beteiligungsprozesses von Familien. Österreichs Politik befindet sich derzeit in Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS. Der katholische Familienverband will sein Papier den Koalitionsverhandelnden und danach der neuen Bundesregierung vorlegen, erklärte Mender. Die nächste Regierung brauche in jedem ein eigenes Familienministerium: „Familienpolitik ist ein eigenes Politikfeld, die 2,5 Millionen Familien im Land verdienen es, dass es ein Ministerium gibt, das ihr Wohlergehen im Blick hat“, erklärte Mender, der Österreich als "auf einem sehr familienfreundlichen Weg" beschreibt. Dies macht er etwa an der Einführung des Familienbonus Plus und der regelmäßigen Wertanpassung der Familienleistungen fest. "Das soll so bleiben", so Mender.

Konkret fordert die Familienorganisation ein automatisches Pensionssplitting sowie die automatische Teilung von Kindererziehungszeiten, eine bessere Bewertung der Elternteilzeit für die Pension, die Schaffung einer „Großelternkarenz“ als zusätzliche familienergänzende Betreuungsmöglichkeit sowie den Schutz des arbeitsfreien Sonntags.

(kap – gs)

The screenshot shows the Kathpress website interface. At the top, there is a navigation bar with the Kathpress logo, the text 'Katholische Presseagentur Österreich', and a search bar. The main article title is 'Katholischer Familienverband fordert Handyverbot an Volksschulen', dated 27.11.2024 at 16:04. The article text discusses the demand for a smartphone ban in schools, mentioning that in Austria, each school decides on its own whether to allow mobile phones. It also mentions the 'Familienpolitik konkret' program and the need for a family ministry in the next government.

Kathpress, 27.11.2024

https://www.kathpress.at/site/webmeldung_detail.siteswift?ts=1737102018

The screenshot shows an article on the Kleinzeitung website. The title is 'Kommt jetzt ein Handyverbot an Schulen?'. The author is Verena Schaupp, a Steiermark Ressort editor. The article text states that uniform regulations are missing, but more schools are implementing mobile phone bans and clarification work. A Graz city council member is advocating for strict rules in primary schools. A photo shows a hand putting a smartphone into a box. A caption reads: 'Handy vor der Stunde abgeben, so handhaben es immer mehr Schulen'. At the bottom, there is a promotional banner for a 3-month subscription for 0.99 €.

Kleine Zeitung Steiermark, 12. Dezember 2024

<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/19166903/handyverbot-an-schulen-debatte-nimmt-nicht-ab>

Einheitliche Vorgaben fehlen, aber immer mehr Schulen setzen auf Handy-Spinde und Aufklärungsarbeit. Grazer Stadtrat plädiert für strikte Regeln an Volksschulen. Im Land wurde zuletzt an einem Entwurf gearbeitet.

© APA/Eva Manhart

Handy vor der Stunde abgeben, so handhaben es immer mehr Schulen

Es klebt an uns wie eine zweite Haut, laut kürzlicher Umfrage nimmt jeder zweite Österreicher sein Handy sogar mit aufs Klo. Wie sollte es bei Kindern anders sein? Nur: In der Schule werden Jugendliche durch ihr Smartphone leicht abgelenkt. Spielereien würden den Unterricht stören, berichten Lehrkräfte. Das führt immer wieder zu Debatten um ein Verbot.

Der Grazer Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner (ÖVP) sagt deutlich: „Persönlich bin ich auf Volksschulebene für ein Handyverbot, dabei müssen die Mobiltelefone vor Unterrichtsbeginn in den Spind gelegt werden. Unterrichtsräume und Pausen sind handyfreie Zone. Die Lehrer entscheiden, ob und wie das Handy im Unterricht eingesetzt wird.“ Doch die gesetzliche Handhabe liegt nicht bei ihm. Die Entscheidung müsste von Land oder Ministerium (das bisher nur Empfehlungen abgab) fallen. In der Steiermark ist der Stand der Dinge, dass an einem Entwurf zu einem Handyverbot gearbeitet wird. Ob hier nach Ende der Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP die gleiche Gangart eingeschlagen wird, bleibt abzuwarten. Die FPÖ will sich aktuell nicht äußern, aus dem Büro von Bildungslandesrat Werner Amon (ÖVP) sind diesbezüglich keine Neuigkeiten zu erfahren.

Viele Schulen haben bereits Handy-Spinde. Die Schülerinnen und Schüler müssen ihre Smartphones dort ablegen. „In der Oberstufe wird auf Eigenverantwortung gesetzt, aber wir haben jetzt auch Handylocker ab der 5. Klasse installiert, weil wir gesehen haben, wie viel Suchtpotenzial vorhanden ist“, erklärt Direktor Nikolaus Holzapfel vom Lichtenfels Gymnasium in Graz. Auch in der Pause bleiben die Handys weggesperrt.

Während Corona waren die Kinder die digitalen Geräte als ständige Begleiter so gewohnt, das hat sich danach stark niedergeschlagen. Nikolaus Holzapfel, Direktor (Lichtenfels Gymnasium, Graz)

Man will den Kindern Ruhezeiten vom Handy gönnen. „Nach Corona, wo die Schüler sämtliche, digitale Begleiter hatten, war das Selbstverständnis so groß“, sagt Holzapfel. Die Kinder hätten die Smartphones nicht mehr aus der Hand gelegt.

Der Direktor setzt auf Elternarbeit, schon vor Schuleintritt wird zu Elternabenden geladen. Dort erklärt ein Psychotherapeut, was ständiger Handy-Konsum im Gehirn auslöst, eine Cybermobbing-Expertin macht auf Gefahren, etwa in sozialen Medien, aufmerksam. „Und wir erklären den Eltern die Handhabung von Apps und Sicherheitseinstellungen“, sagt Holzapfel.

Im Akademischen Gymnasium Graz handhabt Direktor Franz Hasenhütl das für die ersten bis vierten Klassen gleich. „Wir wollen ‚echte‘ Kommunikation in den Pausen ermöglichen und der Unterricht soll ablenkungsfrei sein.“ Die Eltern werden ebenso einbezogen mit Elternabenden zu „Safer Internet“. Auch am Gymnasium in Leibnitz muss in der Unterstufe das Handy abgegeben werden, bestätigt Direktor Josef Wieser.

Im Fach „Digitale Grundbildung“ werde natürlich der verantwortungsvolle Umgang von Handys mit den Kindern besprochen, sind sich die Direktoren einig. Marco Krätschmer, Schulleiter des Pflichtschulclusters Judenburg, betont diese Notwendigkeit ebenfalls. In Judenburg gibt es zwar „noch keine Handy-Spinde, aber wir überlegen, welche anzuschaffen.“ Derzeit gilt: Handy ausschalten und in die Schultasche, bis die Schule aus ist. Auch Smartwatches als Problem

„Ein Problem, das wir vor allem in der Unterstufe hatten, waren Smartwatches. Da mussten wir den Eltern deutlich erklären, dass sie nicht ihre Kinder am Vormittag anrufen, damit das den Unterricht nicht stört“, sagt Krätschmer. Die Lage habe sich nun verbessert.

„Unterstützend wäre gut, wenn es gesetzliche Regelungen zum Umgang mit Handys an Schulen gibt“, sagt Nikolaus Holzapfel. „Etwa für den Verlustfall. Eine Handyabnahme beim Widersetzen funktioniert ja jetzt auch nur in Rückkopplung und Einvernehmen mit den Eltern.“

Tipp:

Schulanfangszeitung

Die Schulanfangszeitung des Katholischen Familienverbands bietet interessante Infos und Artikel für Eltern. Kostenloser Download unter www.familie.at; zu bestellen unter info-noe@familie.at, Tel. 02742/324-3800 (nur Versandkosten).

Kirche bunt, 1. September 2024



Meine Familie, <https://www.meinefamilie.at/blog/schulanfangszeitung>

Die Schulanfangszeitung ist da!

Schon seit über 25 Jahren unterstützt der Katholischer Familienverband Familien zum Schulstart mit der Schulanfangszeitung.

Auch für Elternvertreter/innen gibt es interessante Seminare und Angebote.

„Eine funktionierende Schulpartnerschaft ist einer der Schlüsselfaktoren für einen gelingenden Schulalltag“, ist sich Andrea Kahl, Bildungsexpertin und Leiterin des Schularbeitskreises des Katholischen Familienverbandes, sicher.

In der aktuellen Ausgabe der Schulanfangszeitung gibt es einen Überblick über wichtige Neuerungen, aktuelle Trends und wesentliche Fristen, die für den Schulalltag relevant sind.

Die Digitalisierung des Schulbetriebs ist ein wichtiges Thema und wird von verschiedenen Seiten beleuchtet: Neben dem Überblick über wichtige Schulapps findet man in der Schulanfangszeitung auch eine Studie zum Thema "Schönheitsideale im Internet". Auch das Handyverbot an Volksschulen wird hier zur Diskussion gestellt.

Daneben informiert die kostenlose Schulanfangszeitung zuverlässig über Neuerungen im kommenden Schuljahr, gibt eine Übersicht über Beihilfen und Unterstützungen und listet die

wichtigsten Termine und Fristen für das Schuljahres 2024/2025 auf. „Damit wollen wir eine konkrete und praxisnahe Hilfe im Schulalltag geben“, so Kahl.

Die „Schulanfangszeitung“ des Katholischen Familienverbandes kann >>hier kostenlos durchgeblättert werden oder gegen Portoersatz unter info@familie.at oder der Tel.: 01516 11-1400 bestellt werden.

Elternbildung

Väter sind wichtige Personen im Schulalltag ihrer Kinder!

Um Väter zu motivieren, sich aktiv am Schulalltag zu beteiligen, bietet der Katholische Familienverband am Mittwoch, den 25. September von 18.00 bis 20.00 Uhr, ein kostenloses Online-Seminar zum Thema „Schule ist auch Männersache“, in dem die beiden langjährigen Elternvertreter/innen Sieglinde Guserl, ehemalige Präsidentin des Oberösterreichischen Landeselternverbandes und Thomas Maximiuk, Präsident der Katholischen Elternverbände, die Möglichkeiten aufzeigen, die beide Elternteile bei der Mitgestaltung des Schulalltags haben.

„Die Wirkung der Eltern im Schulalltag ist essentiell.“

"Es ist schön zu sehen, was ein aktiver Elternverein bewirken kann. Wir wollen den Eltern das nötige Rüstzeug zur Hand geben“, so Kahl, die als Lehrerin den Schulalltag gut kennt.

Ein Präsenzseminar bietet der Katholische Familienverband Wien an, bei dem am Mittwoch, den 2. Oktober 2024 von 18.00 bis 20.00 Uhr, die beiden Elternvertreter Thomas Maximiuk und Karl Portele Mitspracherechte der Eltern aufzeigen. Alle Angebote zur Elternbildung finden Sie unter www.familie.at/elternbildung

The screenshot shows a web browser displaying the website 'Schulanfangszeitung des Katholischen Familienverbandes'. The page features a large header image of a snowy mountain town. Below the image, there is a navigation menu with options like 'AKTUELLES', 'AMTSTAFEL', 'GEMEINDEZEITUNG', 'MÜLLKALENDER', 'NEUHEITEN', 'DIENSTLEISTUNGEN', and 'INFORMATIONEN'. The main content area displays a news article titled 'SCHULANFANGSZEITUNG DES KATHOLISCHEN FAMILIENVERBANDES' dated 11.09.2024. The article text states: 'Zu Schulbeginn erscheint die kostenlose Schulanfangszeitung des Katholischen Familienverbandes. Die aktuelle Ausgabe informiert zu Schönheitsidealen im Internet, Neues im Schuljahr 2024/2025, Handy-nutzung, Schul-Apps und Beihilfen und Unterstützungen. Ein besonderer Fokus wird auf das Elternengagement in der Schule gelegt, mit nützlichen Informationen dazu, wie Eltern sich zum Beispiel als Klasseneleiternvertreter oder im Rahmen von Elternvereinen und anderen Gremien engagieren können.' A small thumbnail image of a child is visible on the right side of the article.

https://www.stuhlfelden.salzburg.at/Schulanfangszeitung_des_Katholischen_Familienverbandes

Schulanfangszeitung des Katholischen Familienverbandes

Veröffentlichungsdatum 11.09.2024

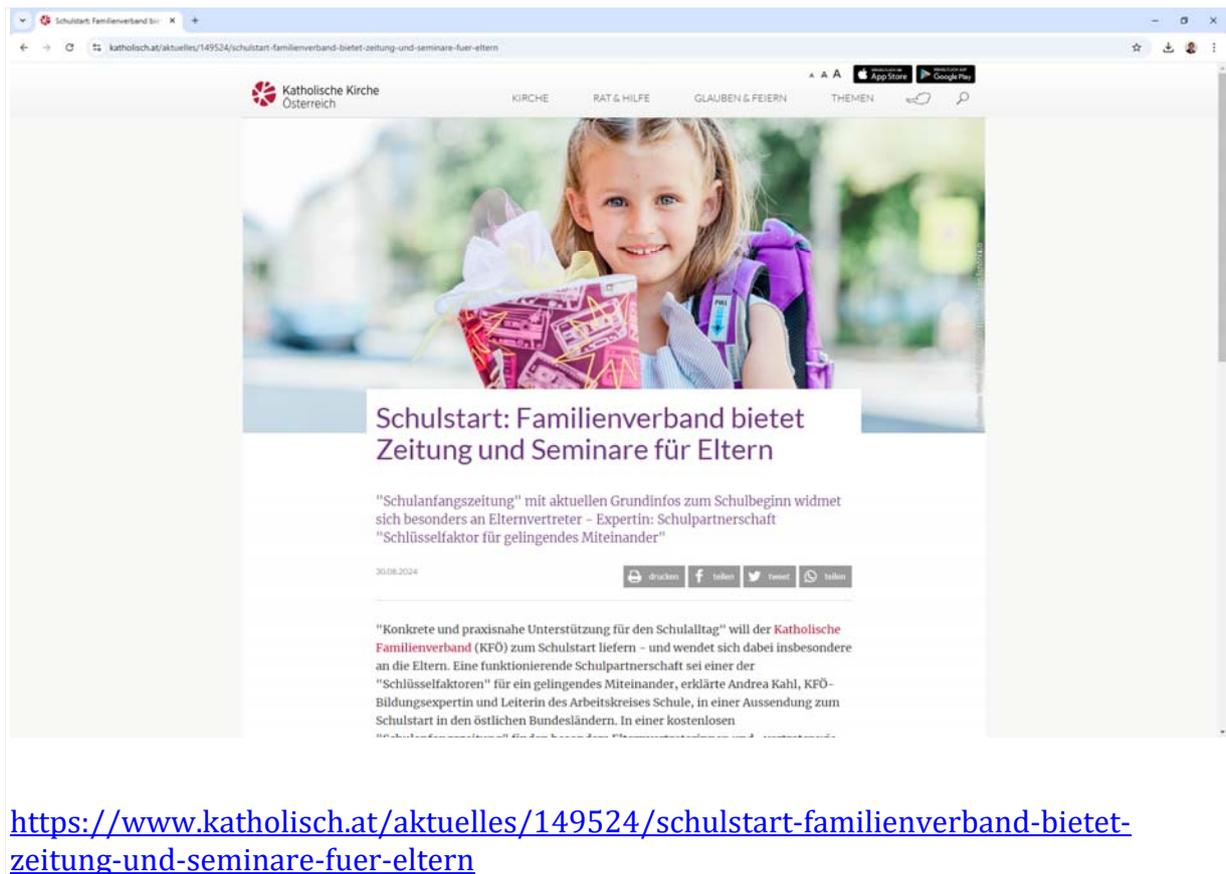


Gemeinde Stuhlfelden

Zu Schulbeginn erscheint die kostenlose Schulanfangszeitung des Katholischen Familienverbandes. Die aktuelle Ausgabe informiert zu Schönheitsidealen im Internet, Neues im Schuljahr 2024/2025, Handynutzung, Schul-Apps und Beihilfen und Unterstützungen. Ein besonderer Fokus wird auf das Elternengagement in der Schule gelegt, mit nützlichen Informationen dazu, wie Eltern sich zum Beispiel als Klassenelternvertreter oder im Rahmen von Elternvereinen und anderen Gremien engagieren können.

Mehr Informationen

unter: https://www.familie.at/dl/qNntJmoJNmJqx4KJKJKJMLMm/Schulanfangszeitung_2024_LowRes_4_pdf



Katholische Kirche Österreich

KIRCHE RAT & HILFE GLAUBEN & FEIERN THEMEN



Schulstart: Familienverband bietet Zeitung und Seminare für Eltern

"Schulanfangszeitung" mit aktuellen Grundinfos zum Schulbeginn widmet sich besonders an Elternvertreter - Expertin: Schulpartnerschaft
"Schlüsselfaktor für gelingendes Miteinander"

30.08.2024

drucken teilen tweet teilen

"Konkrete und praxisnahe Unterstützung für den Schulalltag" will der **Katholische Familienverband (KFÖ)** zum Schulstart liefern - und wendet sich dabei insbesondere an die Eltern. Eine funktionierende Schulpartnerschaft sei einer der "Schlüsselfaktoren" für ein gelingendes Miteinander, erklärte Andrea Kahl, KFÖ-Bildungsexpertin und Leiterin des Arbeitskreises Schule, in einer Aussendung zum Schulstart in den östlichen Bundesländern. In einer kostenlosen

<https://www.katholisch.at/aktuelles/149524/schulstart-familienverband-bietet-zeitung-und-seminare-fuer-eltern>

Schulstart: Familienverband bietet Zeitung und Seminare für Eltern

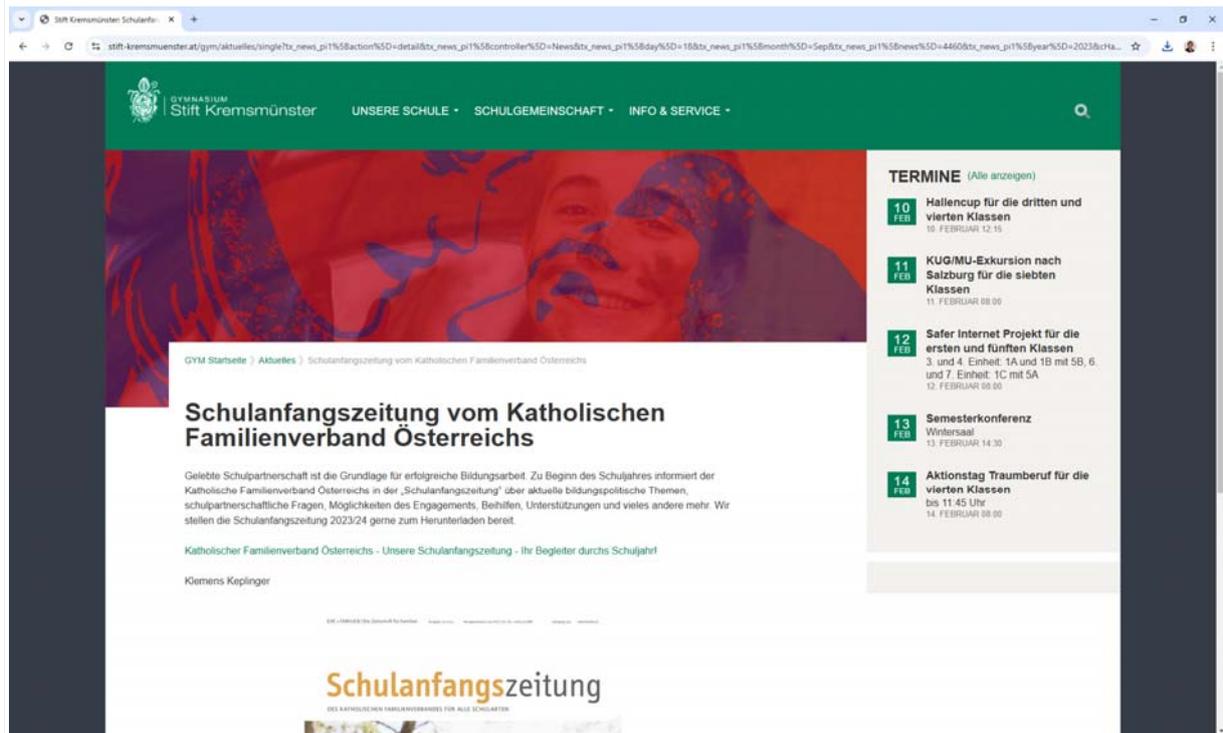
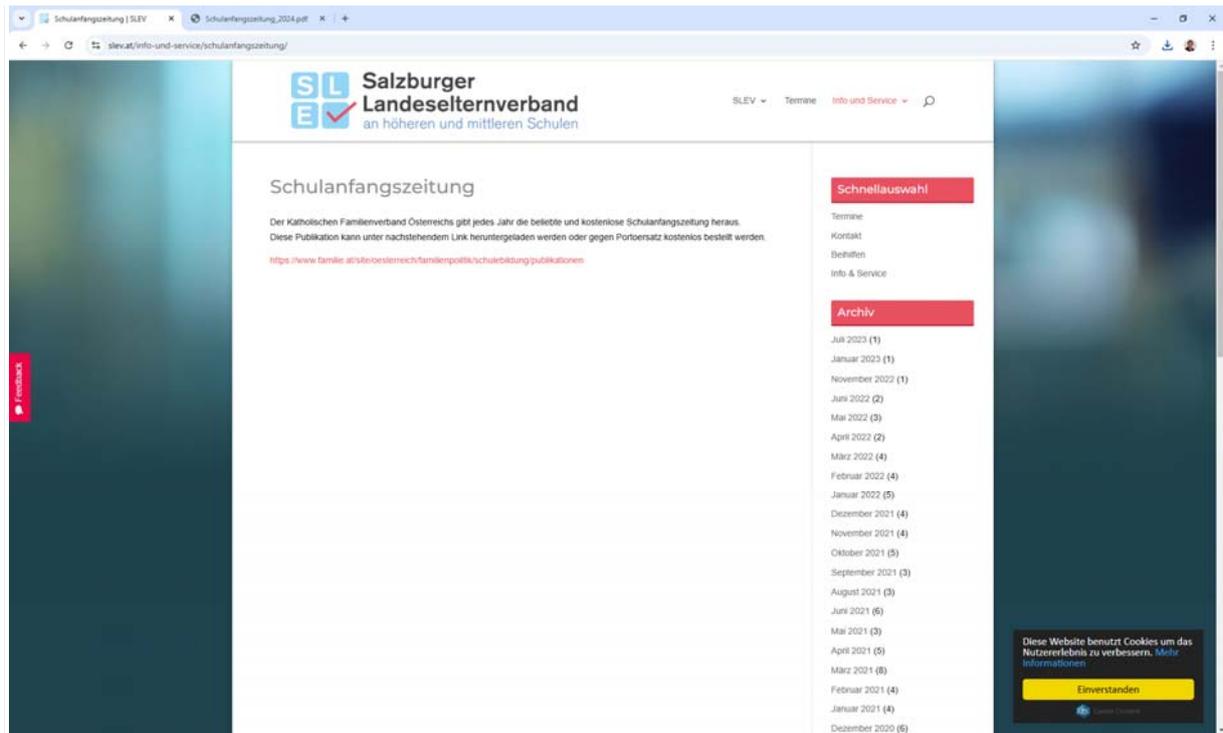
"Schulanfangszeitung" mit aktuellen Grundinfos zum Schulbeginn widmet sich besonders an Elternvertreter - Expertin: Schulpartnerschaft "Schlüsselfaktor für gelingendes Miteinander"

30.08.2024

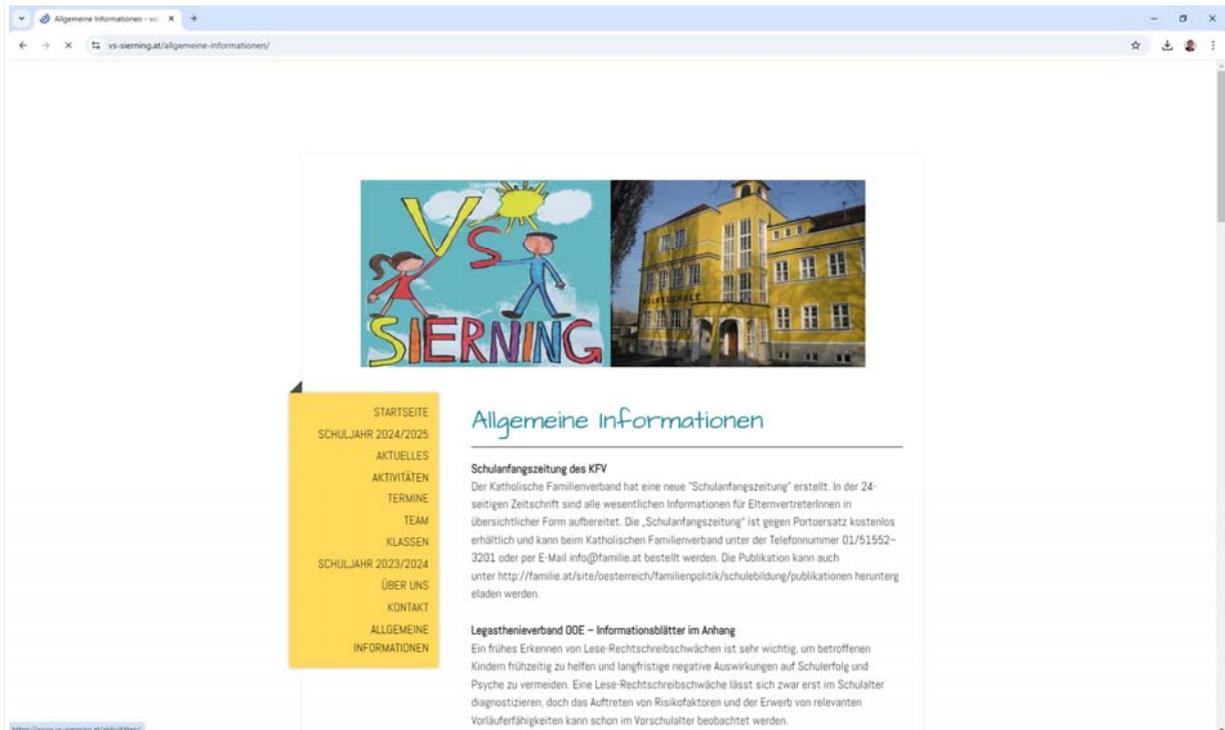
"Konkrete und praxisnahe Unterstützung für den Schulalltag" will der [Katholische Familienverband](#) (KFÖ) zum Schulstart liefern - und wendet sich dabei insbesondere an die Eltern. Eine funktionierende Schulpartnerschaft sei einer der "Schlüsselfaktoren" für ein gelingendes Miteinander, erklärte Andrea Kahl, KFÖ-Bildungsexpertin und Leiterin des Arbeitskreises Schule, in einer Aussendung zum Schulstart in den östlichen Bundesländern. In einer kostenlosen "Schulanfangszeitung" finden besonders Elternvertreterinnen und -vertreter wie auch Lehrpersonen "Informationen über wichtige Neuerungen, aktuelle Trends und wesentliche Fristen" in übersichtlicher Zusammenschau, ist einer Aussendung vom Freitag zu entnehmen.

Enthalten sind in der Schulanfangszeitung unter anderem ein Überblick über Schulapps und eine Studie zu Schönheitsidealen im Internet, zudem wird ein Handyverbot an Volksschulen zur Diskussion gestellt. Das bereits seit über 25 Jahren erscheinende Medium informiert außerdem über aktuelle Neuerungen für das kommende Schuljahr, über Beihilfen und Unterstützungen und listet die wichtigsten Termine und Fristen für das Schuljahr 2024/2025 auf. Die "Schulanfangszeitung" kann kostenlos unter www.familie.at/saz2024 durchgeblättert oder gegen Portoersatz unter info@familie.at oder der Tel.: 01516 11-1400 bestellt werden.

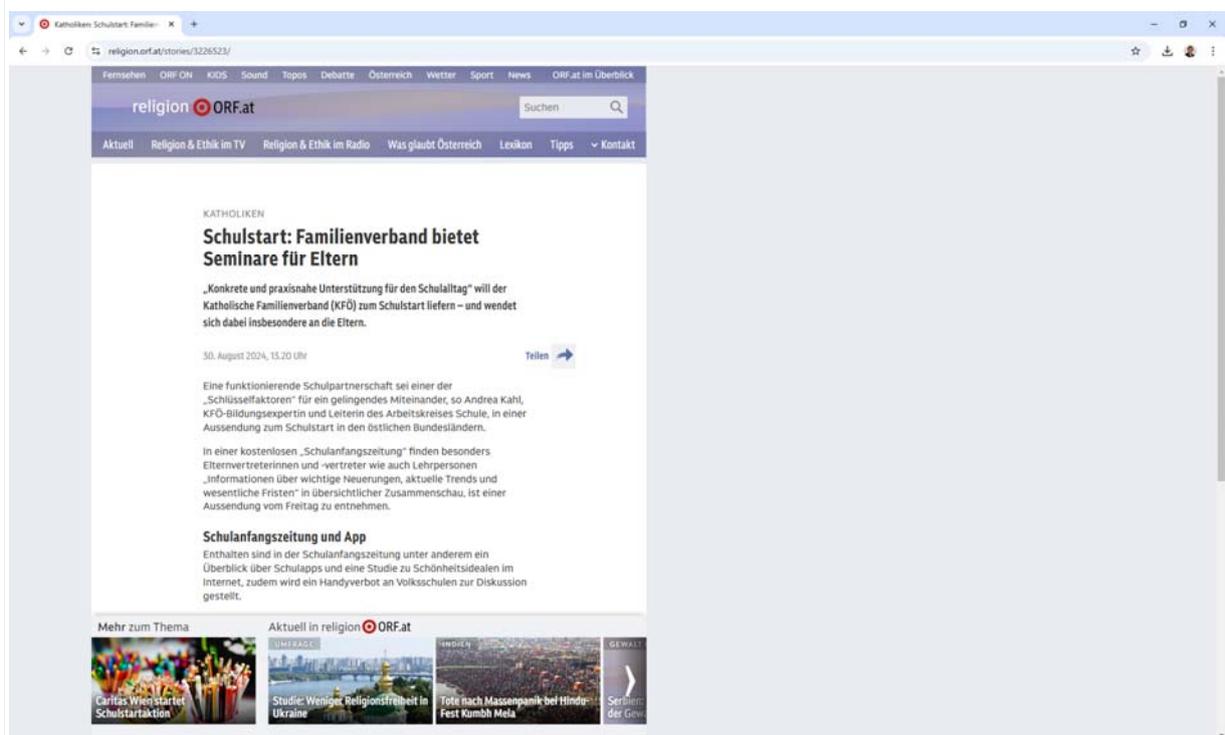
Besonders die Väter will der KFÖ dazu motivieren, sich aktiv am Schulalltag zu beteiligen. Am Mittwoch, 25. September gibt es dazu von 18 bis 20 Uhr ein kostenloses Online-Seminar zum Thema "Schule ist auch Männersache" mit Sieglinde Guserl, ehemalige Präsidentin des Oberösterreichischen Landeselternverbandes, und Thomas Maximiuk, Präsident der Katholischen Elternverbände. Am 2. Oktober von 18 bis 20 Uhr bieten zudem Maximiuk mit dem Steuerberater Karl Portele beim KFÖ in Wien ein Präsenzseminar, bei dem auch Mitspracherechte der Eltern aufgezeigt werden sollen. (Infos zur KFÖ-Elternbildung unter www.familie.at/elternbildung, zum Schulanfang: www.familie.at/schulanfang2024)



https://www.stift-kremsmuenster.at/gym/aktuelles/single?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bday%5D=18&tx_news_pi1%5Bmonth%5D=Sep&tx_news_pi1%5Bnews%5D=4460&tx_news_pi1%5Byear%5D=2023&cHash=5b81f39354fc2176deaa169afc7592cb



<https://www.vs-sierning.at/allgemeine-informationen/>



<https://religion.orf.at/stories/3226523/>

KATHOLIKEN

Schulstart: Familienverband bietet Seminare für Eltern

„Konkrete und praxisnahe Unterstützung für den Schulalltag“ will der Katholische Familienverband (KFÖ) zum Schulstart liefern – und wendet sich dabei insbesondere an die Eltern.

30. August 2024, 13.20 Uhr

Teilen

Eine funktionierende Schulpartnerschaft sei einer der „Schlüsselfaktoren“ für ein gelingendes Miteinander, so Andrea Kahl, KFÖ-Bildungsexpertin und Leiterin des Arbeitskreises Schule, in einer Aussendung zum Schulstart in den östlichen Bundesländern.

In einer kostenlosen „Schulanfangszeitung“ finden besonders Elternvertreterinnen und -vertreter wie auch Lehrpersonen „Informationen über wichtige Neuerungen, aktuelle Trends und wesentliche Fristen“ in übersichtlicher Zusammenschau, ist einer Aussendung vom Freitag zu entnehmen.

Enthalten sind in der Schulanfangszeitung unter anderem ein Überblick über Schulapps und eine Studie zu Schönheitsidealen im Internet, zudem wird ein Handyverbot an Volksschulen zur Diskussion gestellt.

Das bereits seit über 25 Jahren erscheinende Medium informiert außerdem über aktuelle Neuerungen für das kommende Schuljahr, über Beihilfen und Unterstützungen und listet die wichtigsten Termine und Fristen für das Schuljahr 2024/2025 auf.

Besonders die Väter will der KFÖ dazu motivieren, sich aktiv am Schulalltag zu beteiligen. Am Mittwoch, 25. September gibt es dazu von 18.00 bis 20.00 Uhr ein kostenloses Onlineseminar zum Thema „Schule ist auch Männersache“ mit Sieglinde Guserl, ehemalige Präsidentin des Oberösterreichischen Landeselternverbandes, und Thomas Maximiuk, Präsident der Katholischen Elternverbände.

Am 2. Oktober von 18 bis 20 Uhr bieten zudem Maximiuk mit dem Steuerberater Karl Portele beim KFÖ in Wien ein Präsenzseminar, bei dem auch Mitspracherechte der Eltern aufgezeigt werden sollen.

red, religion.ORF.at/KAP

- **Katholischer Familienverband**
- **„Schulanfangszeitung“**

4. Service

Aktion plusminus



Martinus, 18. Februar 2024

Familienverband: Aktion "plusminus" bietet Ideen für Fastenzeit

Aktion bietet Ideen für Aktivitäten in der Fasten- und Osterzeit (14.02.-30.03) - Materialien für Kindergärten, Volksschulen, Jugendgruppen und Familien - Fastenzeitexperimente und begleitende App "Gutes Leben"

Wien, 08.02.2024 (KAP) Der Katholische Familienverband Österreich (KFO) bietet mit der Aktion "plusminus" Anregungen für Aktivitäten in der Fasten- und Osterzeit, die heuer von 14. Februar bis 30. März dauert. Das Angebot richtet sich an Familien, Kindergärten, Schulen, Jugendgruppen und Einzelpersonen mit oder ohne religiösen Hintergrund. Das Motto "Haben wir, was wir brauchen? Brauchen wir, was wir haben?" soll den Blick auf das Wesentliche im Leben richten und dazu anregen, über die eigenen Konsumgewohnheiten nachzudenken, wie es auf der Website der Aktion heißt (www.fastenzeit.jetzt).

Der KFO lädt dazu ein, "manches im Leben zumindest probeweise zu verringern, anderes zu stärken und aus den dabei gesammelten Erfahrungen für die Zukunft zu lernen". Der Familienverband unterstützt dabei mit Ideen, Aktionen und Materialien. Neben einem "persönlichen Gewinn" soll es auch "kleine Belohnungen fürs Durchhaltevermögen" geben.

Für Familien, Kindergärten und Volksschulen bietet der Familienverband online Fastenplakate an, die anregen, "sich gemeinsam auf den Weg des Verzehrs zu machen und diesen bildlich festzuhalten". Gerade weil bereits Kinder als Konsumentinnen und Konsumenten umworben werden würden, sei es sinnvoll, sich in jungen Jahren mit dem Konsumverhalten auseinanderzusetzen, so der Familienverband.

Die farbenfrohen Plakate und bunten Piktogramme sollen dabei helfen, die jüngsten auf spielerische Art und Weise zum Mitmachen zu animieren. Dabei bilden verschiedene Szenen im Bild die Ausgangsbasis für einfache Aufgaben und Gesprächsimpulse. Wenn die Kinder einen bestimmten Vorsatz einhalten oder eine Aufgabe erfüllen, können sie Blüten-, Schmetterlings- oder

Die Aktion richtet sich mit drei Vorschlägen für ein "persönliches Fastenzeit-Experiment" auch an Menschen, für die der religiöse Hintergrund zur Fastenzeit weniger eine Rolle spielt, hieß es. So soll beim "Verzichtsexperiment" auf Alkohol, Süßigkeiten oder die Mediennutzung verzichtet werden, um wieder die "Genussfähigkeit zu

Osterei-Aufkleber auf das Plakat kleben. Eingezeichnete beklebte Plakate werden mit Lebensmittelscheinen belohnt.

Blühender Fastenstrauch

Auch für Familien hat der Verband eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten für die Zeit zwischen Aschermittwoch und Ostersonntag geplant. Etwa können die Familienmitglieder gemeinsam einen "Fastenstrauch" zum Blühen bringen. "Jedes Familienmitglied überlegt sich ein Konsumgut, auf das in der Fastenzeit ganz oder teilweise verzichtet wird. Gelingt der Verzicht oder die Einschränkung, kann der Strauch täglich von einem Familienmitglied durch das Aufhängen entsprechender Papierstreifen zur Blüte gebracht werden", lautet die Anleitung.

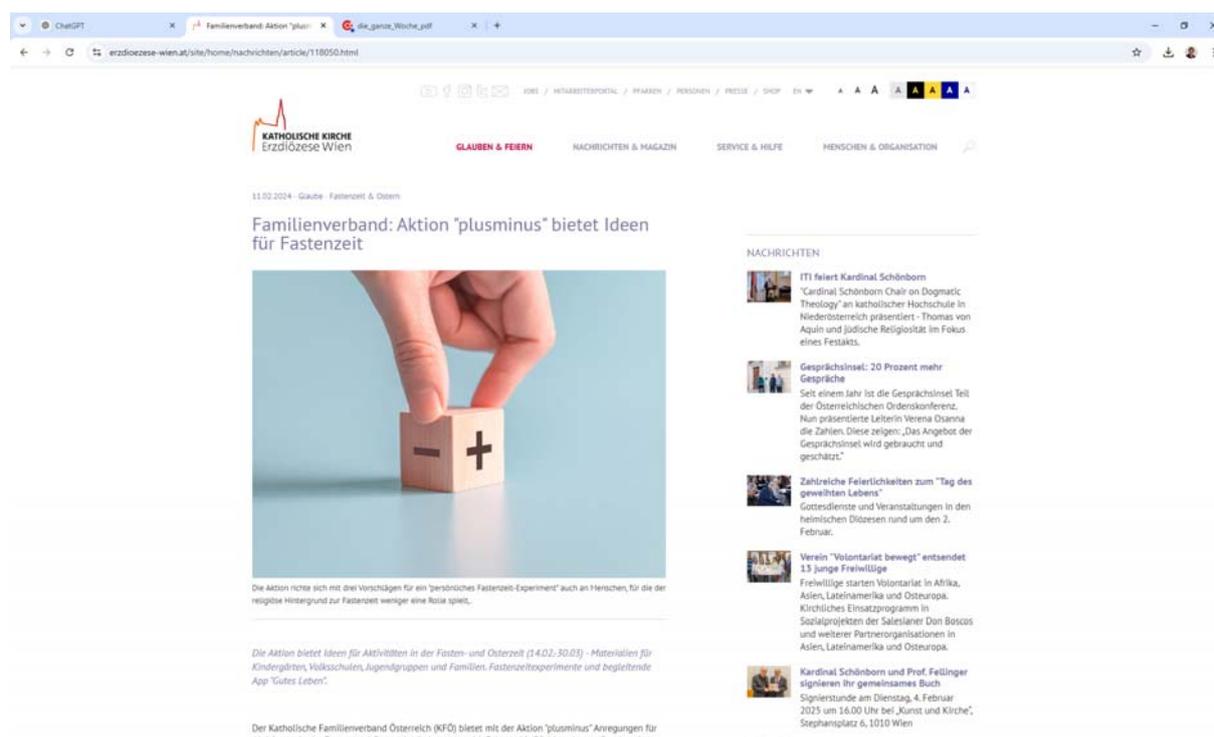
Als weitere Anregung stellt der KFO die Aufgabe "40 Tage Fastenzeit - 40 gute Taten" vor. Dahinter stecken 40 Ideen, sich selbst oder anderen etwas Gutes zu tun, wie "Ich umarme jemanden ganz fest und sage dabei etwas Schönes" oder "Ich suche einen schönen Text und lese ihn jemandem vor". Zudem werden Texte und Geschichten zur Verfügung gestellt, die über die Fastenzeit und österliche Brauchtümer informieren. Sie geben Antworten auf Fragen wie "Warum dauert die Fastenzeit 40 Tage?" und "Wie wurde aus dem Ei das Osterei?".

Außerdem versorgt die App "Gutes Leben" Fastende täglich mit Impulsen und Vorschlägen für Vorsätze, die in der Anwendung dokumentiert werden können. Das gesparte Geld für Konsumgüter könne für einen guten Zweck gespendet werden, so die Anregung des Familienverbands.

"Verzichtsexperiment"

schärfen" und "abgestumpften Konsum" durch die bewusste Entscheidung für Genussmittel zu ersetzen. Informationen zu Ideen, Aktionen, Materialien und Bestellmöglichkeiten unter www.fastenzeit.jetzt

Kathpress, 4. Februar 2024



<https://www.erzdioezese-wien.at/site/home/nachrichten/article/118050.html>

Der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) bietet mit der Aktion "plusminus" Anregungen für Aktivitäten in der Fasten- und Osterzeit, die heuer von 14. Februar bis 30. März dauert. Das Angebot richtet sich an Familien, Kindergärten, Schulen, Jugendgruppen und Einzelpersonen mit oder ohne religiösen Hintergrund. Das Motto "Haben wir, was wir brauchen? Brauchen wir, was wir haben?" soll den Blick auf das Wesentliche im Leben richten und dazu anregen, über die eigenen Konsumgewohnheiten nachzudenken, wie es auf der Website der Aktion heißt (www.fastenzeit.jetzt).

Der KFÖ lädt dazu ein, "manches im Leben zumindest probeweise zu verringern, anderes zu stärken und aus den dabei gesammelten Erfahrungen für die Zukunft zu lernen". Der Familienverband unterstützt dabei mit Ideen, Aktionen und Materialien. Neben einem "persönlichen Gewinn" soll es auch "kleine Belohnungen fürs Durchhaltevermögen" geben.

Für Familien, Kindergärten und Volksschulen bietet der Familienverband online Fastenplakate an, die anregen, "sich gemeinsam auf den Weg des Verzichts zu machen und diesen bildlich festzuhalten". Gerade weil bereits Kinder als Konsumentinnen und Konsumenten umworben werden würden, sei es sinnvoll, sich in jungen Jahren mit dem Konsumverhalten auseinanderzusetzen, so der Familienverband.

Die farbenfrohen Plakate und bunte Pickerl sollen dabei helfen, die Jüngsten auf spielerische Art und Weise zum Mitmachen zu animieren. Dabei bilden verschiedene Szenen im Bild die Ausgangsbasis für einfache Aufgaben und Gesprächsimpulse. Wenn die Kinder einen bestimmten Vorsatz einhalten oder eine Aufgabe erfüllen, können sie Blumen-, Schmetterling- oder Osterei-Aufkleber auf das Plakat kleben. Eingereichte beklebte Plakate werden mit Lebensmittelgutscheinen belohnt.

Blühender Fastenstrauch

Auch für Familien hat der Verband eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten für die Zeit zwischen Aschermittwoch und Ostersonntag geplant. Etwa können die Familienmitglieder gemeinsam einen "Fastenstrauch" zum Blühen bringen. "Jedes Familienmitglied überlegt sich ein Konsumgut, auf das in der Fastenzeit ganz oder teilweise verzichtet wird. Gelingt der Verzicht oder die Einschränkung, kann der Strauch täglich von einem Familienmitglied durch das Aufhängen entsprechend vieler Papierstreifen zur Blüte gebracht werden", lautet die Anleitung.

Als weitere Anregung stellt der KFÖ die Aufgabe "40 Tage Fastenzeit - 40 gute Taten" vor. Dahinter stecken 40 Ideen, sich selbst oder anderen etwas Gutes zu tun, wie "Ich umarme jemanden ganz fest und sage dabei etwas Schönes" oder "Ich suche einen schönen Text und lese ihn jemandem vor". Zudem werden Texte und Geschichten zur Verfügung gestellt, die über die Fastenzeit und österliche Brauchtümer informieren. Sie geben Antworten auf Fragen wie "Warum dauert die Fastenzeit 40 Tage?" und "Wie wurde aus dem Ei das Osterei?".

Außerdem versorgt die App "Gutes Leben" Fastende täglich mit Impulstexten und Vorschlägen für Vorsätze, die in der Anwendung dokumentiert werden können. Das gesparte Geld für Konsumgut könne für einen guten Zweck gespendet werden, so die Anregung des Familienverbands.

"Verzichtsexperiment"

Die Aktion richte sich mit drei Vorschlägen für ein "persönliches Fastenzeit-Experiment" auch an Menschen, für die der religiöse Hintergrund zur Fastenzeit weniger eine Rolle spielt, hieß es. So soll beim "Verzichtsexperiment" auf Alkohol, Süßigkeiten oder die Mediennutzung verzichtet werden, um wieder die "Genussfähigkeit zu schärfen" und "abgestumpften Konsum" durch die bewusste Entscheidung für Genussmittel zu ersetzen. (Informationen zu Ideen, Aktionen, Materialien und Bestellmöglichkeiten unter www.fastenzeit.jetzt)

ers

Lammrücken in Kräuterkruste

ZUTATEN

- ca. 1,2 kg Lammrücken
- Salz
- Pfeffer
- Dijonsenf
- Öl

Kruste:

- 6 dag Butter
- 2 Dotter
- Salz
- Pfeffer
- 2 zerdrückte Knoblauchzehen
- 4 EL Kräuter (Thymian, Rosmarin, Salbei, Petersilie)
- 5 dag feine Brösel
- 2 EL Schlagobers

Soße:

- Lammknochen und -abschnitte
- 1 Zwiebel
- 1 Karotte
- etwas Knollen- oder Stangensellerie
- 1 Tomate oder 1 TL Tomatenmark
- Öl
- ½ l Rotwein
- 1 l Wasser
- 1 Thymianzweig
- Rosmarin
- 1 Lorbeerblatt
- 4 Pfefferkörner
- 3 dag Butter zum Verfeinern

ZUBEREITUNG

Den Lammrücken vom Metzger der Länge nach teilen und das Rückgrat heraushacken lassen. Die spitzen Karreeknochen etwas zurückschaben und das Fleisch von Sehnen und Fett befreien.

Das Backrohr auf 170 °C vorheizen. Das Fleisch würzen, in der Bratpfanne anbraten, ins Rohr geben und ca. 15 Minuten garen. Das Fleisch soll innen zart rosa sein.

Für die Kruste die Butter cremig rühren, Dotter, Gewürze und Kräuter untermengen und die mit Schlagobers angefeuchteten Brösel einarbeiten. Das Fleisch mit der Kruste bedecken und bei großer Oberhitze knusprig braten.



Ursula & Bernhard Aichner

Für die Soße Knochen, Zwiebel und Gemüse anrösten, mit Wein löschen, Wasser und Gewürze zugeben und kochen, bis die Flüssigkeit auf die Hälfte reduziert ist. Den Bratensatz mit der abgeseihten Flüssigkeit lösen, noch etwas einkochen, wieder abseihen und mit kalter Butter verbessern.

Mit einem scharfen Messer den Rücken teilen, anrichten und mit Rosmarinzweigen garnieren. Die Soße dazu servieren.

Dazu passen zum Beispiel überbackene Rahmerdäpfel: 60 dag mehligere Erdäpfel schälen, sehr dünn schneiden, in eine ausgebutterte Auflaufform schichten, ¼ l Rahm mit 2 Dottern, Salz, Muskatnuss, 1 zerdrückten Knoblauchzehe und 2 EL geriebenem Parmesan versprudeln, darübergießen und bei 200 °C Heißluft 40 Minuten backen.



Maria Drewes, Das Familienkochbuch, Katholischer Familienverband Tirol, Tyrolia Verlag, Innsbruck 2021, 192 Seiten, € 24,95

Martinus, 19. November 2023

Familienverband: Familienlastenausgleichsfonds-Debatte "entbehrlich"

KfÖ-Präsident Mender sieht in Vorschlag von WKO-Präsident Mahrer Vorwahl-Geplänkel

Wien, 07.05.2024 (KAP) Der Katholische Familienverband Österreichs (KfÖ) sieht die Debatte um die Abschaffung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) "entbehrlich". "Vor jeder Wahl wird dieser familienfeindliche Vorschlag wieder aufgewärmt", betonte Peter Mender, Präsident des Katholischen Familienverbandes, in seiner Aussendung am Dienstag. Vorgeschlagen hatte die Auflösung des Fonds Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer (ÖVP), mit dem Argument, damit die Arbeitgeber zu entlasten.

Aus dem FLAF, der aktuell mit knapp 8,64 Milliarden Euro dotiert ist, werden u.a. Familienbeihilfe, das Kinderbetreuungsgeld, die Unterhaltsvorschüsse, Pensionsbeiträge für die Kindererziehungszustellen oder die Schülerbefreiung und die Schulbücher bezahlt.

Mahrer verschweige in seiner Rechnung ein wesentliches Detail, so der Familienverbandspräsident: "1995 verzichteten die Arbeitnehmer einmalig auf eine Lohnerhöhung und fortan kamen sechs Prozent der Bruttolohnsumme in diesen zweckgebundenen Fonds. Der Prozentsatz wurde dann ab 2016 schrittweise gesenkt und beträgt aktuell 3,9 Prozent". Das bedeute, dass die Arbeitnehmer und nicht die Arbeitgeber einen

wesentlichen Beitrag für den FLAF leisteten. Dass, wie Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer meine, die Finanzierung des FLAF "an die Arbeitgeber wegdelegiert" worden sei, ist für Mender schlicht "eine Verdrehung der Tatsachen".

Wie sinnvoll seine Abschaffung aber überhaupt sei, sei dahingestellt, so Mender. "Der FLAF wurde vor knapp 70 Jahren von einer Politikergeneration eingerichtet, die weitsichtig war und der die Angst vor einer kurzfristigen Politik noch in den Knochen steckte", zeigte er sich überzeugt. Den damaligen Entscheidungsträgern sei auch bewusst gewesen, "dass Kinder im politischen Alltag keine laute Stimme haben und schaffen daher dieses Instrument".

Der Katholische Familienverband sehe sich heute als "diese laute Stimme der Familien und Kinder im politischen Alltag" - und wolle daher "mit Nachdruck" vor einer Schwächung des FLAFs, betonte Mender. Fehle dem FLAF Geld, müssten die Familienleistungen gekürzt oder gar gestrichen werden. Befürchtet werde, dass so Kürzungen für Familien Tür und Tor geöffnet werden. Diese Art der Politik sei "extrem kurzfristig gedacht und schwächt Familien nachhaltig".

Kathpress, 7. April 2024

The screenshot shows a web browser window with the URL <https://www.katholisch.at/aktuelles/148279/familienverband-laedt-zu-gratis-steuerberatung-am-steuerinfotag>. The page header includes the logo of the Catholic Church of Austria and navigation links for 'KIRCHE', 'RAT & HILFE', 'GLAUBEN & FEIERN', and 'THEMEN'. The main content area features a large image of a string of red beads. Below the image, the article title reads 'Familienverband lädt zu gratis Steuerberatung am "Steuerinfotag"'. The sub-headline states: 'Familienverband bietet österreichweites kostenloses Webinar zum Thema Steuerausgleich aus - Neu aufgelegter Steuerinfolder'. The date '07.05.2024' is displayed at the bottom left of the article content. Social media sharing icons for 'drucken', 'facebook', 'twitter', and 'linkedin' are visible at the bottom right.

<https://www.katholisch.at/aktuelles/148279/familienverband-laedt-zu-gratis-steuerberatung-am-steuerinfotag>

Familienverband lädt zu gratis Steuerberatung am "Steuerinfotag"

Familienverband bietet österreichweites kostenloses Webinar zum Thema Steuerausgleich aus - Neu aufgelegter Steuerinfolder

07.05.2024

Familienbonus plus, Alleinverdienerabsetzbetrag und Mehrkindebetrag: Um Familien beim Steuerausgleich zu unterstützen, bietet der [Katholische Familienverband](#) am 15. Mai einen österreichweiten kostenlosen Steuerinfotag an. "Familien können sich kostenlos telefonisch beraten lassen und erfahrenen Steuerberater/innen ihre Fragen stellen", kündigte

Vizepräsidentin Barbara Fruhwürth in einer Aussendung am Dienstag an. Eine grobe Orientierung bietet zudem der neu aufgelegte Steuerinfolder des Familienverbandes. Ergänzt wird das Angebot durch zahlreiche Angebote in den Diözesanverbänden.

Das Webinar und Folder würden übersichtlich Möglichkeiten aufzeigen, wie Familien Steuern sparen können, so die Familienverbands-Vizepräsidentin. Das Webinar rund um "Familie und Steuern" wird am 15. Mai von 18 bis 19 Uhr von Steuerberater Karl Portele geleitet. Davor bietet der Familienverband von 16 bis 18 Uhr eine telefonische Beratung mit Steuerberaterin Andrea Kromer an (Tel: +43 1 713 6832-12).

"Egal ob Sie Fragen zur Absetzbarkeit von Ausbildungskosten, zum Mehrkindbetrag oder für besondere Aufwendungen haben - nutzen Sie die Chance und informieren Sie sich kostenlos am 15. Mai", so Fruhwürth.

In Tirol bietet der Familienverband in Kooperation mit Expertinnen und Experten der Arbeiterkammer Tirol von 13. bis 15. Mai kostenlose Beratungen zum Thema "Familie und Steuer" an. Anliegen werden in diesen Tagen von 8 Uhr bis 12 Uhr im Büro des Tiroler Familienverbandes (Tel. 0512/2230 - 4383) oder per Mail (info-tirol@familie.at) entgegengenommen und an die Steuerexpertinnen und -experten der Arbeiterkammer Tirol weitergeleitet.

Im Burgenland steht am 15. Mai die Steuerberatungskanzlei Mag. Michael Jobst Wirtschaftstreuhand Ges.m.b.H., Steuerberatungsgesellschaft telefonisch (Tel.: 0664/530 41 14) und per Mail (thomas.jobst@steuerberatung-jobst.at) zur Verfügung. Und auch in Vorarlberg findet wieder der jährliche Steuerinfotag des Vorarlberger Familienverbandes statt: Am 15. Mai steht von 8 Uhr bis 12 Uhr ein Steuerexperte Familien zur Verfügung, um mit ihnen kostenlos Beratungsgespräche zum Thema "Steuern" durchzuführen. In diesem Jahr werde dieser Service von Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Mag. Bernhard K. Kirchner angeboten, hieß es.

(Link: www.familie.at/familiensteuergeld)



https://www.meinekirchenzeitung.at/niederoesterreich-kirche-bunt/c-gesellschaft-soziales/katholischer-familienverband-laedt-zu-gratis-steuerberatungen_a55101

Mit dem Familien-Steuerberatungstag am 16. Mai, der vom Katholischen Familienverband der Diözese St. Pölten anlässlich des Internationalen Tages der Familie initiiert wird, erhalten Familien kostenlose Beratungen darüber, wie sie zu viel bezahlte Steuern vom Staat zurückholen können. Renommierte Steuerkanzleien beraten weiters zum Familienbonus oder zum Lohnsteuerausgleich.

Folgende Steuerberatungskanzleien stehen für kostenlose Beratungen zur Verfügung, der Familienverband bittet um vorherige **Anmeldung**:

- Amstetten: Pilsbacher und Partner Steuerberatungs GmbH, Tel. 07472/62860, E-Mail: office@pilsbacher.at.
- Herzogenburg: Steuerberater Michael Schubert & Vanessa Müller (BKS Steuerberatung GmbH), Tel. 02782/82440-19422.
- Melk: Helga Waldbauer & Patricia Schuhmeier (BKS Steuerberatung GmbH), Tel. 02782/82440-514.
- Wilhelmsburg: Rebekka Schrittwieser (BKS Steuerberatung GmbH), Tel. 02782/82440-222.
- Krems: Astoria Steuerberatung GmbH & Co KG, Tel. 02732/831 30, E-Mail: office@astoria.at.
- Krems: RPW Wirtschaftstreuhand GmbH, Tel. 02732/860 88, E-Mail: office@rpw-krems.at.
- St. Pölten: Die Steuerprofis 4 you – Martina Krendl, Tel. 02742/709 89, E-Mail: office@diesteuerprofis.at.
- Ybbsitz: Mag. Heiß, Tel. 07443/862 05, E-Mail: rita.heiss@heiss-wt.at.
- Zwettl: Correcta, Tel. 02822/523 76, E-Mail: office@correcta.at.